

V. Austausch, Erfahrung, Kulturtransfer: Westdeutsche Studenten und Wissenschaftler in den USA

1. Die Entwicklung des akademischen Austauschs zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1945 und 1975

Sowohl im Hinblick auf die amerikanischen Bemühungen um eine „Reeducation“ bzw. „Reorientation“ der deutschen Eliten in der Besatzungszeit als auch für die Entwicklung des westdeutschen Universitäts- und Wissenschaftsbetriebs während der um 1960 einsetzenden Hochschulreformphase war die Wiederaufnahme des akademischen Austauschs mit den USA von weitreichender Bedeutung. Die unmittelbare Konfrontation mit der amerikanischen Demokratie, Kultur und Gesellschaft sowie der Kontakt mit dem amerikanischen Universitäts- und Wissenschaftssystem hinterließ bei der überwiegenden Mehrheit der deutschen Austauschteilnehmer einen nachhaltigen Eindruck. Gleichzeitig beschleunigte die Neubelebung des akademischen Austauschs mit den zur westlichen Führungsmacht aufgestiegenen USA auch die Reintegration der spätestens seit 1939 weitgehend isolierten deutschen Wissenschaft in die internationale Scientific Community.¹ Diese Entwicklung ist insofern bemerkenswert, als im Unterschied zu den Jahren nach 1918, in denen von beiden Seiten trotz aller kriegsbedingten Irritationen vergleichsweise zügig wieder an die akademischen Beziehungen der Vorkriegszeit – wie z.B. dem 1905 ins Leben gerufenen deutsch-amerikanischen Professorenaustausch – angeknüpft wurde, nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges kaum derartige Anknüpfungspunkte bestanden. Zu tief hatte sich infolge des nationalsozialistischen Terrors der Bruch zwischen beiden Völkern vollzogen, als daß ehemals bestehende Wissenschaftsbeziehungen einfach hätten reaktiviert werden können.²

Wie bereits erläutert besaßen die Bereiche Universität und Wissenschaft für die amerikanische Besatzungsmacht in der unmittelbaren Nachkriegsphase, abgesehen von militärisch relevanten Wissenschaftszweigen wie beispielsweise der Raketen- und Rüstungstechnik, zunächst keine Priorität. Obgleich es also in militärstrategisch bedeutenden Wissenschaftsbereichen bereits kurz nach Kriegsende unter den Alliierten Besatzungsmächten – speziell den USA und der UdSSR – zu einem regelrechten Wettlauf um deutsches *Know-how* und deutsche Wissenschaftler kam, blieb die Direktive JCS 1067, die unmißverständlich zwischen Siegern und Besieg-

¹ Vgl. Ash: Wissenschaft und Wissenschaftsaustausch, S.634.

² Vgl. Kapitel I.4. sowie Ulrich Littmann: Neue Strukturen des akademischen Austausches nach 1945, in: Düwell: Interne Faktoren auswärtiger Kulturpolitik im 19. und 20. Jahrhundert, S.207–218, hier besonders S.207f.; Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner, S.75.

ten differenzierte, für die deutsch-amerikanischen Wissenschaftsbeziehungen bestimmend.³

Die Vereinigten Staaten aber sahen die dennoch einsetzende Wiederaufnahme des akademischen Austauschs mit Deutschland als Teil einer großangelegten Kulturaußenpolitik. Als Vorbild dienten die kulturpolitischen Maßnahmen gegenüber Lateinamerika in den 1930er Jahren, deren Ziel es war, die dort an Einfluß gewinnende nationalsozialistische Propaganda aus dem „Vorzimmer“ der USA zurückzudrängen.⁴ Entgegen allen isolationistischen Tendenzen innerhalb der amerikanischen Bevölkerung waren sich Präsident Franklin D. Roosevelt und seine Regierung nach dem Kriegsausbruch 1939 darin einig, daß man der neuen weltpolitischen Rolle, in die sich die USA durch die nationalsozialistische Herausforderung gedrängt sahen, nicht allein auf militärischer, sondern auch auf kultureller Ebene gerecht werden müsse. Nur wenn es gelänge, so die in Washington vertretene Ansicht, möglichst viele Staaten von den Vorzügen der (amerikanischen) Demokratie zu überzeugen, könnten diese gegenüber ideologischen Bedrohungen wie dem Nationalsozialismus bzw. Faschismus gestärkt werden.⁵

Nach 1945 standen die im besetzten Deutschland angewandten kultur- und wissenschaftspolitischen Maßnahmen der USA vorerst allein im Zeichen der vom State Department konzipierten Umerziehungspolitik. Deren vordringliches Ziel war es, in einem ersten Schritt die NS-Ideologie und den preußischen Militarismus innerhalb der Bevölkerung auszumerzen, um die Deutschen in einem sich hieran anschließenden zweiten Schritt zu demokratisieren.⁶ Im Rahmen eben

³ Zum Wettlauf der Alliierten um deutsches Know-how und deutsche Wissenschaftler in der unmittelbaren Nachkriegszeit vgl. John Gimbel: *Science, Technology, and Reparations. Exploitation and Plunder in Postwar Germany*, Stanford/CA 1990; Matthias Judt/Burghard Ciesla (Hg.): *Technology Transfer out of Germany after 1945*, Amsterdam 1996; Ulrich Albrecht/Andreas Heinemann-Gruder/Arend Wellmann: *Die Spezialisten. Deutsche Naturwissenschaftler und Techniker in der Sowjetunion nach 1945*, Berlin 1992. Unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten vgl. zudem die entsprechenden Ausführungen bei Raymond Stokes: *Technologie und Bündnisbildung: Technologietransfer im Kalten Krieg*, in: Junker: *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges*, Bd. 1, S. 504–506. Einen kurzen Gesamtüberblick bietet zudem Ash: *Wissenschaft und Wissensaustausch*, S. 635–637. Zur Bedeutung der Direktive JCS 1067 siehe Henry J. Kellermann: *Cultural Relations as an Instrument of U.S. Foreign Policy. The Educational Exchange Program between the United States and Germany 1945–1954*, Washington D.C. 1978, S. 18–20.

⁴ Vgl. Manuel Espinosa: *Inter-American Beginnings of U.S. Cultural Diplomacy. 1936–1948*, Washington D.C. 1976; Manfred Strack: *Amerikanische Kulturbeziehungen zu (West-) Deutschland 1945–1955*, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch* 2 (1987), S. 283ff., hier S. 283; Littmann: *Gute Partner – Schwierige Partner*, S. 75; Jürgen Müller: *Nationalsozialismus in Lateinamerika. Die Auslandsorganisationen der NSDAP in Argentinien, Brasilien, Chile und Mexico 1933–1945*, Stuttgart 1997.

⁵ Heideking: *Geschichte der USA*, S. 319; Karl-Heinz Füssl: *Zwischen Eliteförderung und Erziehungsreform. Deutsch-amerikanische Austauschprogramme*, in: Junker: *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges*, Bd. 1, S. 623–633, hier S. 624f.; Annette Puckhaber: *German Student Exchange Programs in the United States, 1946–1952*, in: *Bulletin of the German Historical Institute* 30 (2002), S. 123–142, hier S. 123.

⁶ Vgl. Henry P. Pilgert: *The Exchange of Persons Program in Western Germany*, Historical Division Office of The Executive of The U.S. High Commissioner for Germany, o.O. 1951; Rupieper: *Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie*, S. 422.

dieser Konzeption „kam dem Austauschprogramm mit Deutschland zentrale Bedeutung zu, obwohl in den ersten Jahren der Besatzungszeit nur wenige Maßnahmen eingeleitet wurden“.⁷

Einen ersten Impuls für die Neuauflage des akademischen Austauschs brachte der Deutschlandbesuch einer Delegation des „American Council on Education“ im August 1946. Die von George F. Zook, dem Präsidenten des Council und vormaligen amerikanischen Erziehungsminister, geleitete Delegation widmete sich zwar hauptsächlich der Lage des deutschen Schulwesens, empfahl aber im sogenannten Zook-Report besonders begabten Studenten für einen befristeten Zeitraum, ein Studium in den USA zu ermöglichen.⁸ Diesem Ratschlag lag die schlichte Erkenntnis zugrunde, daß es sich hierbei um die potentiellen politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und auch wissenschaftlichen Eliten Deutschlands handle, die schnellstmöglich durch einen Aufenthalt in den USA auf ihre spätere Führungsrolle vorbereitet werden müßten.⁹ Gemäß dem eigentlichen Auftrag der Delegation war diese Empfehlung noch primär auf künftige Lehrer bezogen:

„This is essential to enable those Germans showing promise of leadership to study in the United States and to receive the benefit of our experience for training of their youth, the rewriting of their school books, and the preparation of cultural material for adult education.“¹⁰

Gleichwohl plädierte der Bericht für eine baldige Ausweitung des akademischen Austauschs mit Deutschland auf Basis des am 1. Juli 1946 von Präsident Harry S. Truman unterzeichneten „Fulbright-Act“. Dieses nach seinem geistigen Vater Senator J. William Fulbright benannte Gesetz sah die Einrichtung eines weltweiten Austauschprogramms vor, das durch den Verkauf von überschüssigem Kriegsmaterial finanziert werden sollte.¹¹ Allerdings waren im Sommer 1946 die organisatorischen und finanziellen Grundlagen des Fulbright-Act noch bei weitem nicht so ausgebildet, als daß ein akademischer Austausch mit Deutschland – wie von der Zook-Kommission angeregt – sogleich hätte begonnen werden können.¹² Dennoch lösten die Empfehlungen des Zook-Reports in Washington und innerhalb der OMGUS-Administration intensive Debatten aus. Als ein unmittelbares Re-

⁷ Füssl: Zwischen Eliteförderung und Erziehungsreform, S. 625.

⁸ Zur Deutschlandreise der Zook-Kommission und zu der Bedeutung des Abschlußberichts für die weitere Entwicklung des Austauschprogramms vgl. Kellermann: Cultural Relations as an Instrument of U.S. Foreign Policy, S. 23f.; Rupieper: Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie, S. 391f.; Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner, S. 76.

⁹ Zu den amerikanischen Zielvorstellungen vgl. u. a. Henry B. Cox: Investment in Understanding. Reprinted from the Foreign Service Journal, Washington D.C. 1955; Henry J. Kellermann: The Human Factor, in: Gutzen/Herget/Jacobsen: Transatlantische Partnerschaft, S. 151–164.

¹⁰ Zitiert nach Kellermann: Cultural Relations as an Instrument of U.S. Foreign Policy, S. 24.

¹¹ Vgl. hierzu ebd. Grundlegend auch Ralph A. Vogel: The Making of the Fulbright Program, in: Nathan Glazer (Hg.): The Fulbright Experience and Academic Exchanges. The Annals of the American Academy of Political and Social Science, Vol. 491 (May 1987), S. 11–21.

¹² Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner, S. 77.

sultat dieser Auseinandersetzung darf die am 15. Juli 1947 erlassene Direktive JCS 1779 angesehen werden, die die JCS 1067 ablöste und in der dem Oberkommandierenden der amerikanischen Truppen in Deutschland mit Verweis auf das Reorientation-Programm die Vollmacht erteilt wurde, „to permit and assist the travel into and out of Germany of persons useful for this program within the availability of your facilities“.¹³ Die Grundlage für JCS 1779 bildeten diejenigen Kriterien, die schon einige Monate zuvor, am 31. März 1947, das State-War-Navy Coordinating Committee (SWNCC) in seiner Direktive 269/8 der Presse vorgestellt hatte.¹⁴

Zu einem bedeutenden Anwalt des Austauschgedankens innerhalb der Besatzungsbehörde hatte sich die für kulturelle und bildungspolitische Fragen zuständige ERAB entwickelt. In dieser arbeiteten zahlreiche amerikanische Wissenschaftler und Universitätspräsidenten, die aus demokratiepolitischen, aber auch wissenschaftlichen Motiven an einer raschen Wiederaufnahme der akademischen Beziehungen zu Deutschland interessiert waren. Einer der zweifellos einflussreichsten Fürsprecher des akademischen Austauschgedankens bei OMGUS war der Präsident der Indiana State University und damalige kulturpolitische Berater General Clays, Herman B. Wells, der – wie oben gezeigt werden konnte – auch eine zentrale Rolle bei der Gründung der FU Berlin spielte.¹⁵ Wells war überzeugt davon, daß eine grundlegende Reform des teilweise von nationalsozialistischem Gedankengut durchsetzten Bildungswesens in Deutschland ohne den Auf- und Ausbau eines breitangelegten Austauschprogramms zum Scheitern verurteilt sein würde.¹⁶ „For more than a decade“, so Wells im Jahre 1948,

„Germans were barred by the Nazi dictatorship from thought and culture of the rest of the world. Today they are unaware of many of the advances that have been made in such fields as education, social science, medicine, art, and literature. It is not enough to say that success in reeducation will be exchange of textual matter; teachers, students, and leading personalities in the profession; it should rather be said that success is not possible without exchange [...]. In conclusion [...] Cultural Exchange is one of the keystones in the reeducation program.“¹⁷

Diese Aussage macht evident, welche grundlegende Bedeutung dem akademischen Austausch im Hinblick auf die Demokratisierung Deutschlands von amerikanischer Seite in wachsendem Maße beigemessen wurde.¹⁸ Tatsächlich gelang es Wells, die zuständigen Stellen in Washington, vornehmlich das State Department, und General Clay von der Notwendigkeit eines geregelten akademischen Aus-

¹³ Die „Directive to the Commander in Chief of the U.S. Forces of Occupation (JCS 1779)“ findet sich abgedruckt in: *Germany 1947–1949*, S. 33–41, hier S. 41 (Zitat).

¹⁴ Vgl. den Abdruck von SWNCC 269/8 in: *Germany 1947–1949*, S. 611f.

¹⁵ Zur Rolle Wells' bei der Gründung der FU siehe Tent: *Freie Universität Berlin*, S. 121–128.

¹⁶ Wells: *Higher Education Reconstruction in Postwar Germany*, S. 48f. Zur Rolle Wells' bei der Entstehung des deutsch-amerikanischen Austauschprogramms vgl. Kellermann: *Cultural Relations as an Instrument of U.S. Foreign Policy*, S. 32–36; Rupieper: *Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie*, S. 394f.; Littmann: *Gute Partner – Schwierige Partner*, S. 82f.

¹⁷ Zitiert nach Kellermann: *Cultural Relations as an Instrument of U.S. Foreign Policy*, S. 33f.

¹⁸ Vgl. Rupieper: *Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie*, S. 390f.; Kellermann: *The Human Factor*, S. 154.

tauschs zu überzeugen.¹⁹ Zur konkreten Zielsetzung des daraufhin 1947 ins Leben gerufenen *Cultural Exchange Program* hieß es in einem OMGUS-Memorandum vom Februar 1949: „The Exchange Program means, primarily, that Germans sponsored by some organization, institution or group are sent to the United States for a period of study and observation of the American way of life, our institutions, the operation of constitutional government based on the democratic ideal.“²⁰

Nachdem bereits 1946 eine erste Gruppe von rund 50 deutschen Studenten auf private Initiative die USA besucht hatte, begann der offiziell von OMGUS organisierte Austausch Ende 1947. Im Studienjahr 1947/48 waren es 214 und 1948/49 schon 240 deutsche Studenten, die einen USA-Aufenthalt absolvieren durften. Bis zur Unterzeichnung des Fulbright-Abkommens zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik am 18. Juli 1952 sollten in dieser „Pionierphase“ insgesamt rund 3 000 (west-)deutsche Studenten den Atlantik überqueren.²¹

Einen zusätzlichen Impuls erhielt das Austauschprogramm durch die weltpolitische Großwetterlage dieser Jahre. Der Ausbruch des Kalten Krieges, die Blockade Berlins, die Gründung der Bundesrepublik und der Korea-Krieg hatten nicht nur die sukzessive Transformation Westdeutschlands vom Besiegten zum Verbündeten eingeleitet, sondern auch die Bedeutung enger kultureller Kontakte erneut deutlich gemacht.²² Zwar stand die primäre Intention des Austauschs immer noch unter erziehungspolitischen Vorzeichen, dennoch war auch hier seit 1948 der Wechsel von der „Reeducation-“ zur „Reorientation-Politik“ nicht zu übersehen.²³ Umerziehung bzw. Umorientierung sollten von nun an ebenso „reinigend“ wie integrierend wirken. Mit anderen Worten: Der Entnazifizierungsgedanke verlor mit dem Anwachsen der Spannungen zwischen Ost und West an Bedeutung. Statt dessen wurde die amerikanische Politik gegenüber der jungen Bundesrepublik in zunehmendem Maße von der Vorstellung bestimmt, die dortige demokratische Entwicklung zu stabilisieren und gegen die gerade im geteilten Deutschland besonders spürbare kommunistische Herausforderung zu immunisieren. In diesem Kontext fiel dem Austauschgedanken aus naheliegenden Gründen eine herausragende Rolle zu.²⁴

Die Teilnahmebedingungen für das Austauschprogramm wurden von der amerikanischen Militärregierung definiert und galten sowohl für die OMGUS-, als auch für die anschließende HICOG-Periode. Wie in allen Bereichen des öffentlichen Lebens gab es exakte Richtlinien, welche Personengruppen auszuschließen wa-

¹⁹ Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner, S. 81.

²⁰ Interdivisional Reorientation Committee (OMGUS), *Cultural Exchange Program* (February 1949), Foreword. Hier zitiert nach Puckhaber: *German Student Exchange Programs in the United States*, S. 124.

²¹ So Littmann: *Neue Strukturen des akademischen Austausches*, S. 207; ders.: *Gute Partner – Schwierige Partner*, S. 78; Puckhaber: *German Student Exchange Programs in the United States*, S. 124.

²² Vgl. Kellermann: *The Human Factor*, S. 158f.; Strack: *Amerikanische Kulturbbeziehungen zu (West-)Deutschland*, S. 286.

²³ Ulrich Littmann: *A Host Country's View: The Federal Republic of Germany*, in: Glazer: *The Fulbright Experience and Academic Exchanges*, S. 73–84, hier S. 77f.

²⁴ Vgl. besonders Puckhaber: *German Student Exchange Programs in the United States*, S. 131f.

ren.²⁵ Dies galt in erster Linie für ehemalige Mitglieder nationalsozialistischer Organisationen und, als Resultat des Ost-West-Konflikts, für Personen mit vermeintlichem oder tatsächlichem kommunistischen Hintergrund.²⁶ Umgekehrt sollten potentielle Austauschkandidaten eine gewisse kulturelle Offenheit aufweisen und sich explizit zu westlich-demokratischen Werten bekennen. In den Bestimmungen von SWNCC 269/8 (März 1947) hieß es hierzu noch in allgemeiner Form:

„The German nationals must have a satisfactory record as regards past and present political activities and affiliations and must meet established security requirements for the exit of Germans from Germany and for their entry in the United States [...]. Whenever possible. Preference shall be given to persons who have demonstrated their opposition to Nazism and their belief in democratic principles.“²⁷

Ferner waren ausreichende Englischkenntnisse und die Bereitschaft zur Rückkehr nach Deutschland für eine Bewilligung ausschlaggebend, die von einer eigens eingerichteten OMGUS- bzw. später von einer HICOG-Kommission erteilt wurde.²⁸ Herausragende akademische Leistungen oder Befähigungen spielten demgegenüber in der Frühphase des Austauschs noch eine eher sekundäre Rolle. „Not only scholastic records are considered“, erläuterte der damalige Leiter des Interchange of Persons Office bei OMGUS, Frank G. Banta, im November 1948, „but also general personality and appearance, promise of leadership, adaptability, political record, and openmindedness.“²⁹ Aus wissenschaftsgeschichtlicher Perspektive besonders hervorzuheben ist demzufolge die Tatsache, daß die Wiederbelebung des akademischen Austauschs zwischen den USA und Deutschland nach 1945 in seinen Anfängen eben nicht aus einer primär wissenschaftlichen Motivation heraus erfolgte, sondern vornehmlich erziehungs- und demokratiepolitische Beweggründe im Vordergrund standen. Ulrich Littmann, von 1963 bis 1994 geschäfts-

²⁵ Siehe die entsprechenden Bestimmungen der Direktive SWNCC 269/8 in: Germany 1947–1949, S.611f. Genauer zu den frühen Auswahlmethoden und -verfahren (1947–52) vgl. auch Pilgert: *The Exchange of Persons Program*, S.22–29; Rupieper: *Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie*, S.398f.

²⁶ Vgl. Littmann: *Gute Partner – Schwierige Partner*, S.84.

²⁷ Germany 1947–1949, S.612.

²⁸ Puckhaber: *German Student Exchange Programs in the United States*, S.125. Vgl. in diesem Zusammenhang zudem die noch etwas allgemein gehaltenen Auswahlkriterien in einer vertraulichen Presseverlautbarung des State Department vom 29.3.1947: „Only such persons will be selected for this program as can be expected to further, through their trips, the work of Military Government and to play a constructive part in the revival of German cultural life and in the reorientation of the German people toward peace and democracy. [...] Preference will be given to persons who have demonstrated their opposition to Nazism and their believe in democratic principles. Such persons will be brought to the United States in order to complete a carefully planned program generally lasting between six and twelve months, and they must return to Germany when the program has been completed“ (IfZ, OMGUS 5/301-2/26, Department of State, Confidential Release: *Interchange of Persons between the United States and Germany*, 29.3.1947).

²⁹ Frank G. Banta: *Student Exchange*, in: *Information Bulletin. Magazine of the Office of the High Commissioner for Germany*, 30.11.1948, S.10. Vgl. ferner Bantas rückblickende Beschreibung seiner Tätigkeit in Deutschland in ders.: *A Role in the Education Branch of the Office of the Military Government for Germany (US)*, in: Heinemann: *Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Westdeutschland*, Teil 2: *Die US-Zone*, S.35–42.

führender Direktor der deutsch-amerikanischen Fulbright-Kommission in Bonn, vermerkt hierzu: „Es gehört zur Geschichte der unmittelbaren Nachkriegsjahre, daß die Begegnung der amerikanischen Hochschulen und Wissenschaft mit Deutschland unter Bedingungen und Absichten erfolgte, die den Traditionen der Zusammenarbeit gänzlich fremd waren.“³⁰

Hauptadressaten eines in der Regel sechs- bis zwölfmonatigen USA-Aufenthalts waren neben Studenten (students) und Praktikanten (trainees) vor allem sogenannte future leader und german specialists, also Erwachsene aus Berufs- und Tätigkeitsfeldern, von denen man sich auf amerikanischer Seite wichtige Impulse für die demokratische Entwicklung in Deutschland versprach.³¹ Dabei spielte der erhoffte multiplikatorische Effekt eine zentrale Rolle.³² Umgekehrt sollten amerikanische Experten, darunter auch Universitätsprofessoren, für einen begrenzten Zeitraum einen Beitrag zum Wiederaufbau Deutschlands leisten. „Their task was“, so Henry B. Cox 1955 rückblickend, „to bring their German counterparts up to date on important developments in their respective fields of interest, to help train replacements for key officials removed from office through the denazification process, to advise on democratic principles to the German scene.“³³ Bis 1955 hatten insgesamt 1 022 amerikanische Experten Deutschland bzw. die Bundesrepublik besucht.³⁴

An eine Austauschmöglichkeit für amerikanische Studenten war zu Beginn des OMGUS-Programms aufgrund der räumlich wie materiell angespannten Situation an den deutschen Universitäten nicht gedacht worden.³⁵ Dies sollte sich auf bescheidenem Niveau erst 1948 ändern.³⁶ Damit wird deutlich, daß zu diesem Zeit-

³⁰ Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner, S. 88.

³¹ Vgl. die entsprechenden Ausführungen in: Germany 1947–1949, S. 611. Zu den Zielgruppen des Austauschs siehe Pilgert: The Exchange of Persons Program, S. 15f.; Rupieper: Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie, S. 399; Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner, S. 85. Zur amerikanischen Zielsetzung siehe Puckhaber: German Student Exchange Programs in the United States, S. 125.

³² Zur multiplikatorischen Wirkung vgl. Strack: Amerikanische Kulturbeziehungen zu (West-)Deutschland, S. 289.

³³ Cox: Investment in Understanding, S. 2. Vgl. in diesem Zusammenhang auch die folgenden Ausführungen in IfZ, OMGUS 5/301-2/26, Department of State, Confidential Release: Interchange of Persons between the United States and Germany, 29.3.1947: „Under the provision of this policy, United States experts and specialists may visit Germany to advise and work with leading German personalities in the following fields: formal and extracurricular education; religion; public information, including press, radio, and film; civic, welfare, youth, and other social organizations; occupational and professional organizations; art, letters, music, and the stage.“

³⁴ Vgl. die Angaben bei Kellermann: Cultural Relations as an Instrument of U.S. Foreign Policy, S. 265. Zu den verschiedenen Tätigkeitsfeldern der amerikanischen Spezialisten in Deutschland siehe Rupieper: Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie, S. 402f.

³⁵ Vgl. Germany 1947–1949, S. 612: „Until conditions at German educational institutions appear sufficiently stabilized, no United States student shall be permitted to study in institutions of higher learning in Germany.“

³⁶ Erst Anfang April 1948 wurde seitens der Education & Cultural Relations Division die Zulassung einer geringen Anzahl ausländischer, d. h. auch amerikanischer Studenten erwogen. Vgl. IfZ, OMGUS AG 1948/14/2, Education and Cultural Relations Division, Subject: Admission of Foreign Students to German Universities, 9.4.1948.

punkt auf Studentenebene von einem gleichberechtigten akademischen Austausch noch keineswegs gesprochen werden kann. Vielmehr handelte es sich um eine Einbahnstraße zugunsten der deutschen Teilnehmer. Realistischerweise war Deutschland in den ersten Nachkriegsjahren für amerikanische Studenten und Professoren wenig attraktiv. Die Mehrzahl der Hochschulen befand sich in einem teilweise katastrophalen Zustand, an den sich der Lehr- und Forschungsbetrieb zwangsläufig anpassen mußte.³⁷ Demgegenüber bedeutete der Aufenthalt auf einem intakten amerikanischen College- oder Universitäts-Campus für die Mehrzahl der jungen deutschen Studenten und Nachwuchswissenschaftler ein zumeist beeindruckendes Erlebnis.³⁸

Die Organisation des Austauschs und die Betreuung der deutschen Gaststudenten übernahm seit 1948/49 federführend das in New York ansässige IIE, eine private Institution, die im Auftrag und unter Aufsicht des amerikanischen Außenministeriums arbeitete.³⁹ Generell ist festzuhalten, daß es sich bei dem nach 1945 ins Leben gerufenen Austauschprogramm von Anfang an um keine rein staatliche Unternehmung handelte. Zwar wurden die Reisekosten größtenteils aus staatlichen Mitteln finanziert, während des Aufenthalts in den Vereinigten Staaten übernahmen aber zumeist private Stiftungen, religiöse Verbände oder die jeweilige Gasthochschule die finanziellen Aufwendungen. Ferner mußte in der Frühphase des Austauschprogramms noch die offizielle Einladung einer amerikanischen Institution bzw. Organisation vorliegen, bevor überhaupt die Erlaubnis für einen USA-Besuch erteilt wurde.⁴⁰ In einer vertraulichen Verlautbarung des State Department zur bevorstehenden Einführung des Austauschprogramms vom 29. März 1947 hieß es zur Rolle der nichtstaatlichen Institutionen: „The program to be developed under this policy is conceived as a cooperative undertaking of the United States and of private institutions and organizations interested in furthering democratic reeducation and reconstruction in Germany.“⁴¹

Dieses Zitat belegt den Stellenwert, den der nichtstaatliche Sektor im Rahmen der offiziellen amerikanischen Kulturaußenpolitik besaß.⁴² So hatten sich in den ersten Nachkriegsjahren zahlreiche amerikanische Privatinitiativen gebildet, um ihrerseits den Personenaustausch mit dem ehemaligen Kriegsgegner zu unterstützen. Die Beweggründe für dieses private Engagement waren unterschiedlicher Natur. Zumeist handelte es sich um eine immer noch tief sitzende kulturelle Verbundenheit von Teilen der amerikanischen Bevölkerung mit Deutschland, die sich aus persönlichen Wurzeln, aber auch aus akademischen Erfahrungen speiste. Hinzu kam die Hoffnung, mit Hilfe des Austauschs einen wichtigen Beitrag zur Demo-

³⁷ Vgl. John A. Garraty/Walter Adams: *From Main Street to the Left Bank. Students and Scholars Abroad*, East Lansing/MI 1959.

³⁸ Littmann: *Gute Partner – Schwierige Partner*, S. 90.

³⁹ Kellermann: *Cultural Relations as an Instrument of U.S. Foreign Policy*, S. 40.

⁴⁰ Vgl. exemplarisch IFZ, OMGUS AG 1948/14/2, Schreiben des Präsidenten des Dickinson College in Pennsylvania William W. Edel an General Lucius D. Clay vom 14.4. 1948.

⁴¹ IFZ, OMGUS 5/301-2/26, Department of State, Confidential Release: *Interchange of Persons between the United States and Germany*, 29.3. 1947.

⁴² Vgl. die entsprechende Einschätzung bei Littmann: *Gute Partner – Schwierige Partner*, S. 81.

kratisierung und damit Stabilisierung Deutschlands zu leisten.⁴³ Exemplarisch für das mannigfache private Engagement in den USA sei hier auf ein Schreiben von Charles F. Wennerstrum, Mitglied des Supreme Court des Staates Iowa, an General Clay vom 8. April 1948 verwiesen. Wie dem Brief entnommen werden kann, hatte Wennerstrum selbst eine gewisse Zeit für die Besatzungsbehörden in Deutschland gearbeitet und wußte daher um die dort vorherrschende Situation. Das Schreiben verdeutlicht, aus welchen Motiven, mit welcher Zielsetzung und in welcher Form der akademische Austauschgedanke in den USA von nichtstaatlicher Seite gefördert wurde:

„Since my return from Germany I have had occasion to make a few talks. I have endeavored to relate the difficulties which confront the Allies in their efforts to restore the economy of Germany. I have commented upon the present educational facilities there and particularly have I commented upon the efforts to democratize the youth of Germany. On one occasion I addressed a Founder's Day banquet of the Sigma Alpha Epsilon Fraternity. There were alumni and active members present representing the chapters at Drake University, Iowa University and Iowa State College. I there commented on the possibility of aiding in the program of democratizing Germany bringing university students from that country to the campuses of American Colleges and Universities. I have just recently been informed that these comments have resulted in favorable action being taken by the chapter of the fraternity which is located at Drake University, approving of such a program. This chapter, subject to a suitable selection being made, and further subject to approval of the proper authorities in Germany, desires to bring a German university student to the Drake campus for a year's study.“⁴⁴

In Deutschland stieß das amerikanische Austauschprogramm erwartungsgemäß auf reges Interesse. In den Augen vieler junger Deutscher, die sich nach dem Schrecken des Krieges zu einem Studium entschlossen hatten, eröffnete dieses Programm neue Perspektiven.⁴⁵ Einerseits erschien allein die Vorstellung faszinierend, ein fremdes und fernes Land kennenzulernen und dadurch den eigenen, bislang begrenzten Horizont zu erweitern. Andererseits erhoffte man sich von einem Studium in den USA auch Vorteile für die eigene akademische Ausbildung bzw. für den späteren beruflichen Werdegang, da die Vereinigten Staaten bereits im Verlauf des Zweiten Weltkrieges auf zahlreichen Wissenschaftsfeldern eine führende Position eingenommen hatten. Hinzu trat – wie mehrfach erwähnt – der oftmals desolate Zustand, in dem sich viele deutsche Universitäten nach Kriegsende befanden. Alles in allem korrespondierten somit die Erwartungen und Hoffnungen der Austausch Kandidaten mit den erziehungs- und wissenschaftspolitischen Vorstellungen der Besatzungsmacht.⁴⁶ Evident wird diese Übereinstimmung in den an die Besatzungsbehörde gerichteten Bewerbungsschreiben deutscher Studenten. Beispielsweise wandte sich im März 1947, also Monate bevor der eigentliche Austausch anzulaufen begann, ein junger Maschinenbaustudent namens Wolfgang

⁴³ Zum Aspekt der „Demokratisierung“ vgl. ebd., S. 83 und S. 91; Puckhaber: German Student Exchange Programs in the United States, S. 125f.; Füssl: Zwischen Elitförderung und Erziehungsreform, S. 625.

⁴⁴ IfZ, OMGUS AG 1948/14/2, Schreiben Charles F. Wennerstrums an General Lucius D. Clay vom 8. 4. 1948.

⁴⁵ Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner, S. 95.

⁴⁶ Vgl. Füssl: Zwischen Elitförderung und Erziehungsreform, S. 626f.

Heegmann mit den folgenden Zeilen unmittelbar an Fritz Karsen, den damaligen Leiter der ERAB-Hochschulabteilung:

„Wie ich in Erfahrung gebracht habe, ermöglicht die weitsichtige Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika den werdenden Wissenschaftlern der ganzen Welt eine gewisse Unterstützung im Studium auf allen Gebieten, indem es ermöglicht wird, dieses in den Vereinigten Staaten durchzuführen. Gerade diese Tatsache ist ein großer Beitrag zur Völkerverständigung und dient dazu, die Eigenschaften und modernen Errungenschaften einer großen Nation an Ort und Stelle zu studieren, um die daraus gezogenen Erkenntnisse über das Land, über die dort lebenden Menschen und ebenfalls über alle anderen Dingen den Völkern der Welt näher zu bringen. [...] Gerade das Weltbild der modernen Physik, insbesondere der Atomphysik, der Quantentheorie und der Relativitätstheorie übt einen wesentlichen Einfluß auf die heutige Gestaltung unseres Daseins aus. Somit ist es mein Bestreben, in diesen neuesten physikalischen Erkenntnissen weiteres Wissen zu erlangen. Ich wäre Ihnen daher zu größtem Dank verpflichtet, wenn Sie mir daher zu einer Möglichkeit eines Studiums in den Vereinigten Staaten im Rahmen des kommenden Studienaustauschs verhelfen würden. Ich gestatte mir noch darauf hinzuweisen, daß ich laufend an der Vermehrung meiner Kenntnisse der weltumfassenden Englischen Sprache arbeite, ohne die ein erfolgreiches Studium, ganz gleich welcher Art, nicht möglich ist.“⁴⁷

Der Inhalt dieses Schreibens war typisch für derartige Anfragen und Anträge. Offensichtlich hatte es sich unter den Bewerbern herumgesprochen, daß der Hinweis auf die erhofften positiven Erfahrungen mit der amerikanischen Demokratie und die damit einhergehende Rückwirkung auf den weiteren Werdegang in Deutschland zu den notwendigen Standardformulierungen eines Bewerbungsschreibens zu gehören hatte, wobei den Antragstellern nicht unterstellt werden soll, daß sie nicht wirklich hinter dem standen, was sie schrieben.⁴⁸

Selbstverständlich waren die für den Austausch zuständigen amerikanischen Stellen in Deutschland und den USA daran interessiert herauszufinden, inwieweit ihre Intentionen mit den tatsächlichen Erfahrungen der Austauschstudenten übereinstimmten. Im Jahre 1951 wurde vom amerikanischen Außenministerium erstmals eine Studie in Auftrag gegeben, die sich eingehender mit den USA-Erfahrungen deutscher Austauschteilnehmer befaßte.⁴⁹ Insgesamt wurden hierfür 234 Studenten befragt. Dabei ist bemerkenswert, daß sich zu diesem frühen Zeitpunkt die enttäuschten wie die positiv erfüllten Erwartungen weitgehend die Waage hielten. Interessanterweise wurden in dieser Frühphase des Austauschs die unmittelbar

⁴⁷ IfZ, OMGUS 5/301-2/26, Schreiben Wolfgang Heegmanns an Fritz Karsen vom 25.3.1947.

⁴⁸ Noch 1963 findet sich im Lebenslauf des Heidelberger Studenten Helmut Kuhn die folgende Passage: „Beim Wettbewerb um ein Fulbright Stipendium war ich erfolgreich, so daß ich erfolgreich seit September 1962 an der Universität Princeton, New Jersey/USA studiere. Bei der großen Beachtung, die den Wirtschaftswissenschaften in den USA geschenkt werden, ist dies für mich ein großartiger Vorteil. Zudem habe ich Gelegenheit zu beachten, wie die amerikanische Demokratie in der Praxis gehandhabt wird, da ich mich schon immer für das politische Geschehen interessiert habe“ (HStAS, FA 3/906, Akten Nr. h-1031, Bund 1).

⁴⁹ Robert T. Bower/Berta McKenzie/Burton Winograd: An Analysis of Attitude Change among German Exchanges. Institute for Research in Human Relations by Bureau of Social Research, The American University (als Manuskript vervielfältigt), Philadelphia/Washington D.C., August 1951. Vgl. in diesem Zusammenhang auch das Kapitel „Evaluation“ bei Pilgert: The Exchange of Persons Programm, S. 50–74.

persönlich-privaten Kontakte zu Land und Leuten weitaus besser bewertet als die rein akademischen Erfahrungen.⁵⁰ Allerdings rief bei zahlreichen Studenten die in den USA damals noch gängige Rassendiskriminierung, gerade nach den immer noch präsenten eigenen Erlebnissen mit der Judenverfolgung im Dritten Reich, oftmals tiefe Irritationen und Unverständnis hervor.⁵¹ Für einen jungen Deutschen, der in den USA gelebte Demokratie kennenlernen wollte, konnte daher die unerwartete Konfrontation mit der amerikanischen Rassenproblematik zu erschreckend grotesken Situationen führen, wie die spätere Berliner Politikwissenschaftlerin Helga Haftendorn von ihrem Studienaufenthalt an der University of Arkansas 1955/56 rückblickend zu berichten weiß:

„Dann erinnere ich mich an das alte Mütterchen auf einem unserer Streifzüge durch die Ozarks, das von den Schrecken des Civil War erzählte und wie fürchterlich die ‚nigger‘ gehaust hätten. Wenn ich mir ihre Behausungen ansähe, würde ich sehen, daß es sich bei ihnen eher um Tiere, als um zivilisierte Menschen handelte. Eine andere Begebenheit trug sich in Tulsa zu. Dort spuckte mich eine weiße Frau an, als ich mich – zugegebenerweise ziemlich naiv – auf einen der hinteren, aber freien Plätze im Bus setzte, die bis dato Farbigen vorbehalten waren.“⁵²

Eine deutliche Akademisierung erfuhr das Austauschprogramm nach 1948/49 durch die Wieder- bzw. Neugründung wissenschaftspolitisch relevanter Institutionen wie dem DAAD 1950, der DFG und der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) 1951 sowie der AvHSt im Jahre 1953.⁵³ Sowohl die DFG als auch der DAAD bemühten sich sogleich um ein Anknüpfen an die Wissenschaftsbeziehungen der Zeit vor 1933.⁵⁴ Gleichwohl nahm der Austausch mit den USA bei beiden Institutionen während der fünfziger Jahre lediglich einen Anteil von 10% bis 15% aller vergebenen Stipendien ein. Eine signifikante Zunahme der USA-Stipendien bzw.

⁵⁰ Vgl. die entsprechenden Angaben bei Littmann: *Gute Partner – Schwierige Partner*, S. 92f., sowie Füssl: *Zwischen Eliteförderung und Erziehungsreform*, S. 629–631.

⁵¹ Zu den oftmals verstörenden Erfahrungen mit der amerikanischen Rassenproblematik während ihres Studienaufenthalts an der University of Arkansas in Fayetteville 1955/56 vermerkt Haftendorn: Ein Brief an Ulrich Littmann, S. 30: „1955 und 1956 waren die Jahre, in denen die Entscheidung des Obersten Gerichts in der Rassenfrage umgesetzt werden mußte. Ich erinnere mich an die ‚token integration‘ in der UofA [University of Arkansas, S. P.], sah die farbigen Mädchen von zwei Sheriffs begleitet sich in die letzte Reihe im ‚class room‘ setzten und nach Unterrichtsschluß in ihr streng abgeschirmtes ‚dorm‘ zurückgehen. Es war auch das Jahr in dem Präsident Eisenhower die National Guard in Little Rock aufmarschieren ließ, um die ‚desegregation‘ an der örtlichen ‚high school‘ zu beenden.“

⁵² Ebd.

⁵³ Vgl. hierzu grundlegend Kurt Zierold: *Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft: Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar*, Wiesbaden 1968, S. 275–306; Hubertus Scheibe: *Der Deutsche Akademische Austauschdienst 1950 bis 1975*, in: DAAD: *Der Deutsche Akademische Austauschdienst 1925 bis 1975*, S. 33–112; Manfred Heinemann: *Der Wiederaufbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die Neugründungen der Max-Planck-Gesellschaft*, in: Rudolf Vierhaus/Bernhard vom Brocke (Hg.): *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Aus Anlaß ihres 75jährigen Bestehens, Stuttgart 1990, S. 407–461.

⁵⁴ Vgl. Littmann: *Gute Partner – Schwierige Partner*, S. 97; Füssl: *Zwischen Eliteförderung und Erziehungsreform*, S. 631.

der Stipendiaten aus den Vereinigten Staaten läßt sich erst ab 1960 verzeichnen. Gleiches gilt für die AvHSt, die in den ersten zehn Jahren ihres Bestehens insgesamt nur 47 Forschungsstipendien an US-Amerikaner vergab, eine im Vergleich zu Japan (235), Indien (118) und sogar Ägypten (62) eher bescheidene Zahl. So gesehen bedeutete das seit Anfang der fünfziger Jahre wiederaufkeimende Engagement der genannten Organisationen zwar die Wiederaufnahme eigenständiger westdeutscher Wissenschaftsbeziehungen gegenüber dem Ausland, im Hinblick auf den wissenschaftlichen Austausch mit den Vereinigten Staaten hielt sich dieser in der Dekade zwischen 1950 und 1960 aber noch in Grenzen.⁵⁵

Für den akademischen Austausch zwischen beiden Ländern blieben vorerst die Aktivitäten auf amerikanischer Seite bestimmend. Hierzu zählten neben dem von OMGUS und nach 1948 von HICOG geleiteten Austauschprogramm auch die zahlreichen staatlichen und privaten Initiativen zum Wiederaufbau der deutschen Universitäten. So unterstützten private Stiftungen wie die Ford- oder Rockefeller-Foundation nicht nur den rein materiellen Wiederaufbau durch Bücherspenden oder den Bau von Bibliotheken, Instituten und Studentenwohnheimen. Einen weiteren Pfeiler bildete die Finanzierung von Gastprofessuren amerikanischer Wissenschaftler an deutschen Hochschulen. Beispielsweise kann an Hand entsprechender Meldungen der LMU an das bayerische Kultusministerium nachvollzogen werden, daß zwischen 1946 und 1952 rund 108 Wissenschaftler aus den USA in München als Gastprofessoren tätig waren oder wenigstens einen Gastvortrag hielten.⁵⁶ Mehr als die Hälfte davon (66) entfällt auf die Jahre 1946 (42) und 1947 (24). Interessanterweise handelte es sich hierbei nicht allein um Geistes- bzw. Sozialwissenschaftler, sondern – soweit aus den Akten nachvollziehbar – in einer nicht unwesentlichen Größenordnung auch um Mediziner (19), Chemiker (12), Mathematiker (7), Biologen (9) und Physiker (6). Diese Zahlen belegen zweierlei: Zum einen das offenkundige deutsche Interesse an den aktuellen medizinisch-naturwissenschaftlichen Entwicklungen in den USA. Zum anderen aber auch, und dies sollte nicht außer acht gelassen werden, das amerikanische Interesse am Stand der deutschen Forschung gerade in diesen für militärische Zwecke nicht unbedeutenden Disziplinen. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang auch der besonders hohe Anteil deutschstämmiger Emigranten unter den amerikanischen Gastprofessoren. Mehr als die Hälfte der 108 erfaßten Personen weist deutschsprachige Vor- und Zunamen auf, darunter so prominente Emigranten wie die beiden Politikwissenschaftler Karl Loewenstein und Sigmund Neumann, der Jurist Max Rheinstein oder der Kunsthistoriker Otto von Simson. Dieser Umstand verdeutlicht erneut die besondere Rolle der Emigranten beim Wiederaufbau des wissenschaftlichen Lebens in Deutschland nach 1945, obgleich diese selbstverständlich

⁵⁵ Vgl. die entsprechende Tabelle bei Ulrich Littmann: Der Austausch von Akademikern, in: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hg.): *Amerika und Westeuropa. Gegenwarts- und Zukunftsprobleme*, Stuttgart/Zürich 1977, S. 61.

⁵⁶ Die Angaben beruhen auf der Auswertung folgender Aktenzeichen im Bayerischen Hauptstaatsarchiv (BayHStA): MK 69897, Gastvorträge 1937–1948; MK 69898, Universität München – Gastvorträge 1949–1952; MK 69899, Universität München – Gastvorträge 1952–1956; MK 69900, Universität München – Gastvorlesungen 1957–76. Die in den Akten nicht erfaßte Dunkelziffer dürfte jedoch höher liegen.

„nicht pauschal als Importeure amerikanischer Forschungsmethoden“ bezeichnet werden können.⁵⁷ Wie dominant speziell die Präsenz amerikanischer bzw. in den Vereinigten Staaten lebender Wissenschaftler an der Universität München zwischen 1946 und 1952 tatsächlich war, zeigt zudem ein Ländervergleich: Nach den USA waren in diesem Zeitraum an der LMU am zweitstärksten Gastprofessoren aus der Schweiz (30), gefolgt von Frankreich (11), Spanien (9), England (7), der Türkei (7) und Italien (6) vertreten.⁵⁸

Den zweifelsohne nachhaltigsten Impuls erhielt der akademische Austausch zwischen der Bundesrepublik und den USA durch das im Juli 1952 unterzeichnete Fulbright-Abkommen.⁵⁹ Initiator und Namensgeber des Abkommens war der als Nachfahre deutscher Einwanderer am 9. April 1905 in Sumner (Missouri) geborene demokratische Senator des Bundesstaates Arkansas J. William Fulbright, der seit einem Studienaufenthalt in Europa von der völkerverständigenden Kraft des Austauschgedankens überzeugt war.⁶⁰ Fulbright, der 1939 als damals jüngster amerikanischer Universitätspräsident für kurze Zeit seiner Heimathochschule in Fayetteville vorstand, begann seine politische Karriere 1945 mit der Wahl in den amerikanischen Senat. Bereits ein Jahr später zeichnete der junge Senator verantwortlich für das Zustandekommen des nach ihm benannten „Fulbright-Act“ (1. August 1946), der den Beginn eines weltweiten und bis heute maßgeblichen Austauschprogramms markierte. Der Fulbright-Act sah vor, mit dem Erlös aus dem Verkauf von Kriegsüberschüssen an verbündete Staaten den akademischen Austausch zwischen diesen Ländern und den USA zu finanzieren. Nachdem bereits mit 24 europäischen und außereuropäischen Staaten entsprechende Verträge bestanden, kam es 1952 auch zu einem Abkommen mit der Bundesrepublik, nachdem der Zook-Report schon 1946 eine rasche Aufnahme Deutschlands in das Fulbright-Programm empfohlen hatte.⁶¹ Erste Gespräche über ein koordiniertes binationales Austauschprogramm für Studenten und Wissenschaftler waren seit 1951 zwischen HICOG-Vertretern und dem Auswärtigen Amt bzw. dem Bonner Innenministerium geführt worden. Schließlich fanden die Verhandlungen am 18. Juli 1952 mit der Unterzeichnung des sogenannten Fulbright-Abkommens

⁵⁷ Zur Rolle der Emigranten vgl. Ash: Wissenschaft und Wissenschaftsaustausch, S. 637–640, besonders S. 638 (Zitat). Allgemein zur Situation zurückgekehrter Exilanten vgl. Claus-Dieter Krohn (Hg.): Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945, 6. Teil, Darmstadt 1998.

⁵⁸ Die Angaben erfolgen nach BayHStA, MK 69897, Gastvorträge 1937–1948 und BayHStA, MK 69898, Univ. München – Gastvorträge 1949–1952.

⁵⁹ Zur Geschichte des Fulbright-Abkommens siehe Walter Johnson/Francis J. Colligan: The Fulbright Program. A History, Chicago/London 1965, sowie die einzelnen Aufsätze in Glazer: The Fulbright Experience and Academic Exchanges.

⁶⁰ Einen kompakten Überblick zur Person und zu den Motiven Senator Fulbrights vermittelt u. a. Ulrich Littmann: Akademischer Austausch als Friedenspolitik. Die Ideen des Senators J. William Fulbright, in: Deutschland zwischen Krieg und Frieden. Beiträge zur Politik und Kultur im 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans-Adolf Jacobsen, hg. von Karl-Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Peter Schwarz, Düsseldorf 1991, S. 384–394. Vgl. ferner Randall Bennett Woods: Fulbright Internationalism, in: Glazer: The Fulbright Experience and Academic Exchanges, S. 22–35, hier S. 23f., sowie ders.: Fulbright. A Biography, Cambridge 1995.

⁶¹ Füssl: Zwischen Eliteförderung und Erziehungsreform, S. 627.

durch Bundeskanzler Konrad Adenauer und den amerikanischen Hochkommissar John McCloy ihren Abschluß.⁶²

Im Unterschied zu den Austauschprogrammen unter OMGUS- bzw. HICOG-Aufsicht, an denen seit 1946 etwa 3000 deutsche Studenten partizipiert hatten, bedeutete das Fulbright-Abkommen eine intentionale Kehrtwende von der primär durch den Gedanken der „Reeducation“ bzw. „Reorientation“ geleiteten Form des Austauschs hin zu dessen Akademisierung.⁶³ Zudem stellte das Abkommen vom Juli 1952 den akademischen Austausch zwischen den USA und der Bundesrepublik insofern auf eine neue Ebene, als künftig beide Länder als weitgehend gleichberechtigte Partner agierten.⁶⁴ Wie in Artikel vier des Abkommens festgelegt wurde, bestand das für den Austausch zuständige Gremium, die „United States Educational Commission in the Federal Republic of Germany“, aus jeweils fünf amerikanischen und deutschen Mitgliedern.⁶⁵ „Diese bilaterale Kommission“, so Ulrich Littmann, „war wohl die erste Einrichtung, in der die Vertreter der Besatzungsmacht und der Bundesrepublik gleichberechtigt zusammentrafen und Entscheidungen fällten.“⁶⁶ Erster Leiter der deutschen Delegation, in der neben dem Bund und den Ländern später auch Vertreter des DAAD sowie der DFG vertreten waren, wurde der damalige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und vormalige Rektor der Universität Frankfurt am Main, Walter Hallstein.⁶⁷ Deutscherseits war man sich darüber im klaren, daß sich mit Hilfe des Fulbright-Abkommens nun die Möglichkeit bot, sowohl an die akademischen Vorkriegsbeziehungen mit den USA anzuknüpfen als auch den ersehnten Anschluß an die internationale Wissenschaftsgemeinschaft nach insgesamt knapp zwei Jahrzehnten der Isolation wiederzufinden.⁶⁸

Hinsichtlich des Auswahlverfahrens für die deutschen Bewerber übernahm das Fulbright-Programm weitgehend die bisherige OMGUS- bzw. HICOG-Praxis. Nach ersten Vorselektionen an den Universitäten entschieden paritätisch besetzte Regionalausschüsse in den sechs Konsulatsbezirken und West-Berlin über die Vergabe der (anfangs jährlich 450) Fulbright-Stipendien, bei denen es sich neben einem kleineren Kontingent an Vollstipendien vornehmlich um Reisestipendien handelte. In letzterem Fall mußten die Kosten für den eigentlichen USA-Aufenthalt auch weiterhin aus anderen staatlichen bzw. privaten Mitteln finanziert oder

⁶² Ein Abdruck des ‚Fulbright-Abkommens‘ vom 18.7.1952 findet sich bei Kellermann: Cultural Relations as an Instrument of U.S. Foreign Policy, S.270–275. Zu den Verhandlungen und dem anschließenden Vertragsabschluß vgl. den kurzen Überblick bei James F. Tent: A Brief History of the German-American Fulbright Program 1952–2002, in: Fulbright Kommission (Hg.): Fulbright at Fivty. Building the Transatlantic Future, Bonn 2002, S.8–11, hier S.8f.

⁶³ Vgl. Cox: Investment in Understandig, S.4.

⁶⁴ Vgl. Littmann: A Host Country’s View, S.74f.; ders: Gute Partner – Schwierige Partner, S.112; Ash: Wissenschaft und Wissensaustausch, S.640.

⁶⁵ Vgl. die entsprechende Vertragsstelle bei Kellermann: Cultural Relations as an Instrument of U.S. Foreign Policy, S.272.

⁶⁶ Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner, S.112.

⁶⁷ Kellermann: Cultural Relations as an Instrument of U.S. Foreign Policy, S.176.

⁶⁸ Vgl. Strack: Amerikanische Kulturbeziehungen zu (West-)Deutschland, S.288; Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner, S.115.

von den jeweiligen Gastuniversitäten und -colleges übernommen werden. Insgesamt existierten gegen Mitte der 1950er Jahre drei Arten von Stipendien, die in einer offiziellen Verlautbarung der „United States Educational Commission“ folgendermaßen differenziert wurden:

„1. Fulbright Stipendien, die eine Summe in DM vorsehen, um die Reisekosten von Deutschland nach den Vereinigten Staaten und zurück zu decken, 2. HICOG Stipendien, die eine Summe an Dollar vorsehen, welche die Studiengebühren, den Lebensunterhalt und die Nebenausgaben des Stipendiaten während eines Studienaufenthalts in den Vereinigten Staaten deckt, 3. Private Stipendien, die ausländischen Bewerbern durch das Institute of International Education von amerikanischen Universitäten geboten werden.“⁶⁹

Ganz im amerikanischen Sinne wurde auf deutscher Seite besonderer Wert auf die Stipendiatenauswahl gelegt. In einem Schreiben an alle bayerischen Hochschulen verwies beispielsweise das zuständige Kultusministerium im Jahre 1955 unmißverständlich auf die Anforderungen, denen die Kandidaten im Rahmen der universitären Vorauswahlen für ein Fulbright-Stipendium gerecht werden mußten:

„Die deutschen Stipendiaten werden in den USA als Repräsentanten des deutschen Volkes und insbesondere des deutschen akademischen Lebens angesehen. Es sollten nur solche Studierende bei der Auswahl berücksichtigt werden, deren soziales und politisches Interesse, deren allgemeine Bildung ebenso wie ihre fachliche Qualifikation kritischer Beobachtung standhalten und die sich in ein Gemeinschaftsleben eines anderen Landes einzuordnen vermögen. Gleichzeitig sollten sie in der Lage sein, ihre im Ausland gewonnenen Erfahrungen nach ihrer Rückkehr für Deutschland zu verwerten.“⁷⁰

Für die Organisation des Austauschs und die Betreuung der Stipendiaten in den USA blieb weiterhin das New Yorker IIE zuständig. Umgekehrt waren an der Betreuung der amerikanischen Studenten und Wissenschaftler in Deutschland neben den jeweiligen Gastuniversitäten auch der DAAD und die DFG beteiligt, die beide aufgrund der aus finanziellen Gründen immer noch eingeschränkten eigenen Austauschkapazitäten am Fulbright-Programm partizipierten.⁷¹

In den Vereinigten Staaten wurde mit dem Fulbright-Programm auch die Hoffnung verbunden, neue Akzente innerhalb des deutschen Universitäts- und Wissenschaftssystems setzen zu können. Ein Schwerpunkt lag hierbei auf der Förderung gesellschaftspolitisch relevanter Disziplinen, da diese für den Aufbau und die Stabilisierung demokratischer Strukturen in der Bundesrepublik als besonders grundlegend angesehen wurden.⁷² Aber auch ganz andere Wissenschaftsbereiche spielten in diesem Kontext eine wichtige Rolle. „With a view to the special needs and deficiencies prevailing in postwar Germany“, so Henry Kellermann,

„the Committee recommended that special emphasis be placed on the following fields: social sciences, including political science with emphasis on empirical research methods rather than pure theory; problems of human relations as reflected in such fields as education; psy-

⁶⁹ BayHStA, MK 68681, The United States Educational Commission in the Federal Republic of Germany: United States Government, Fulbright Study Grants 1954–1955.

⁷⁰ BayHStA, MK 68681, Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus an die Philosophisch-theologischen Hochschulen in Bayern und die Akademien der Bildenden Künste in München und Nürnberg vom 28.4.1955.

⁷¹ Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner, S.118.

⁷² Vgl. Füssl: Zwischen Eliteförderung und Erziehungsreform, S.628, sowie Kapitel III.2. und III.3.

chology and psychiatry; community planning, medicine and public health; architecture; humanities; natural science; engeneering in all its facets; labor and management problems; American Studies; and economics. Nearly every one of these subjects was related to problem areas critical to the German national reconstruction effort.“⁷³

Das Fulbright-Programm besaß demzufolge in seinen Anfängen eine kaum zu überschätzende demokratie- und wissenschaftspolitische Dimension, mit weitreichenden Auswirkungen auf die Entwicklung von Forschung und Lehre in der jungen Bundesrepublik. So kann die seit den 1950er Jahren verstärkt zu beobachtende Übernahme amerikanisch beeinflusster Fragestellungen und Methoden speziell in den westdeutschen Sozial- und Naturwissenschaften auch als ein unmittelbares Resultat des akademischen Austauschs zwischen beiden Ländern betrachtet werden.⁷⁴

Eine weitere Vertiefung erfuhren die akademischen Beziehungen durch das Deutsch-Amerikanische Kulturabkommen vom 9. April 1953.⁷⁵ Im Rahmen dieses von Bundeskanzler Adenauer und dem amerikanischen Außenminister John Foster Dulles unterzeichneten Vertrages verpflichteten sich beide Staaten, „den Austausch von hervorragenden Staatsbürgern, Sachverständigen, Professoren, Lehrern, Studenten und anderen Jugendlichen, sowie von geeigneten Personen aus allen Lebensgebieten“ künftig zu fördern und zu erleichtern. Zu diesem Zwecke wurde „die Schaffung von Stipendien, Reisebeihilfen und Unterstützungen anderer Art innerhalb der akademischen und kulturellen Institutionen“ vereinbart.⁷⁶ Neben dem knapp ein Jahr zuvor in Kraft getretenen Fulbright-Abkommen war das Kulturabkommen vom April 1953 somit das zweite Vertragswerk, das auf höchster politischer Ebene die Bedeutung des akademischen Austauschs als eines zentralen Bestandteils der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der sich in die westliche Staatengemeinschaft langsam reintegrierenden Bundesrepublik festschrieb.⁷⁷

Wie in den 1950er Jahren entwickelte sich der akademische Austausch auch in den 1960er und frühen 1970er Jahren in Abhängigkeit von der weltpolitischen Großwetterlage. In den USA hatte sich 1961 mit dem Regierungsantritt von Präsident Kennedy die Erkenntnis durchgesetzt, daß das amerikanische Hochschulwesen unter dem Aspekt der Bildungs- und Chancengleichheit nicht nur eine wichtige gesellschaftspolitische Funktion im Inland zu erfüllen habe, sondern die Vereinigten Staaten ihrer Weltmachtrolle auch auf bildungs- und wissenschaftspolitischer Ebene gerecht werden mußten.⁷⁸ So sollten in Konkurrenz zu Asien,

⁷³ Kellermann: *Cultural Relations as an Instrument of U.S. Foreign Policy*, S. 178.

⁷⁴ Hierzu vermerkt Ash: *Wissenschaft und Wissenschaftsaustausch*, S. 642: „Ein beeindruckender Aspekt der deutsch-amerikanischen Beziehungen während der Adenauer-Ära war der weitverbreitete Versuch, etablierte Theorietraditionen und Forschungspraktiken mit Hilfe von aus den USA importierten Techniken umzugestalten oder gar auszuhebeln.“

⁷⁵ Der Wortlaut des Deutsch-Amerikanischen Kulturabkommens vom 9.4. 1953 findet sich abgedruckt bei Kellermann: *Cultural Relations as an Instrument of U.S. Foreign Policy*, S. 266–269.

⁷⁶ Vgl. die Artikel 4 und 5 ebd., S. 268.

⁷⁷ Vgl. Littmann: *Gute Partner – Schwierige Partner*, S. 102.

⁷⁸ Ebd., S. 127f.

Westeuropa und vor allem dem Ostblock möglichst viele ausländische Studenten und Wissenschaftler an amerikanische Hochschulen gelockt werden.⁷⁹ Dieses Bemühen war eine Säule der tendenziell mehr internationalistisch ausgerichteten Außenpolitik der Kennedy-Administration, die in dem 1959 zum Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses des Senats ernannten J. William Fulbright erwartungsgemäß einen einflußreichen Befürworter dieser Linie fand. Fulbright hatte aus den Erfahrungen und Erfolgen des von ihm initiierten Austauschprogramms den Rückschluß gezogen, daß dieses in Zukunft auf eine neue und breiter fundierte Basis gestellt werden mußte. Eine wichtige Stütze fand der Demokrat Fulbright hierbei in dem republikanischen Abgeordneten Wayne Hays. Ein von beiden Politikern gemeinsam ausgearbeiteter Gesetzentwurf wurde im September 1961 als „Mutual Educational and Cultural Exchange Act“ im Kongreß und im Senat mit großer Mehrheit verabschiedet. Der „Fulbright-Hays-Act“ stellte insofern eine Erweiterung des bisherigen Fulbright-Act dar, als neben dem reinen Personenaustausch nun auch die Finanzierung wissenschaftlicher Konferenzen sowie die Erweiterung der Einwanderungsmöglichkeiten für ausländische Studenten und Wissenschaftler sichergestellt werden sollte. Ein auf Basis des Fulbright-Hays-Act am 20. November 1962 zwischen den USA und der Bundesrepublik abgeschlossenes Regierungsabkommen gestaltete die schon bestehende Kooperation in Austauschfragen noch enger und ersetzte das alte Fulbright-Abkommen von 1952. Auch verpflichtete sich die Bundesregierung, in Zukunft einen Teil der anfallenden Kosten für das Austauschprogramm zu übernehmen.⁸⁰ Auf organisatorischer Ebene trat anstelle der bislang für den Austausch zuständigen United States Educational Kommission die binational zusammengesetzte und auf völliger Gleichberechtigung basierende Fulbright-Kommission. Neben der Koordinierung des eigenen Austausch-Programms diente die bis 1999 in Bonn (seitdem in Berlin) angesiedelte Fulbright-Kommission fortan als ein bedeutendes Gesprächsforum, in dem über das gesamte Spektrum des akademischen Austauschs zwischen beiden Ländern diskutiert und – falls notwendig – neue Konzepte erarbeitet wurden. Der Fulbright-Hays-Act eröffnete somit auch traditionellen deutschen Wissenschaftsorganisationen wie dem DAAD, der DFG und AvHSt neue Möglichkeiten, ihre akademischen Beziehungen mit den USA weiter zu vertiefen und auszubauen. Die Folge war ein deutlicher Anstieg des Austauschvolumens zwischen beiden Ländern.⁸¹

Exakte Zahlen über den quantitativen Gesamtumfang des akademischen Austauschs mit den USA im Untersuchungszeitraum liegen nicht vor. Dies ist dem Umstand geschuldet, daß der Austausch beiderseits des Atlantiks nur bedingt zentral bzw. staatlich gesteuert wurde und daher keine einheitliche Statistik über dessen Gesamtvolumen angefertigt wurde.⁸² Wenigstens für das Fulbright-Programm

⁷⁹ Vgl. ebd., S. 128; Füssl: Zwischen Eliteförderung und Erziehungsreform, S. 628.

⁸⁰ Littmann: A Host Country's View, S. 74; Tent: A Brief History of the German-American Fulbright Program, S. 9.

⁸¹ Vgl. Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner, S. 160.

⁸² Zur Problematik der statistischen Erfassung des akademischen Austauschs vgl. ders.: Der Austausch von Akademikern, S. 59f.

läßt sich festhalten, daß zwischen 1952 und 1986 insgesamt 9316 Stipendien an amerikanische und 9716 an deutsche Staatsbürger vergeben wurden.⁸³ Eine Statistik des DAAD für die Jahre 1954 bis 1974 zeigt demgegenüber ein weniger ausgeglichenes Bild, wobei sich die Angaben hier nicht allein auf die USA beziehen. So besuchten in diesem Zeitraum insgesamt 2655 Stipendiaten aus Nordamerika, d. h. laut DAAD aus den USA, Kanada, Australien und Neuseeland, im Rahmen eines Studien- bzw. Forschungsaufenthalts die Bundesrepublik. Umgekehrt zog es in diesen 20 Jahren 1882 westdeutsche Stipendiaten nach Nordamerika. Für beide Stipendiatengruppen ist davon auszugehen, daß die Mehrzahl der unter der Bezeichnung Nordamerika angeführten Stipendien auf die Vereinigten Staaten entfielen.⁸⁴

In einem 1977 erschienenen Aufsatz hat Littmann, basierend auf den Angaben der UNESCO (Paris), des IIE (New York) sowie des Board of Foreign Scholarship (Washington) einige Zahlen veröffentlicht, die einen ungefähren Eindruck hinsichtlich der quantitativen Entwicklung des Austauschs im Zeitraum von 1955 bis 1974 vermitteln. Die dabei angeführten Zahlen beziehen sich auf das gesamte Austauschvolumen zwischen beiden Ländern. Mit Blick auf den gegenseitigen Studentenaustausch ist dabei zu beobachten, daß dieser zwischen 1955 und 1970 beidseitig kontinuierlich zunahm. So stieg die Zahl deutscher Studenten in den USA von 778 im Studienjahr 1955/56 auf 1003 1962/63, von 2309 1967/68 auf 2674 im Studienjahr 1969/70, was im Laufe von lediglich 15 Jahren doch einer Steigerung des jährlichen Austauschvolumens von insgesamt 244 % entsprach. Erst zum Studienjahr 1972/73 reduzierte sich die Zahl plötzlich um fast 27 % auf 1972 Austauschstudenten. Eine vergleichbare Entwicklung läßt sich umgekehrt auch auf amerikanischer Seite beobachten. Hier stieg die Anzahl amerikanischer Studenten in der Bundesrepublik von anfangs ebenfalls 778 1955/56, auf 1406 1962/63 und auf 2431 im Studienjahr 1967/68, was einen Gesamtanstieg des Austauschvolumens in diesem Zeitraum von rund 213 % bedeutete. Ein leichter Einbruch läßt sich hier bereits für das Jahr 1969/70 feststellen, nämlich im Vergleich zu 1967/68 um rund 10 % auf 2182. Trotz dieses frühzeitigeren Rückgangs pendelte sich die Zahl amerikanischer Studenten für das Studienjahr 1971/72 auf 2176 über dem deutschen Niveau ein.⁸⁵

Was den gegenseitigen Austausch von Wissenschaftlern anbetraf, nennt Littmann lediglich Zahlen für den Zeitraum von 1960 bis 1974. Nichtsdestotrotz verdeutlichen auch diese Angaben die besondere Attraktivität der Vereinigten Staaten für deutsche Wissenschaftler. So stieg die Zahl derjenigen, die mindestens einen dreimonatigen Aufenthalt in den USA absolvierten, binnen einer Dekade von 254 1961/62 auf 722 im Jahre 1972/73 und damit um 184 %. Für das folgende Jahr kann ein leichter Rückgang auf 635 deutsche Gastwissenschaftler verzeichnet werden.⁸⁶

⁸³ Vgl. die Angabe bei ders.: *A Host Country's View*, S. 74.

⁸⁴ Vgl. hierzu die entsprechenden Tabellen in DAAD: *Der Deutsche Akademische Austauschdienst 1925-1975*, S. 175f.

⁸⁵ Vgl. Littmann: *Der Austausch von Akademikern*, S. 61. Weitere statistische Vergleiche des Austauschvolumens in ders.: *German-American Exchanges. Facts and Developments*. Als Arbeitspapier der Fulbright-Kommission vervielfältigt, Bonn 1980, S. 6.

⁸⁶ Vgl. die entsprechende Tabelle in ders.: *Der Austausch von Akademikern*, S. 61.

Ein Blick über den engeren Untersuchungszeitraum dieser Studie hinaus zeigt allerdings, daß die besondere Anziehungskraft der USA auf deutsche Wissenschaftler weiter anhielt. Dies läßt sich am Beispiel des 1979 von der AvHSt eingeführten „Feodor-Lynen-Programms“ verdeutlichen, daß nun auch promovierten deutschen Nachwuchswissenschaftlern die Möglichkeit eröffnete, am Institut eines ausländischen „Humboldtianers“ einen Forschungsaufenthalt zu absolvieren. Für den Zeitraum von 1979 bis 1993 konnten auf dieser Basis allein 553 Forschungsstipendien für die USA an westdeutsche Wissenschaftler vergeben werden, gefolgt von den Gastländern Japan (165), Frankreich (32), Kanada (30) und Australien (27). Gemessen an der Gesamtzahl von 933 vergebenen Forschungsstipendien im Rahmen des Feodor-Lynen-Programms handelt es sich bei den USA mit einem Anteil von 59 % um das von bundesdeutschen Nachwuchswissenschaftlern deutlich bevorzugte Gastland.⁸⁷ Demgegenüber vollzog sich der Zustrom amerikanischer Gastwissenschaftler in die Bundesrepublik mit einer Gesamtzahl von 123 im Jahre 1960/61 zunächst auf einem weitaus geringeren Niveau, um anschließend binnen zwölf Jahren auf ein Jahresvolumen von 454 (1973) anzusteigen. Damit entsprachen zwar die absoluten Zahlen nicht denen des deutschen Austauschvolumens, gleichwohl lag die prozentuale Steigerungsrate deutlich höher, was wiederum auf ein auch umgekehrt wachsendes Interesse amerikanischer Wissenschaftler an einem Forschungsaufenthalt in Deutschland schließen läßt.⁸⁸ Diesen Trend bestätigen erneut die Angaben der AvHSt: Zwischen 1953 und 1973 erhielten insgesamt 330 amerikanische Wissenschaftler ein Forschungsstipendium. Eine Zahl, die sich allein in der folgenden Dekade mit 680 Stipendiaten mehr als verdoppeln sollte, was einer Steigerung am Gesamtvolumen aller durch die AvHSt an ausländische Wissenschaftler vergebenen Stipendien von 36,6 % 1973 auf 51,8 % 1983 entsprach.⁸⁹ Damit lösten die USA seit Mitte der 1970er Jahre Japan von der Führungsposition ab.⁹⁰

Obgleich ebenfalls keine verlässliche Gesamtstatistik darüber existiert, welche Fachgebiete den Austausch in den ersten drei Jahrzehnten seines Bestehens besonders dominierten, zeigen die zur Verfügung stehenden Einzelstatistiken, daß bei der Gruppe der Wissenschaftler auf beiden Seiten des Atlantiks die Natur- und Ingenieurwissenschaften mit einem Anteil von mehr als 50 % deutlich überwogen, gefolgt von den Geistes- und Sozialwissenschaften.⁹¹ Bemerkenswerterweise ergibt sich im Fall der Studenten ein umgekehrtes Bild. Hier studierte die Mehrzahl der erfaßten amerikanischen und deutschen Studenten im jeweiligen Gastland eine geistes- oder sozialwissenschaftliche Disziplin, während bis Mitte der 1970er Jahre unter den deutschen Studenten der Anteil von Ingenieur- und Naturwissen-

⁸⁷ Alexander von Humboldt-Stiftung 1953–1993. 40 Jahre im Dienst von Wissenschaft und Forschung, Bonn 1993, S. 160, Grafik 18.

⁸⁸ Littmann: Der Austausch von Akademikern, S. 61.

⁸⁹ Alexander von Humboldt-Stiftung 1953–1993, S. 283, Tabelle 1.

⁹⁰ Ebd., S. 29, Tabelle 6.

⁹¹ Vgl. Littmann: Der Austausch von Akademikern, S. 61, sowie Alexander von Humboldt-Stiftung 1953–1993, S. 160, Grafik 18 (deutsche Forschungsstipendiaten) und Grafik 22 (amerikanische Forschungsstipendiaten).

schaftlern rund 20 % ausmachte und auf Seiten der amerikanischen Studenten lediglich 15 % betrug.⁹²

Welche Schlußfolgerungen lassen sich nun auf Basis der bisherigen Ausführungen für die Entwicklung des akademischen Austauschs zwischen den USA und der Bundesrepublik ziehen? Obgleich dessen Reaktivierung nach 1945 zunächst aus erziehungs- und demokratiepolitischen Motiven erfolgt war, belegt der kontinuierliche Anstieg des Austauschvolumens seit dem Ende der HICOG-Periode im Jahre 1955, daß von diesem Zeitpunkt an die akademischen Beziehungen zwischen beiden Ländern zunehmend von wissenschaftlichen Beweggründen bestimmt wurden. Einen maßgeblichen Anteil an dieser Entwicklung hatte neben dem Fulbright-Abkommen von 1952 das ein Jahr später abgeschlossene Deutsch-Amerikanische Kulturabkommen. Beide Vertragswerke blieben zwar weiterhin dem Gedanken der Völkerverständigung verpflichtet, doch bot die nun festgeschriebene akademische Partnerschaft der jungen Bundesrepublik die Möglichkeit, nach fast zwei Jahrzehnten der selbstverschuldeten Isolation wieder Anschluß an die internationale Scientific Community zu finden und sich mit den aktuellsten wissenschaftlichen Entwicklungen in den USA vertraut zu machen. Diese hatten im Zuge des Ost-West-Konflikts und speziell nach dem sogenannten Sputnik-Schock von 1957 endgültig die Rolle der führenden westlichen Wissenschaftsnation übernommen, mit – wie die genannten Austauschzahlen belegen – nicht zu unterschätzenden Auswirkungen auf die Bundesrepublik Deutschland. Zutreffend konstatierte Littmann:

„Der Nachholbedarf gerade für jüngere Wissenschaftler und fortgeschrittene Studenten bestand besonders unter den Deutschen. Unter ihnen galt es für die breiten Gebiete der Natur- und – bald schon mit dem neuen Begriff – Lebenswissenschaften/life science, darunter nach wie vor auch in den jungen Grenzwissenschaften als Qualifikationsmerkmal, einen Teil der wissenschaftlichen Ausbildung in den USA verbracht zu haben; auch in den Sozialwissenschaften – und hier vor allem in den Fächern, die in Amerika als ‚professional education‘ geführt werden, so in der Rechtsvergleichung oder in der Betriebswirtschaft – war der Amerikaaufenthalt häufig von gleichermaßen wissenschaftlichem wie persönlichem Nutzen.“⁹³

Die hier angesprochene USA-Erfahrung deutscher Studenten und Wissenschaftler sollte sich auf die Entwicklung des westdeutschen Universitäts- und Wissenschaftssystems in zweierlei Hinsicht auswirken: Erstens begann sich seit Ende der fünfziger Jahre die Abwanderung (Brain Drain) deutscher Wissenschaftler in die USA immer deutlicher abzuzeichnen. Die Hauptursache für diesen Trend lag an den als weitaus günstiger empfundenen Arbeitsbedingungen und Berufsperspektiven in den Vereinigten Staaten.⁹⁴ Zweitens führte das Phänomen der Abwanderung, gepaart mit den überwiegend positiven Berichten aus den Vereinigten Staaten zurückgekehrter Austauschstudenten und –wissenschaftler, seit Anfang der 1960er Jahre bei den in Deutschland für Hochschulfragen verantwortlichen Stel-

⁹² Ebd. In diesem Zusammenhang siehe auch Christian Bode: The Honest Broker: Notizen aus dem deutsch-amerikanischen Austausch, in: Gutzen/Herget/Jacobsen: Transatlantische Partnerschaft, S. 29–34, hier S. 32.

⁹³ Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner, S. 140f.

⁹⁴ Zum Phänomen des „Brain Drain“ in die USA vgl. Kapitel V.3.

len zu einer wachsenden Sensibilisierung im Hinblick auf die Defizite des eigenen Universitäts- und Wissenschaftssystems. Das Resultat war eine in zentralen Bereichen der Hochschulreformdiskussion stetig an Gewicht gewinnende Orientierung an amerikanischen Vorbildern. Damit fungierte der akademische Austausch wie eine unsichtbare, aber um so wirkungsvollere Klammer zwischen den ganz im Zeichen der amerikanischen Umerziehungspolitik stehenden hochschulpolitischen Reformbemühungen der Besatzungszeit und denjenigen Einflüssen amerikanischer Provenienz, die in der Reformperiode der 1960er und 1970er Jahre auf das westdeutsche Universitäts- und Wissenschaftssystem einzuwirken begannen.⁹⁵

2. Das amerikanische Universitäts- und Wissenschaftssystem im Spiegel deutscher Erfahrungsberichte

„Was ist aber nun ‚Austauscherfahrung‘?“ Mit dieser Frage konfrontierte 1965 Martin J. Hillenbrand, der damalige stellvertretende Missionschef der amerikanischen Botschaft in Bonn, seine Zuhörer während einer in Darmstadt gehaltenen Rede zum Thema *Die politischen Aspekte des internationalen Personenaustauschs*. „Man kann sie“, so Hillenbrands anschließende Definition,

„als jenes geschärfte Wahrnehmungsvermögen bezeichnen, das ein Reisender erwirbt, wenn er ein fremdes Land besucht und sein Besuch vorher mit großer Sorgfalt und für einen bestimmten Zweck geplant wurde. Der Austauschbesucher selbst trägt durch die Haltung, mit der er diese Reise unternimmt, am meisten zu ihrem Erfolg bei. Die Wichtigkeit, die er seiner Reise in ein anderes Land beimißt, weckt die Bereitschaft, von seinen Erlebnissen in der neuen Umgebung für seinen Erfahrungsschatz zu profitieren. Dieses Wachsein für neue Eindrücke erstreckt sich nicht nur auf sein eigenes Interessengebiet, sondern macht aus ihm auch einen scharfen Beobachter für alle anderen Dinge, denen er begegnet.“⁹⁶

Damit beschrieb der hohe US-Diplomat zweifelsohne die beiden zentralen Komponenten, aus denen sich eine Austauscherfahrung zusammensetzt, nämlich – übertragen auf den Studenten- und Professorenaustausch – einerseits die unmittelbar akademischen Eindrücke im Gastland und andererseits persönliche Erfahrungen vorwiegend privater Natur. Was das weite Feld nichtakademischer Erfahrungen anbetrifft, handelt es sich hierbei vorwiegend um Impressionen, die sich auf das gesellschaftliche und soziale Gefüge sowie auf die politischen und kulturellen Bedingungen eines Gastlands beziehen. Demgegenüber beruhen die rein akademischen Erfahrungen primär auf solchen Eindrücken, die innerhalb des fremden bzw. als neuartig empfundenen Universitäts- und Wissenschaftssystems gesammelt werden. Beide Erfahrungshorizonte können sich gegenseitig beeinflussen,

⁹⁵ Auf diesen unmittelbaren Zusammenhang von Austausch und Reform verweist auch Littmann: *Gute Partner – Schwierige Partner*, S.143f.; Füssl: *Zwischen Elitförderung und Erziehungsreform*, S.630f. Einen ersten Versuch der genaueren Erforschung dieser Zusammenhänge bietet: *Professionalisierung und Modernisierung* (DFG-Forschungsprojekt an der Philosophischen Fakultät IV der Humboldt-Universität zu Berlin). Zwischenbericht an die Deutsche Forschungsgemeinschaft, 30.7.1997.

⁹⁶ FAB (o. Nr.), Rede des Gesandten Martin J. Hillenbrand zum 10. Gedenktag der Gründung des Cleveland International Program am 24.10.1965.

müssen aber nicht zwingend deckungsgleich sein. Mit anderen Worten: eine positive Erfahrung mit Land und Leuten muß nicht zwingend bleibende wissenschaftliche Eindrücke nach sich ziehen und umgekehrt. Für die Bewertung von Austauscherfahrung in ihrer gesamten Komplexität ist es daher von fundamentaler Bedeutung, diese beiden Dimensionen zunächst getrennt voneinander zu betrachten.

Im folgenden sollen nun Erfahrungsberichte deutscher Studenten und Wissenschaftler aus den 1950er und 1960er Jahren dahingehend untersucht werden, welche persönlich-privaten und akademischen Eindrücke deren Aufenthalt in den Vereinigten Staaten hinterließ.⁹⁷ Derartige Berichte sind insofern von immenser Relevanz, als die hierin enthaltenen Beschreibungen nicht nur ein erstes Bild vermitteln, wie das Gastland USA wahrgenommen wurde, sondern eben auch Rückschlüsse darüber zulassen, welchen Einfluß diese Erfahrungen – im Sinne einer multiplikatorischen Wirkung – auf die westdeutsche Auseinandersetzung mit dem amerikanischen Universitäts- und Wissenschaftssystem ausgeübt haben. Es wird die These vertreten, daß die Teilnehmer der diversen akademischen Austauschprogramme als Katalysatoren für den Kultur- und Wissenschaftstransfer von den USA in die Bundesrepublik maßgeblich mitverantwortlich waren und dadurch zu einer „Amerikanisierung“ von Universität und Wissenschaft beitrugen.⁹⁸ „Im Zentrum [der Berichte, S. P.] standen [...]“, wie mit Littmann einer der profiliertesten Kenner des deutsch-amerikanischen Austauschprogramms selbst betont hat, „die akademischen Erfahrungen, der wissenschaftliche Nutzen, die Möglichkeiten und Grenzen der Übertragung von Strukturen und Leistungsnachweisen in das deutsche Bildungssystem.“⁹⁹

Speziell in diesem Zusammenhang läßt sich eine bemerkenswerte historische Parallele zur umgekehrten Teilgermanisierung der Universität und Wissenschaft in den USA während des 19. Jahrhunderts erkennen. Wir erinnern uns: Auch für den damaligen amerikanischen Reformdiskurs hatten sich die Erfahrungen der aus Deutschland zurückgekehrten Studenten und Wissenschaftler als mitausschlaggebend dafür erwiesen, dem bis dato vorwiegend nach englischem Modell ausgerichteten Collegesystem nachahmenswert erscheinende Elemente des deutschen Universitäts- und Wissenschaftsverständnisses einzuverleiben.¹⁰⁰

Zunächst soll auf die eher nichtakademische Erfahrungsdimension des Austauschs eingegangen werden, die sich aus dem Kontakt mit dem Gastland USA ergaben. Vordergründig erscheinen die hierbei gesammelten Eindrücke aus einer rein wissenschaftsgeschichtlichen Perspektive nur bedingt aussagekräftig. Gleichwohl waren es gerade die unzähligen privat-persönlichen Impressionen und zwi-

⁹⁷ Zu unterscheiden ist hierbei zwischen dem offiziellen Fragebogen des New Yorker Institute of International Education, dessen Aussagekraft in der Regel einen eher formalen Charakter trägt, und den sehr persönlich gehaltenen Stipendiaten-Berichten, die, mit z.T. höchst illustren Beschreibungen über Land und Leute bzw. das Lernen und Leben an amerikanischen Colleges und Universitäten versehen, an die Bonner Fulbright-Kommission gerichtet waren.

⁹⁸ Füssl: Zwischen Eliteförderung und Erziehungsreform, S. 632.

⁹⁹ Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner, S. 125.

¹⁰⁰ Vgl. Kapitel I.2.

schenmenschlichen Erlebnisse, die sich besonders prägend auf die Persönlichkeitsstruktur der Stipendiaten auswirkten.

Bereits die Überfahrt in die Vereinigten Staaten hinterließ im Gedächtnis der meisten Teilnehmer tiefe Spuren. Noch bis weit in die 1960er Jahre hinein erfolgte die Atlantiküberquerung per Schiff, bevor düsenbetriebene Langstreckenflugzeuge den interkontinentalen Reiseverkehr sukzessive revolutionierten. Die Skyline von New York und die lautlose Begrüßung durch die mächtige Freiheitsstatue gehörten nach Sichtung zahlreicher Berichte zu den ersten und prägendsten Eindrücken deutscher Stipendiaten. So beschrieb beispielsweise der Jurastudent Friedrich K. Jünger seine Ankunft in den Vereinigten Staaten im Jahre 1955 mit den folgenden Worten:

„Einen Tag, nachdem ich es mir erspart hatte, in dem etwas trübseligen Halifax an Land zu gehen, nach unserer ersten Berührung mit dem anderen Kontinent setzte ich erstmals meinen Fuß auf denselben. Kaum, daß es jemand beachtete, für mich aber war es ein sehr denkwürdiger Augenblick. Trotz der nachfolgenden Zollkontrolle wird mir dieses Gefühl und das Bild der Freiheitsstatue und Manhattan stets in Erinnerung bleiben.“¹⁰¹

Als erste Anlaufstelle in New York fungierte das IIE, dessen Vertreter die deutschen Ankömmlinge am Hafen in Empfang nahmen, diese mit Dollars versahen und deren anschließenden Transfer zu den jeweiligen Studienorten organisierten. Dort angekommen bezogen die deutschen Gäste entweder ein Quartier auf dem Hochschul-Campus oder wurden zur privaten Unterbringung an eine amerikanische Gastfamilie weitervermittelt.¹⁰²

Speziell für die Frühphase des akademischen Austauschs bis zum Ende der 1950er Jahre ist bemerkenswert, wie rasch sich infolge des unmittelbaren Kontakts mit Amerika und den Amerikanern die Verhaltensweisen, aber auch die Umgangssprache der deutschen Gaststudenten veränderten. Binnen weniger Wochen wurden amerikanische Umgangsformen und Lebensgewohnheiten angenommen, die infolge der Militärpräsenz der USA in Deutschland auch die dortige Jugendkultur zunehmend erfaßten.¹⁰³ In einem für die damalige Zeit ungewöhnlich „cool“ verfaßten Schreiben an Heinrich Pfeiffer von der deutschen Fulbright-Kommission berichtete 1954 der damals 24jährige Rigo Thürmer über seine Freizeitaktivitäten als Architekturstudent in Harvard:

¹⁰¹ FAB, FY 55, Reports A-K (Ordner 807), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Friedrich K. Jünger (25.11.1955).

¹⁰² Vgl. Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner, S. 85f.

¹⁰³ Vgl. u. a. Dewey Arthur Browder: *The Impact of the American Presence on Germany and German-American Grass-Roots Relations in Germany, 1950–1960*, Diss. Phil., Louisiana State University, 1987; Kaspar Maase/Gerd Hallenberg/Mel van Elteren: *Amerikanisierung der Alltagskultur? Zur Rezeption US-amerikanischer Populärkultur in der Bundesrepublik und in den Niederlanden*, Hamburg 1992; Kaspar Maase: *BRAVO Amerika. Erkundungen zur Jugendkultur in der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren*, Hamburg 1992; Arnold Sywottek: *The Americanization of Everyday Life? Early Trends in Consumer and Leisure-Time Behaviour*, in: Michael Ermarth (Hg.): *America and the Shaping of German Society, 1945–1955*, Providence/Oxford 1993, S. 132–152; Winfried Herget/Werner Kremp/Walter G. Rödel (Hg.): *Nachbar Amerika. 50 Jahre Amerikaner in Rheinland-Pfalz*, Trier 1995; Michael Ermarth: *Fluch oder Segen? Der Einfluß der amerikanischen Populärkultur in der Bundesrepublik*, in: Junker: *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges*, Bd. 2, S. 507–516.

„Ich lebte das Leben eines *good All American boys*, faulenzte am meilenweiten *sandy beach*, segelte, fuhr als Ersatz Wasserski, *did the dishes* [...]. Daneben zeigte ich natürlich auch gewisses Interesse an den Töchtern des Landes, was viel dazu beitrug, die Schönheit der *country-side* zu entdecken. A propos, *girls and dating* (*which I consider is part of the experiment too*) – eine für europäische Ansprüche ziemlich unbefriedigende Sache. Man bekommt von diesen gut herausgemachten *girls* ein Maximum an Provokation mit einem Minimum an *Satisfaction* [...]. Ich bitte Sie, obige *statements als confidential* zu betrachten, ich möchte keinen *trouble* mit der hiesigen Damenwelt... [...]. Sonst lebe ich hier das Leben des normalen amerikanischen Studenten, sammle *both* mit Begeisterung und finanziellen Qualen *Hi-Fi Long Platten*, habe ein FM Radio und einen Wagen (*Pontiac '41 fourdoor Sedan*).“¹⁰⁴

Diese durchaus eigenwilligen Ausführungen bieten nicht nur einen illustrierten Einblick in die mannigfachen Vergnügungen eines deutschen Austauschstudenten während der fünfziger Jahre, sondern zeigen auch mehr als deutlich die besondere Faszination des sogenannten *American Way of Life*.¹⁰⁵

Ein in den Berichten immer wieder hervorgehobenes Phänomen war die als typisch amerikanisch empfundene Eigenschaft, trotz aller kulturellen Indifferenz dem Fremden und hier vor allem den vorbelasteten Deutschen mit größtmöglicher Offenheit zu begegnen. Hierzu schrieb Detlef Baumgärtner, damals Student der Elektrotechnik an der University of Illinois, im Dezember 1954 an die Bonner Fulbright-Kommission:

„Die Amerikaner haben über allem, das muß ich immer wieder betonen, eine großartige Fähigkeit, den Fremden nicht fremd sein zu lassen – zumal uns Deutsche – Sie wissen, wovon ich rede. Was wir immer wieder besonders betonen müssen, ist die ausgezeichnete Art, mit der wir überall innerhalb und außerhalb der Universität aufgenommen werden. Bei aller tatsächlichen Unwissenheit über das Leben fremder Länder [...] hat der Amerikaner hier eine überraschende Offenheit und ‚willingness‘, uns völlig mit in das, wie immer es auch sei, einzubeziehen.“¹⁰⁶

Diese Einbindung in den amerikanischen Alltag hinterließ aber nicht nur bei männlichen Studenten bleibende Eindrücke. Auch für viele Studentinnen entsprach der Aufenthalt in den USA gerade in den ersten Jahren des Austauschprogramms, als die kulturellen wie mentalen Unterschiede zwischen Deutschland und den USA noch drastisch spürbar waren, einer Reise in eine andere Welt. Neben den Errungenschaften der modernen Haushaltstechnik zeigte man sich besonders von der im Vergleich zu Nachkriegsdeutschland weitaus fortgeschritteneren Emanzipation der amerikanischen Frau positiv überrascht. Voller Begeisterung äußerte sich Erika Bürgy, Studentin der Sprachwissenschaften an der Duke University, über ihre 1955/56 in Durham gesammelten Erfahrungen:

„Wie ein kleines Baby ließ ich mich an der Hand führen – und habe nur gestaunt: über die fantastischen Küchen, über die Eisschränke, die Toaster, die dollen Teigmixer, die Waschmaschinen, über die Colonial-Stores, in denen man stundenlang shopping gehen konnte (wenn man nur Geld hätte!) – und über die Autos, in denen man nicht mehr zu schalten braucht. Weiterhin habe ich über die amerikanische Hausfrau gestaunt, die inner-

¹⁰⁴ FAB, FY 54, Reports N-Z (Ordner 770), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Rigo Thürmer (20.11.1954).

¹⁰⁵ Vgl. u. a. Ermarth: Fluch oder Segen, S. 513–516.

¹⁰⁶ FAB, FY 54, Reports A-H (Ordner 778), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Detlef Baumgärtner (4.12.1954).

halb von 10 Minuten ein ganzes Mittagessen aus Büchsen und Schächtelchen herstellen kann – und dann dem ‚husband‘ gnädigerweise das Spülen überläßt. Offengestanden: die amerikanischen Männer tun mir richtig leid – sie stehen aber auch ganz und gar unter der Fuchtel ihrer Frauen.“¹⁰⁷

Neben derartigen Alltagsgeschichten bildete freilich die Beschreibung des Lebens und Lernens auf dem Campus den eigentlichen Schwerpunkt der Erfahrungsberichte. Auch hier zeigt sich, wie andersartig das Studium in den USA im Vergleich zu dem in Deutschland empfunden wurde und welche Umstellungen dies für die Austauschstudenten mit sich brachte. Beinahe alles erwies sich als ungewohnt: Die architektonische Gestalt der Universitäten und Colleges, das Campusleben, der Studienbetrieb und schließlich der lockere Umgang zwischen Lehrenden und Lernenden. „Der Campus“, so der Erlanger Jurastudent Adolf Hofmann im Jahre 1958 über die University of Colorado in Denver,

„ist eine einzigartige Einrichtung. Einmal umfaßt dieser Begriff das Universitätsgelände mit allen Gebäuden, dann aber auch ‚Die Universität‘ mit allem Drum und Dran. Das Gelände, das von Bewässerungsgräben durchzogen wird, hat einen sehr gepflegten und vornehmen, parkartigen Charakter. Zu diesem Bilde trägt auch der Stil der von Natursteinen umkleideten Gebäude bei. Es ist eine Mischung aus spanischen, italienischen und englischen Stilelementen. Mit der Bergkette der ‚Flatirons‘ im Hintergrunde macht so der Campus auf jeden Neuankömmling den gebührenden Eindruck. [...]. Aber nun zum anderen Campusbegriff. Neben dem Studienbetrieb triumphiert ‚social activity‘, das bedeutet das unerhört regsame Klubleben, das Wirken der ‚Fraternities‘ und ‚Sororities‘, die durchaus mit unseren Verbindungen vergleichbar sind. Es gibt eine Theatergruppe mit einem eigenen Theatergebäude. Und dann natürlich die ausgezeichneten Sportmöglichkeiten. Den Mittelpunkt dieser ‚social activities‘ bildet ein Superstudentenhaus, das zum Gedenken an die Gefallenen des letzten Krieges errichtet worden ist. Darin ist wirklich an alles gedacht worden, was ein amerikanisches Studentenherz begehrt. Vom riesigen Ballsaal bis zur automatischen Kegelbahn.“¹⁰⁸

In Deutschland waren mit einem vergleichbaren Freizeitangebot ausgestattete Campus-Universitäten zu diesem Zeitpunkt noch unbekannt. Dort lagen die alten Traditionsuniversitäten, aufgeteilt in zahlreiche Institute und Laboratorien, inmitten von oftmals noch durch Kriegszerstörungen gezeichneten Städten und nicht – wie in den USA zumeist üblich – eingebettet in großzügige Grünflächen auf einem in sich geschlossenen Gelände am Stadtrand oder innerhalb des City-Bereichs.¹⁰⁹ Es ist daher nachvollziehbar, daß die auf einem amerikanischen Campus vorherrschende Atmosphäre einen außergewöhnlichen Reiz ausübte. Die überwiegende Mehrzahl der deutschen Studenten lebte auch auf dem Universitätsgelände, entweder in einem der zahlreichen „Dormitories“ (Studentenwohnheime) oder den „Fraternity-Häusern“ studentischer Verbindungen. Die dadurch vorhandene Bindung an die Universität und deren relative Abgeschiedenheit vom städtischen Trubel wurde insgesamt – speziell was die Studienbedingungen anbetraf – als durch-

¹⁰⁷ FAB, FY 55, Reports L-Z (Ordner 808), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Erika M. Bürgy (10. 6. 1956).

¹⁰⁸ FAB, FY 57, Student Reports (Ordner 873), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Adolf H. G. Hofmann (22. 8. 1958).

¹⁰⁹ Vgl. Kapitel IX.

aus vorteilhaft eingestuft.¹¹⁰ So berichtete 1956 der damals einundzwanzigjährige Ernst K. Bernhardt-Kabisch aus Kalifornien:

„Berkeley Campus ist das ideale Muster eines amerikanischen Universitätskomplexes. Viel Licht, viel Rasenfläche, das ganze von einem ‚geistigen Bannkreis‘ umgeben: eine Meile im Umkreis darf kein Alkohol verkauft werden, kein Spirituosengeschäft sich blicken lassen. Es wird dadurch verhütet, daß der Student in Zweifel gerät, mit welcher Art geistiger Getränke er seinen Wissensdurst löschen soll. Daß es ihm an den richtigen Getränken mangeln werde, darum braucht er sich keine Sorgen zu machen. Ich glaube, ich hab in meinem ganzen Leben noch nicht so viel getan, wie in diesem letzten Semester.“¹¹¹

Die sicherlich gravierendste Umstellung für die deutschen Austauschstudenten brachte jedoch das eigentliche Studium mit sich. Gemessen an den traditionellen Studienbedingungen in Deutschland, die dem einzelnen Studenten ein Maximum an Wahlfreiheit und damit Eigenverantwortung zugestanden, wurden die Verhältnisse an amerikanischen Hochschulen in der Regel als äußerst „verschult“ empfunden. An Hand der gesichteten Erfahrungsberichte lassen sich diesbezüglich zwei Positionen voneinander unterscheiden: Ein Teil der Studierenden, interessanterweise eher die Minderheit, bewerteten das amerikanische System nach einer gewissen Umgewöhnungsphase als durchweg positiv, während die Mehrheit die Struktur des Studiums zwar als zu reglementiert ablehnte, aber auch nützliche Nebeneffekte erkannte. Als aus deutscher Perspektive besonders problematisch erwies sich die in den USA übliche Unterteilung des Studiums in eine Undergraduate- bzw. Collegephase, die in der Bundesrepublik eher den letzten beiden Gymnasialjahren entsprach, und den sich hieran anschließenden Graduate Studies, wenn man so will dem eigentlich wissenschaftlich ausgerichteten Hochschulstudium.¹¹² Viele Studierende hatten ihr Studium an der jeweiligen Gastuniversität zunächst mit einer gewissen Unbedarftheit aufgenommen und sahen sich dann

¹¹⁰ Über die gegenseitig befruchtende Atmosphäre in einem solchen „Dormitory“ während seines Aufenthalts als Fulbright-Student in Yale 1954/55 schrieb der spätere Präsident der Universität Regensburg Hans Bungert: Rückblick, in: *The Summer Funnel* (1984), S.3: „Das Leben im dormitory, vor dem der an Privatbuden Gewöhnte Horror gehabt hatte, erwies sich in der Hall of Graduate Studies als angenehm und instruktiv. Zwar dröhnte vom Plattenspieler des Nachbarn jenseits des Korridors bis morgens um 4 Uhr laute Musik, doch waren es Beethovens späte Quartette, durch die sich der heutige Mathematikprofessor am M.I.T. beim Arbeiten inspirieren ließ. Die Gespräche bei Teepausen zwischen 22 und 23 Uhr oder bei einem kurzen Drink nach dem Abendessen eröffneten Blicke in andere Fächer und hielten das Interesse am politischen Geschehen wach. Jeder lernte von den anderen, und es entstanden Freundschaften, die fort dauern.“

¹¹¹ FAB, FY 55, Reports A-K (Ordner 807), Bericht an die Fulbright-Kommission über den Studienaufenthalt in den USA von Ernst K. Bernhardt-Kabisch (1956).

¹¹² Vgl. hierzu FAB, FY 55, Reports A-K (Ordner 807), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Theodor K. Boddenberg (Dezember 1956): „Im Ganzen fühlt man sich im College auf ein gutes Gymnasium zurückversetzt, obwohl es sehr schwer ist, die beiden verschiedenen Erziehungssysteme überhaupt zu vergleichen. [...]. Der Vergleich mit einer europäischen Universität ist selbstverständlich fehlt am Platze, da wissenschaftliche Forschung überhaupt nicht angestrebt wird. [...]. In anderer Hinsicht erscheint mir das College als eine sehr nützliche Einrichtung. Während der Bruch zwischen Oberschule und Hochschule bei uns sehr abrupt ist und der Student sich erst nach ein bis zwei Semestern in die andersgearteten Verhältnisse eingelebt hat, bildet hier das College eine organische Verbindung zwischen High School und graduate studies.“

plötzlich mit einer ungewohnten Situation konfrontiert. „Da ich vorher nicht genügend aufgeklärt war [...]“, so berichtet beispielsweise Edith Helga Wollner 1954 über ihre ersten studentischen Gehversuche an der Duke University in Bloomington,

„belegte ich 19 Wochenstunden, was für deutsche Verhältnisse nicht überwältigend ist. [...]. Ich konnte nicht ganz verstehen, warum alle Amerikaner, denen ich meinen Stundenplan zeigte ganz entsetzt waren, bis ich nach drei Tagen selbst darauf kam und in den folgenden Wochen und selbst heute noch dafür büßen muß. Ich hatte ja keine Ahnung, daß man hier, im Gegensatz zu Deutschland, für jede Vorlesungsstunde ca. 100 Seiten zu lesen hat, ganz abgesehen von den Term Papers und den Forschungsarbeiten, die ein Graduate Student schreiben muß.“¹¹³

Gleichfalls überrascht von den ungewohnten Anforderungen in Berkeley zeigte sich der Jurastudent Patrick W. Herbst im Februar 1958. Sein Bericht beinhaltet eine bemerkenswerte Gegenüberstellung des amerikanischen und deutschen Hochschulsystems:

„Was mich hier zunächst besonders überraschte, das war der forsche Betrieb an der Law School. Das ist wirklich kein Vergleich mit unserem und vielleicht wäre es gut, diesen Unterschied zukünftigen Anwärtern auf ein Graduate School Scholarship klarzumachen. Es werden von Tag zu Tag ‚assignments‘ aufgegeben: das heißt, man muß eine bestimmte Anzahl Entscheidungen in jedem Fach lesen und der Unterricht beschränkt sich auf eine Diskussion des Gelesenen. Dabei wird meist ‚abgefragt‘, um den Fleiß der Studenten zu überprüfen. Allsemesterlich – in vielen Fächern öfters – gibt es Prüfungen. Auf den ersten Blick mag dieses System für den deutschen Jurastudenten, gewöhnt an die völlige Freiheit im Lernen oder Nichtlernen, etwas seltsam anmuten. Und doch: ist unser System wirklich effektiv, ein System, in dem der neue Student oft mehr oder weniger hilflos in den ersten Semestern herumschwimmt, um dann ein Jahr lang – und oft mehr – den täglichen Gang zum Repetitor anzutreten? Ich bin überzeugt, daß unser System auf die Dauer unhaltbar sein wird, weil es auf einer hohlen Voraussetzung beruht, der Erziehung zum wissenschaftlichen Denken.“¹¹⁴

Deutlicher konnte die Kritik am traditionellen Aufbau, ja den Inhalten des Studiums in Deutschland nicht formuliert werden. Selbstverständlich gab es in dieser Frage aber auch ganz andere Stimmen. So betonte 1955 der damals einundzwanzigjährige Journalistikstudent Heiko Engelkes, später einer der profiliertesten Auslandskorrespondenten des Ersten Deutschen Fernsehens (ARD), im offiziellen Fragebogen des IIE: „The more mechanical way of studying here can not always be adapted to the wider background and experience of foreign students and it might keep them away from more successfull studies on other levels [...].“¹¹⁵ Stellvertretend für viele seiner Kommilitonen machte auch ein namentlich nicht genannter deutscher Theologiestudent in der von der Fulbright-Kommission herausgegebenen Zeitschrift „The Funnel“ auf die seiner Ansicht nach gravierenden Nachteile des amerikanischen Systems aufmerksam:

¹¹³ FAB, FY 54, Reports N-Z (Ordner 770), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Edith Helga Wollner (6. 12. 1954).

¹¹⁴ FAB, FY 57, Student Reports (Ordner 873), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Patrick W. Herbst (Februar 1958).

¹¹⁵ FAB, FY 54, Reports A-H (Ordner 778), Institute of International Education. First Report, Academic Year 1954–1955: Mr. Heiko Engelkes (24.2. 1955).

„Was mir in Amerika wirklich am wenigsten zusagte, war das Schulsystem an der Universität. Die freie geistige Entfaltung des einzelnen Studenten muß unter einem solchen System von requirements leiden. Die Qualität der Arbeit wird weitgehend durch Quantität ersetzt. Ich bin fest davon überzeugt, daß der durchschnittliche deutsche Theologiestudent weit hinter der von seinem amerikanischen Kollegen während seines Studiums gelesenen Seitenzahl zurückbleibt. Dafür aber wird der deutsche Student in der systematischen Durchdringung des Stoffes meistens seinem amerikanischen Kollegen überlegen sein.“¹¹⁶

Allerdings mußten auch die Kritiker des amerikanischen Studiensystems zugestehen, daß der schulmäßige Lehr- und Lernbetrieb die eine oder andere positive Nebenwirkung mit sich bringen konnte. Tatsächlich nötigte die ständige Belastung mit Haus- und Prüfungsaufgaben den amerikanischen Studenten zu einer intensiven und vor allem rationellen Arbeitsweise. Trotz des häufig beklagten Abgleitens in eine gewisse Oberflächlichkeit wurde diese Arbeitsform von vielen deutschen Austauschstudenten für den weiteren persönlichen und akademischen Werdegang als eine wertvolle Erfahrung empfunden.¹¹⁷

Weitere Positiveffekte, die sich aus dem stark reglementierten und kontrollierten Studium an amerikanischen Hochschulen ergaben, waren der Unterricht in relativ kleinen „Klassen“ und der damit einhergehende persönliche Kontakt zu den Professoren, der durch das gemeinsame Leben von Lehrenden und Lernenden auf dem Campusgelände noch zusätzlich gefördert wurde. So berichtete Jörg K. Hoensch im Dezember 1959 aus Berkeley:

„In der Annahme, daß der amerikanische Student noch nicht reif genug ist, um für seine menschliche Entwicklung voll verantwortlich zu sein, werden ihm viele unserer ‚akademischen Freiheiten‘ abgesprochen. Er gewinnt aber dadurch: den engen Kontakt zu seinem Professor, der nicht nur Lehrer, sondern auch Erzieher ist, der ihm nicht nur einen Teil der Verantwortung auf dem Studiengebiet abnimmt, sondern auch an seinem persönlichen Ergehen großen Anteil nimmt. Und deshalb ist der amerikanische Professor nicht der gefürchtete Halbgott, ein Typ, den man noch manchmal an unseren Universitäten antrifft, und den

¹¹⁶ Zitiert aus *The Funnel*, Vol. 4, No. 2 (November 1958), S. 18f. Zur oftmals durchaus ambivalenten Kritik am amerikanischen Studiensystem vgl. auch *The Funnel*, o. Nr. (1955), S. 37: „Die Art, wie hier studiert wird, mutet den Deutschen zunächst etwas eigenartig an. Zu jeder Vorlesung müssen gewisse Stücke, Kapitel oder Bücher gelesen werden, die dann behandelt werden. [...]. Das zugrundeliegende Prinzip scheint mir sehr richtig zu sein; man kennt immer den Stoff, der behandelt wird. Das Motiv für die Methode jedoch ist weniger erfreulich; die Studenten sind unselbständig, müssen also zur Arbeit gezwungen werden; zwingt man sie nicht, so glauben sie tatsächlich, nicht genug Wissen für ihr Geld geliefert zu bekommen. Auch das Ergebnis ist merkwürdig; einerseits wird sehr oft die Bewältigung eines so großen Lesestoffs verlangt, daß nur die allerwenigsten auch der überdurchschnittlich begabten Studenten ihn wirklich geistig verarbeiten können. Außerdem werden in vielen Kursen so zahlreiche Autoren behandelt, daß man am Ende kaum eine leise Ahnung vom Ganzen hat, von tieferer Kenntnis des Einzelnen ganz zu schweigen.“

¹¹⁷ Vgl. exemplarisch FAB, Reports 1960–1961 (Ordner 988), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Norbert Altenhofer (16. 8. 1961): „Ich nehme an, daß ich nicht der einzige bin, dem die Umstellung auf das amerikanische Studiensystem sehr sauer geworden ist – das Niveau am German Department in Harvard entsprach dem einer guten deutschen Universität; was die Quantität der Anforderungen betrifft, so habe ich in den vergangenen beiden Semestern mehr papers [...], reports [...] und exams [...] hinter mich gebracht als in meiner gesamten akademischen Laufbahn; man lernt mit einem Mal, intensiv und rationell zu arbeiten.“

der Student in Deutschland außerhalb der Vorlesung erst im höheren Semester im Seminar (und bei der großen Studentenzahl auch da nicht mehr) kennenlernt, zu dem er aber persönlich – es sei den als ‚Intimus‘, kaum Kontakt hat. [...]. Dies ist ja gerade das Beglückende an der Arbeit hier, dieser enge Kontakt mit dem Adviser und den anderen Professoren des Departments.“¹¹⁸

Tatsächlich zählte für die Mehrheit der deutschen Austauschstudenten neben dem eigentlichen „Campus Life“ das enge Miteinander zwischen Lehrenden und Lernenden zu den nachhaltigsten Eindrücken ihres USA-Aufenthalts. Es kann daher nicht verwundern, daß gerade in diesem Punkt von studentischer Seite mit Blick auf die Verhältnisse an deutschen Universitäten immer wieder dringender Reformbedarf angemahnt wurde. Diesbezüglich bemerkte der 1956 in Princeton studierende Klaus Hartke in seinem Erfahrungsbericht:

„Ein wirklich offenes Wort des Lobes gebührt allen meinen Professoren und Dozenten hier. Ich habe während meiner Studienzeit in Deutschland noch niemals eine Atmosphäre gefunden, die so auf gegenseitiges Verstehen und gegenseitige Hilfe aufgebaut war wie hier in Princeton. Man kann es immer wieder beobachten, daß Studenten mit den nebensächlichsten Fragen an ihre Professoren herantreten und dennoch eine befriedigende Auskunft erhalten. Wenn auch eine solche Vertraulichkeit wegen der Arbeitsüberlastung der deutschen Professoren zur Zeit unmöglich erscheint, so liegt in einer Vermehrung der Lehrstühle doch eine der vordringlichen Aufgaben einer Hochschulreform. Allgemein sind aber die gegenseitige Hilfe, die unbedingte Offenheit, die Fairness im Wettstreit miteinander usw. Eigenschaften, um die man Amerika wirklich beneiden möchte und von denen mancher Deutscher sehr viel lernen könnte.“¹¹⁹

Und auch Kurt Markert, 1957 Student der Rechtswissenschaften an der New York University, forderte in seinem Bericht einen an amerikanischen Verhältnissen ausgerichteten sozialen Klimawechsel an den deutschen Universitäten:

„Was sehr angenehm berührt, ist das Verhältnis zwischen Dozenten und Studenten an den amerikanischen Universitäten. Hier können wir zweifellos noch manches lernen. Ein persönliches Gespräch mit dem Professor ist hier nicht wie bei uns die Ausnahme, sondern die Regel. NYU Law School veranstaltet einmal in der Woche einen Tee für Professoren und Studenten. Dies ist eine wirkliche vorbildliche Einrichtung, die es verdient bei uns an den deutschen Universitäten eingeführt zu werden.“¹²⁰

Wie die hier zitierten Passagen aus den Berichten deutscher Fulbright-Stipendiaten zeigen, wurde das Gefühl, an einer amerikanischen Universität wirklich in den akademischen Betrieb eingebunden zu sein und mit den Professoren und Dozenten wenigstens auf menschlicher Ebene auf einer Augenhöhe zu verkehren, als eine Erfahrung empfunden, die den Austauschstudenten die soziale Rückständigkeit des heimischen Hochschulbetriebs immer wieder deutlich machte.¹²¹

¹¹⁸ FAB, FY 59, Student Reports (Ordner 930), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Jörg K. Hoensch (15.12.1959).

¹¹⁹ The Funnel, Vol. 2, No. 4 (Februar 1957).

¹²⁰ FAB, FY 57, Student Reports (Ordner 873), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Kurt E. Market (Februar 1958).

¹²¹ Vgl. hierzu exemplarisch FAB, FY 55, Reports A-K (Ordner 807), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Ernst K. Bernhardt-Kabisch (1956); FAB, FY 57, Student Reports (Ordner 873), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Horst Johann Lorenzen (9.4.1958); FAB, Reports 1960–1961 (Ordner 988), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Klaus Grebe (1960).

Zu einer bemerkenswerten Stellungnahme führte das günstigere quantitative und soziale Verhältnis von Professoren und Studenten in den USA bei einem jungen deutschen Doktoranden, der sich während seines Aufenthalts an der Harvard University 1955/56 zur Anfertigung einer Dissertation über das Thema *John Adams' Europabild und die Prinzipien seiner Außenpolitik* entschlossen hatte. In seinem Bericht bezog sich der damals 26jährige Richard E. Beinhorn auf Schilderungen der sogenannten Harvard-Gruppe um George Ticknor, Edward Everett, Joseph Cogswell und George Bancroft, deren in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland gesammelte Universitäts- und Wissenschaftserfahrungen in Harvard eifrig rezipiert worden waren.¹²²

„In diesem term bin ich in Prof. William L. Langers Seminar, in das im Höchstfall nur zehn Leute aufgenommen werden. Das ermöglicht ein sehr intensives und präzises Training, das einen an die weniger vollen deutschen Universitäten des 19. und frühen 20. Jahrhunderts denken läßt, in denen man diese Ausbildungsweise kennenlernte. Es gibt kuriose Aufzeichnungen amerikanischer Studenten, in denen sie beispielsweise genau Räumlichkeit, Verteilung von Tischen und Stühlen etc. notieren, um den magischen Geist des deutschen Seminars einzufangen und über den Atlantik zu nehmen.“¹²³

Die indirekte Botschaft dieses Berichts war eindeutig: Nun seien deutsche Studenten ihrerseits gezwungen, über den Atlantik zu reisen, um an amerikanischen Hochschulen das wieder zu finden, was ehemals in den USA als herausragendes Qualitätsmerkmal der deutschen Universität gegolten hatte. Diese beachtliche historische Reflexionsebene unterscheidet Beinhorns Bericht von den Schilderungen der Mehrheit seiner damaligen Kommilitonen, die in der Regel allein die aktuelle Vorbildhaftigkeit des amerikanischen Systems sahen, ohne sich mit dessen vormaligen deutschen Wurzeln auseinanderzusetzen.¹²⁴ Nichtsdestotrotz verwies auch Beinhorn in seinem Bericht auf einen Vorzug des amerikanischen Systems, der als typisch für den angelsächsischen Kulturraum betrachtet werden kann. Gemeint ist die speziell in den USA besonders ausgeprägte Verbindung von Wissenschaft und Praxis durch die Integration außeruniversitärer Spezialisten in den Lehrbetrieb:

„Bei Prof. Elliot (Government) hatte ich ein Seminar über gegenwärtige amerikanische Außenpolitik mit sehr interessanten Konsultanten aus Washington, z. B. Mr. Amory, dem Stellvertreter von A.[llan] Dulles [...], dem kanadischen Botschafter, hohen Beamten des State Department, einem General des Verteidigungsministeriums etc. Dieser enge Kontakt zwischen Wissenschaft und Praxis ist sehr eindrucksvoll.“¹²⁵

Beinhorn sprach hier ein Spezifikum des amerikanischen Wissenschaftsverständnisses an. Seit der Entstehung eines modernen Universitätswesens im ausgehenden 19. Jahrhundert hatte sich immer wieder gezeigt, daß die Grenzen zwischen Wissenschaft und Gesellschaft in den USA weitaus durchlässiger und gegenseitig be-

¹²² Vgl. Kapitel I.2.

¹²³ FAB, FY 55, Reports A-K (Ordner 807), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Richard E. Beinhorn (26. 2. 1956).

¹²⁴ Zur ehemaligen deutschen Vorbildfunktion vgl. u. a. Röhrs: Der Einfluß der klassischen deutschen Universitätsidee, S. 65–102; Shils: Die Beziehungen zwischen deutschen und amerikanischen Universitäten, S. 185–194; Turner: Humboldt in North America?, S. 289–312, hier S. 292 und S. 302; sowie hier Kapitel I.2.

¹²⁵ FAB, FY 55, Reports A-K (Ordner 807), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Richard E. Beinhorn (26. 2. 1956).

fruchtender als in Deutschland waren. Anstatt die universitäre Lehre als alleinige Domäne der Professorenschaft anzusehen, bestand in den USA seit jeher das Bemühen, gezielt außeruniversitären Sachverstand aus den Bereichen Kultur, Politik und Wirtschaft an die Hochschulen zu bringen. Dabei beschränkte sich dieses Bestreben nicht allein auf Gastvorlesungen oder befristete Gastprofessuren. Das Beispiel General Eisenhowers, der zwischen seiner militärischen und politischen Karriere das Amt des Präsidenten der Columbia University bekleidete, oder des ursprünglich in Harvard lehrenden, deutschstämmigen Politikwissenschaftlers Henry Kissinger, der unter Präsident Richard Nixon zum Außenminister avancierte, belegt die spezifische Offenheit des amerikanischen Universitäts- und Wissenschaftsbetriebs.¹²⁶

Von grundlegender Bedeutung ist schließlich die Frage, wie in den studentischen Erfahrungsberichten die Qualität der wissenschaftlichen Ausbildung an amerikanischen Hochschulen beurteilt wurde. Insgesamt betrachtet stellen in diesem Zusammenhang dezidiert negative Einschätzungen eher die Ausnahme dar. Beispielsweise bestritt Manfred Werner, 1960/61 Student der Elektrotechnik am Carnegie Institute of Technology, in seinem Bericht die wissenschaftliche Führungsrolle der USA. Diese Haltung ist insofern außergewöhnlich, als gerade die von Werner gewählte Disziplin eine amerikanische Spitzenposition vermuten ließe. „Von jeher“, wie Werner in seinem Bericht einleitend betonte,

„galten die Staaten, landläufiger gesagt Amerika, für den Europäer als das Land des Fortschritts, der ungestümen Entwicklung. [...] Alle diese Überlegungen zwingen einem das Bild höchster technischer Perfektion auf, das von Pressemeldungen durchaus bestätigt wird. Der ‚Ideenfluß‘ ist nach amerikanischen Untersuchungen zur Zeit eindeutig von den USA nach Europa gerichtet. Um diesen hohen technischen Stand aufrecht erhalten und ausbauen zu können, so schließt man weiter, müssen auch hervorragende Hochschulen vorhanden sein. Mit diesen großen Erwartungen unternimmt man die große Reise und erlebt die zwangsläufige Enttäuschung.“¹²⁷

Hieran anschließend verwies Werner zu Recht auf einen Aspekt, der die Diskussion um die Vorbildhaftigkeit des amerikanischen Universitäts- und Wissenschaftssystems bis in die heutige Zeit bestimmt und zugleich verzerrt. Es ist dies die Frage nach der durchschnittlichen Qualität amerikanischer Universitäten. Mit anderen Worten: Kann der Großteil der amerikanischen Hochschulen mit dem unbestreitbar hohen wissenschaftlichen Niveau international renommierter Spitzenuniversitäten wie Harvard, Princeton, Yale, Stanford oder dem MIT überhaupt mithalten? „Bei dieser Fragestellung“, so Werners denkwürdiges Fazit,

¹²⁶ Vgl. in diesem Zusammenhang exemplarisch die biographischen Arbeiten von Robert F. Burk: Dwight D. Eisenhower. Hero and Politician, Boston 1986; Joann P. Krieg: Dwight D. Eisenhower. Soldier, President, Statesman, New York 1987; Henry J. Gwiazda: Dwight D. Eisenhower, Washington 1995; Jeffry R. Bendel: Scholar versus Statesman. The Record of Henry Kissinger, Ann Arbor/MI 1982; Edith J. Fresco-Kautsky: Henry A. Kissinger. Historiker und Staatsmann, Köln u. a. 1983; Robert D. Schulzinger: Henry Kissinger. Doctor of Diplomacy, New York 1989; Jussi M. Hanhimäki: The Flawed Architect. Henry Kissinger and American Foreign Policy, New York 2004.

¹²⁷ FAB, Reports 1960–1961 (Ordner 988), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Manfred Werner (15.11.1961).

„schneidet zweifellos das deutsche System besser ab, erst recht, wenn man den finanziellen Aufwand betrachtet. Nur die großen ‚Schulkonzerne‘ – wie das MIT z. B. – können sich die zahlreichen guten Fachkräfte leisten, die die Aufteilung in kleinere Klassen und Seminare erfordern. Die meisten, die nicht so finanzkräftig sind, aber vergleichsweise zu Deutschland doch weitaus größere Geldbeträge zur Verfügung haben, besitzen nur zweitrangige ‚Lehrer‘. [...] Aber selbst wenn man vom Hochschulbetrieb etwas enttäuscht wird, lohnt sich doch der Aufenthalt im Ausland, ganz besonders in einem so wichtigen und bedeutenden Lande wie den USA.“¹²⁸

Weniger enttäuscht, aber nicht minder kritisch, zeigte sich der 25jährige Jura-student Helmut von Krise aufgrund seiner 1960/61 an der Tulane University in Louisiana gesammelten Eindrücke. Sein Hauptkritikpunkt galt ebenfalls der Qualität des universitären Lehrkörpers. Trotz des im Vergleich zu Deutschland günstigeren Verhältnisses von Lehrenden und Lernenden (1:20) vermißte Krise bei seinen amerikanischen Professoren in erster Linie das notwendige wissenschaftliche Niveau. Diese seien zwar „fast durchweg sehr gute Lehrer, jedoch nur in einigen Fällen sehr anregende Wissenschaftler“.¹²⁹ Mit dieser Einschätzung war eine Kehrseite des schulmäßigen Lehrbetriebs deutlich angesprochen worden. Nichtsdestotrotz mußte auch von Krise ein wenig neidvoll zugestehen: „Die Arbeitsbedingungen in der Law School sind für deutsche Verhältnisse außerordentlich erfreulich. Man bekommt einen eigenen Arbeitsplatz und kann darauf sämtliche benötigten Bücher stehen lassen, ohne sie gestohlen zu bekommen.“¹³⁰

Die überwiegende Mehrzahl der deutschen Austauschstudenten äußerte sich allerdings höchst zufrieden mit der Qualität der ihnen in den Vereinigten Staaten gebotenen Ausbildung. Dabei ist selbstverständlich zu berücksichtigen, daß es sich in den meisten Fällen um eine bewußt aus wissenschaftlichen Erwägungen heraus getroffene Entscheidung handelte, den eigenen akademischen Erfahrungshorizont durch einen Studienaufenthalt in den Vereinigten Staaten zu bereichern. Hauptmotiv für eine solche Entscheidung war in der Regel das Erlernen neuer Forschungsmethoden und -ansätze, die als besonders innovativ und zukunftsweisend galten. Zudem boten die immer wieder auch von Rückkehrern gepriesenen Arbeitsbedingungen an amerikanischen Universitäten die Möglichkeit, das erlernte im Rahmen eigener Forschungen zu vertiefen. Ganz in diesem Sinne vermerkte 1956 der spätere Ordinarius für Soziologie an der Universität Heidelberg, Mario Rainer Lepsius, in einem Fragebogen des IIE über seinen Aufenthalt an der Columbia University in New York:

¹²⁸ Ebd.

¹²⁹ FAB, Reports 1960–1961 (Ordner 988), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Helmut von Krise (Mai 1961).

¹³⁰ Ebd. Zu einem ähnlich gemischten Urteil kam fünf Jahre zuvor ein deutscher Physikstudent am Georgia Institute of Technology. Vgl. hierzu FAB, FY 55, Reports A–K (Ordner 807), Bericht an die Fulbright-Kommission über den Studienaufenthalt in den USA von Randolf Hartmann (Dezember 1955): „Meine bisher an einer amerikanischen Hochschule gewonnenen Eindrücke sind recht unterschiedlich. Begeistert war ich über die Möglichkeiten, die dem Studierenden durch technisch vorzüglich eingerichtete Institute geboten werden. Die Anforderungen an den akademischen Lehrer scheinen aber von den unseren zum Teil verschieden zu sein.“

„I received at Columbia a very thorough training in sociological theory and methodology, which was my wish to get. The Department at Columbia is for that purpose outstanding and my expectations have been completely fulfilled. I regard this training as basic for my future work in sociology and I am therefore extremely happy that I had the chance to come to Columbia.“¹³¹

Ausgezeichnete Bedingungen für sein Studium der Wirtschaftswissenschaften fand auch Karl Wilhelm Roskamp im Jahre 1955 an der University of Michigan in Ann Arbor vor. „Es steht uns“, wie Roskamp lobend feststellte, „eine ausgezeichnete Fachbibliothek zur Verfügung, die Seminare sind ausgezeichnet eingerichtet. Die deutschen Universitäten werden viel aufholen müssen, wenn wir mit den hiesigen Statistischen Seminaren gleichziehen wollen.“¹³² Zudem konstatierte Roskamp eine für seine Disziplin in den USA typische methodische Vielfalt und Praxisnähe, die sich wohltuend von den eher verkrusteten Verhältnissen in Deutschland absetze:

„Es wird an den amerikanischen Universitäten weniger Theorie in den Wirtschaftswissenschaften im Sinne der Dogmengeschichte betrieben als in Deutschland. Hier versucht man brauchbare Methoden für die Wirtschaftspolitik zu erarbeiten, während wir uns in Deutschland zu oft in den philosophischen Feinheiten verlieren.“¹³³

Vergleichbare Einschätzungen und Stellungnahmen finden sich quer durch alle wissenschaftlichen Disziplinen.¹³⁴ Das subjektive Empfinden, in den USA eine weniger theorielastige Ausbildung auf sehr hohem Niveau zu erhalten, bezog sich auch auf solche Wissenschaftsbereiche, für die ein Studium an einer amerikanischen Hochschule auf den ersten Blick nicht zwingend nötig erschien. Beispielsweise unterrichtete nach ihrer Rückkehr aus den USA im Januar 1962 Beatrice Müller-Hansen die Fulbright-Kommission über die in ihren Augen ausgezeichneten Studienbedingungen im Fach Musikwissenschaft an der Brandeis University:

„Dieses ist wohl die größte Überraschung für europäische Musikstudenten in den Vereinigten Staaten: daß ihnen die Möglichkeit eines detaillierten und umfassenden Musikstudiums – einer vollwertigen Hochschulausbildung entsprechend – geboten wird. Das Studium der Musikwissenschaft, das hierzulande [in der BRD, S. P.] von den Hochschulen verbannt ist und, als die einzige musikalische Disziplin der Universität, auf dem Olymp der philosophischen Fakultäten ein etwas einsames Leben führt, vereinigt sich dort an den amerikanischen Colleges und Universitäten auf glücklichste Weise mit dem künstlerisch-praktischen Studium.“¹³⁵

Die überwiegende Mehrheit der hier vorgestellten Erfahrungsberichte konnte exemplarisch verdeutlichen, daß der in den USA absolvierte Studienaufenthalt als

¹³¹ FAB, FY 55, Reports L-Z (Ordner 808), Institute of International Education. Second Report, Academic Year 1955–1956: Mr. Mario Rainer Lepsius (9. 4. 1956).

¹³² FAB, FY 54, Reports N-Z (Ordner 770), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Karl Roskamp (27. 12. 1955).

¹³³ Ebd.

¹³⁴ In ähnlicher Weise kritisierte z.B. auch ein in Princeton studierender Politikwissenschaftler die Verhältnisse in Deutschland. Vgl. hierzu FAB, FY 55, Reports L-Z (Ordner 808), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Herwig Springer (10. 12. 1955): „Meine Vorlesungen sind ausgezeichnet und hochinteressant. [...] Hier gibt es kein Philosophieren in fernen Regionen, aus denen von Zeit zu Zeit geistige Ergüsse in unpersönlichen Vorlesungen angeboten werden.“

¹³⁵ FAB, Reports 1960–1961 (Ordner 988), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Beatrice Müller-Hansen (Januar 1962).

wichtige, ja sogar notwendige Ergänzung des Studiums in der Heimat betrachtet wurde, von der man sich zudem einen entscheidenden Impuls für den eigenen akademischen bzw. beruflichen Werdegang versprach. In diesem Punkt besteht erneut eine bemerkenswerte historische Parallele zu den rund 10 000 amerikanischen Studenten, die im Verlauf des 19. und frühen 20. Jahrhunderts an deutsche Universitäten geströmt waren. Damals galt – wie oben dargelegt werden konnte – für zahlreiche Disziplinen, d.h. sowohl in den klassischen Geistes- als auch in den Natur- und Ingenieurwissenschaften, ein Studienaufenthalt in Deutschland bzw. ein an einer deutschen Universität erworbener akademischer Grad als entscheidendes Qualitäts- und Qualifikationsmerkmal für eine berufliche Karriere in den Vereinigten Staaten. Viele der damaligen amerikanischen Universitätsprofessoren waren nicht zuletzt aufgrund ihres Studiums an einer deutschen Universität berufen bzw. ernannt worden.¹³⁶ Nach 1945 hatte sich dieser Trend eindeutig zugunsten des Wissenschaftsstandorts USA umgekehrt. Ganz in diesem Sinne urteilte Kurt Händler 1954 über sein eben erst aufgenommenes Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Cornell University:

„Mein Hauptinteresse hier gilt der Fortführung meiner sozialpolitischen Studien bei Prof. R. E. Montgomery (Labor Economis). Es ist sehr aufschlußreich für mich, auf diesem Gebiet mit den amerikanischen Forschungen aus erster Hand vertraut zu werden. [...] Zum Abschluß dieses Berichts glaube ich, auch wenn ich noch nicht sehr lange hier bin, doch heute schon sagen zu können, daß mir mein Aufenthalt in den Vereinigten Staaten auch studienmäßig einen bedeutenden Gewinn bringen wird.“¹³⁷

Noch deutlicher beantwortete ein Jahr später der Jurastudent Friedrich-Wilhelm Albrecht die Frage nach der Bedeutung seines Studienaufenthalts an der University of Michigan für seinen späteren beruflichen Werdegang:

„Through my studies of American law especially Trade Regulations, I got not only a general idea of the common law system, its way of thinking and deciding questions, but also I learned to understand the structure of American political and economical structure. These understandings will be of great value for me for an academical career. It will enable me to do further research work in the field of comparative law and the problems of Trade regulations.“¹³⁸

Unabhängig von derart methodisch-thematischen Aspekten faszinierte die akademischen USA-Reisenden auch die Art und Weise, *wie* Wissenschaft in den USA

¹³⁶ Vgl. hier Kapitel I.2.

¹³⁷ FAB, FY 54, Reports A–H (Ordner 778), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Kurt Händler (1.12.1954).

¹³⁸ FAB, FY 54, Reports A–H (Ordner 778), Institute of International Education. First Report, Academic Year 1954–1955: Mr. Friedrich-Wilhelm Albrecht (22.5.1955). Vgl. in diesem Zusammenhang auch FAB, Reports 1960–1961 (Ordner 988), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Bernhard Langhammer (23.8.1961): „Infolge meines verspäteten Eintreffens war es mir leider nicht gestattet [...] für einen MBA zu arbeiten. Trotzdem möchte ich sagen, daß die von mir belegten Kurse für mich sehr gewinnbringend waren. Gerade mein Studienfach – Betriebswirtschaft – wird ja sehr von amerikanischen Ideen und Entwicklungen beeinflusst. Wenn sich vielleicht auch der Erfolg des in den USA angeeigneten Wissens nicht unmittelbar niederschlagen wird, so bin ich jedoch überzeugt, daß es in der Zukunft von sehr großem Wert für mich sein wird. Ich glaube aber sagen zu dürfen, daß die erworbenen Kenntnisse zweifellos sehr wertvoll bei der Fortsetzung meines Studiums in Berlin sein werden.“

betrieben wurde. Während hierzulande ein noch äußerst traditioneller, d. h. primär auf den individuellen Leistungen des Einzelnen beruhendes Wissenschaftsethos galt, herrschte an amerikanischen Universitäten seit längerem das Prinzip des „Team Work“ vor. Das bedeutete, daß sowohl auf inner- wie interdisziplinärer Ebene das gemeinsame Arbeiten im Rahmen einer Gruppe als *die* probate Form der Forschung betrachtet wurde. Die eigentliche Besonderheit des „Team Work“ amerikanischer Ausprägung bestand in dem damit verbundenen Team-Geist, also dem kollegialen und weitgehend gleichberechtigten Miteinander aller an einem Projekt beteiligten Wissenschaftler. Diesbezüglich berichtete 1956 ein deutscher Student aus Princeton:

„Die Arbeitsweise zeigt gegenüber dem wissenschaftlichen Betrieb in Deutschland recht charakteristische Unterschiede. Schon äußerlich fällt auf, daß die Türen zu den Zimmern der verschiedenen Wissenschaftler meistens weit geöffnet sind. Gegenseitige Besuche werden nicht als störend empfunden, sondern gleich zu lebhaften Diskussionen ausgenutzt. Überhaupt spielt die Diskussion und damit verbunden die Gemeinschaftsarbeit eine viel größere Rolle als bei uns in Deutschland [...]. Man findet deshalb auch die meisten Wissenschaftler zu allen Tageszeiten und deshalb häufig auch an den Sonn- und Feiertagen in den Instituten, während in Deutschland die meisten Hochschullehrer ihre wissenschaftlichen Arbeiten hauptsächlich zu Hause in der stillen Atmosphäre des eigenen Studierzimmers durchführen.“¹³⁹

Es war nicht zuletzt die Summe aus all diesen Erfahrungen, die den Wissenschaftsstandort USA aus westdeutscher Perspektive bereits in den fünfziger Jahren als besonders attraktiv erscheinen ließ. In der Bundesrepublik fungierten die Rückkehrer mit ihrem in Übersee gesammelten Erfahrungsschatz als wichtige Multiplikatoren. So animierten ihre Berichte weitere Studenten zu einem Studienaufenthalt an einer amerikanischen Hochschule, wie beispielsweise der Erlanger Jurastudent Adolf Hofmann im August 1958 vermerkte:

„Nach meiner Rückkehr wurde ich oft gefragt, ob ich diesen Aufenthalt in Boulder all des Aufwandes an Zeit und Geld für wert erachte; ob ich es nochmals tun würde, wenn ich vor die Wahl gestellt würde. Darauf kann die Antwort nur lauten: Ja! Noch nie in meinem Leben habe ich so viel Neues in so kurzer Zeit erlebt und gelernt. All mein zukünftiges Denken, Arbeiten und Entscheiden dürfte davon sehr beeinflusst werden.“¹⁴⁰

Daß die Eindrücke der nach Deutschland zurückgekehrten Studenten und Wissenschaftler dort auf reges Interesse stießen, belegen zudem zwei von der Fulbright-Kommission veranstaltete Tagungen, die im Winter 1955 und 1956 in Goslar stattfanden. Das Ziel dieser beiden speziell unter dem Gesichtspunkt der Auslandserfahrung abgehaltenen Tagungen war es, die Vielzahl der in Amerika gesammelten Einzeleindrücke ehemaliger Fulbright-Stipendiaten zusammenzutragen. Dabei widmeten sich mehrere aus Professoren, Nachwuchswissenschaftlern und Studenten bestehende Arbeitsgruppen verschiedenen Teilaspekten des Amerikaaufenthalts. Im Zentrum standen hierbei vor allem Erfahrungen mit der amerikanischen Kultur bzw. dem American Way of Life, dem Wirtschafts- und

¹³⁹ Zitiert nach The Funnel 4 (1956), S. 32.

¹⁴⁰ FAB, FY 57, Student Reports (Ordner 873), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Adolf Hofmann (22. 8. 1958).

Hochschulsystem der USA sowie – ein ganz entscheidender Aspekt – die Auswirkungen des Amerikaaufenthalts auf das Deutschlandbild der Stipendiaten.

Die dem Tagungsplenum schließlich vorgelegten Arbeitsberichte bestätigen im wesentlichen das Bild, das bereits aus den individuellen Schilderungen der Studenten gewonnen werden konnte. Als charakteristische Vorzüge des amerikanischen Hochschulsystems wurden neben der sehr guten Studentenbetreuung und dem Prinzip des „Team Work“ auch der enge persönliche Kontakt zwischen Lehrenden und Lernenden angeführt.¹⁴¹ Mit Blick auf die Verhältnisse an deutschen Universitäten hieß es im Abschlußbericht der ersten Goslar Tagung vom 25.–27. November 1955: „Es schiene erstrebenswert, wenn eine gewisse Angleichung der Haltung des deutschen Dozenten an die charakterisierte Einstellung des amerikanischen Hochschullehrers erreicht würde, wie dies in den ersten Nachkriegsjahren schon einmal sich anzubahnen schien.“¹⁴² Bemerkenswert ist an diesem Postulat der dezidierte Verweis auf die unmittelbare Nachkriegszeit. Konkret gemeint waren damit wohl die gescheiterten Bemühungen der US-Besatzungsmacht, durch die Übertragung einzelner Elemente des amerikanischen Hochschulsystems zu einer Demokratisierung und Enthierarchisierung des deutschen Hochschulwesens beizutragen.¹⁴³ Trotz der in den ersten Nachkriegsjahren als eher restriktiv zu bezeichnenden Haltung der deutschen Universitäten gegenüber den damaligen amerikanischen Reformansätzen zeigt dieses Zitat aus dem Goslar Tagungsbericht von 1955, daß infolge des akademischen Austauschs mit den USA ähnliche, wenn nicht sogar identische Forderungen von deutscher Seite aufgestellt wurden.¹⁴⁴

Der zweite Goslar Tagungsbericht vom Dezember 1956 widmete sich u. a. der Stellung des amerikanischen Universitätsdozenten. Die für diesen Themenbereich zuständige Arbeitsgruppe bestand aus 18 namentlich nicht genannten ehemaligen Fulbright ‚Grantees‘, d. h. Dozenten und Professoren, die als Mediziner, Naturwissenschaftler, Juristen oder Geisteswissenschaftler im Studienjahr 1955/56 an verschiedenen amerikanischen Universitäten, Colleges und Forschungsinstituten tätig gewesen waren. Auch dieser Bericht stellt einen eindrucksvollen Beleg für die seit Mitte der 1950er Jahre innerhalb der jungen deutschen Wissenschaftlergeneration immer deutlicher werdende Orientierung am amerikanischen Universitäts-

¹⁴¹ Siehe hierzu FAB (o. Nr.), United States Educational Commission in the Federal Republic of Germany (Fulbright-Kommission): Erfahrungsberichte der deutschen Professoren, Dozenten, Jungakademiker und Studenten, die im akademischen Jahr 1954/55 in den Vereinigten Staaten weilten und an der im November 1955 in Goslar abgehaltenen Tagung teilnahmen (Dezember 1955), S. 14f. Über das engere Verhältnis von Studenten und Professoren an amerikanischen Universitäten heißt es dort: „Ohne Ansehen der im Einzelfall unterschiedlichen geistigen Fähigkeiten des Studenten ist die Grundhaltung des Professors ihm gegenüber die einer unbedingten Anerkennung der Persönlichkeit. Die zwanglose Form im Umgang zwischen Lehrenden und Lernenden, die keine Standesunterschiede kennt, ist der sichtbare Ausdruck dieser Grundhaltung (unbehinderter Zugang zum Professor, gemeinsame Geselligkeiten, gemeinsamer Sport). Dabei muß festgestellt werden, daß durch dieses fast freundschaftliche Verhältnis die Autorität des Professors keineswegs leidet“ (ebd., S. 17).

¹⁴² Ebd., S. 18.

¹⁴³ Vgl. Kapitel II.

¹⁴⁴ Vgl. hierzu die Ausführungen in Kapitel VI. und VII.

und Wissenschaftssystem dar. Obgleich in Goslar keine direkte Kritik an den Verhältnissen in Deutschland geübt wurde, darf die fast durchweg positive Schilderung der Lehr- und Forschungsbedingungen sowie der Karrierechancen in den Vereinigten Staaten als eine zumindest indirekte Forderung nach einer „Amerikanisierung“ des westdeutschen Hochschulbetriebs gewertet werden:

„Die Beobachtungen in den verschiedenen Disziplinen haben übereinstimmend ergeben, daß im Gegensatz zu Deutschland qualifizierte Kräfte schon vor der Promotion zur Lehrfähigkeit herangezogen werden können. Diese Lehrfähigkeit ist etwa zu vergleichen mit der, die von promovierten Assistenten in Deutschland wahrgenommen wird. Eine Habilitation zum Erwerb der Lehrfähigkeit besteht nicht. [...] Der weitere akademische Aufstieg ist nicht von einer Prüfung, sondern von der Bewährung durch Forschung und Lehre abhängig. Dadurch ergeben sich für den Begabtennachwuchs schnellere Aufstiegsmöglichkeiten. Dieser Vorteil wird noch durch das Vorhandensein einer größeren Anzahl von Planstellen für Assistant-, Associate- und Full-Professors verstärkt. In dieser Skala der akademischen Lehre kennt man keine so scharfe rangmäßige Abgrenzung, wie sie aus deutschen Verhältnissen uns geläufig sind. Hierin spiegelt sich die relative Zwanglosigkeit der amerikanischen Gesellschaft wider.“¹⁴⁵

Obgleich bereits den hier vorgestellten studentischen Erfahrungsberichten ein ausgeprägtes Urteilsvermögen hinsichtlich der Vor- und Nachteile des deutschen wie amerikanischen Hochschulsystems attestiert werden kann, steht außer Frage, daß den entsprechenden Einschätzungen von Nachwuchswissenschaftlern und Professoren ein weitaus größeres Gewicht beizumessen ist. Es war zuallererst diese Personengruppe, die auf professioneller Ebene in den Forschungs- und Lehrbetrieb beider Systeme eingebunden war und demzufolge noch deutlichere Bewertungen vornehmen konnte, auch wenn diese – wie die beiden Goslarer Tagungsberichte gezeigt haben – in den zentralen Punkten mit den studentischen Urteilen korrespondierten.

Als das mit Abstand vordringlichste Motiv für einen USA-Aufenthalt darf bei der Gruppe der Wissenschaftler die Möglichkeit angesehen werden, sich unmittelbar vor Ort über aktuelle Forschungs- und Lehrmethoden zu informieren. Wie schon mehrfach erwähnt, hatten sich die Vereinigten Staaten infolge des Zweiten Weltkrieges und des sich anschließenden Ost-West-Konflikts in beinahe allen Fachgebieten zu *dem* wissenschaftlichen „Mekka“ innerhalb der westlichen Hemisphäre entwickelt. Neben der akademischen Emigration aus Europa, die zu einem enormen Wissenstransfer von der „Alten“ in die „Neue Welt“ geführt hatte, war es nach 1945 auch die wissenschaftliche Konkurrenzstellung zur Sowjetunion gewesen, die den Aufstieg der USA zur führenden westlichen Wissenschaftsnation mitbegründete.¹⁴⁶ Parallel zu dieser rasanten Entwicklung hatte Deutschland seine Rolle als internationales Wissenschaftszentrum weitgehend eingebüßt. Statt dessen bestand hierzulande in vielen Wissenschaftsbereichen ein enormer Nachholbedarf.¹⁴⁷ Besonders spürbar war der nach 1945 vorhandene Rückstand in den

¹⁴⁵ FAB (o. Nr.), United States Educational Commission in the Federal Republic of Germany (Fulbright-Kommission): Diskussionsbeiträge zurückgekehrter deutscher Fulbright-Stipendiaten, Goslar, 30. November bis 2. Dezember 1956 (Januar 1957), S. 1.

¹⁴⁶ Vgl. Weber: Geschichte der europäischen Universität, S. 160–168.

¹⁴⁷ Vgl. Müller: Geschichte der Universität, S. 101; Ellwein: Die deutsche Universität, S. 237f.

Natur- und Ingenieurwissenschaften, aber auch in der Medizin, Teilen der Jurisprudenz, den Wirtschaftswissenschaften sowie den Geistes- und Sozialwissenschaften. Neue und innovative Forschungsmethoden, so schien es, wurden vornehmlich an amerikanischen Universitäten entwickelt. Aus der Sicht eines westdeutschen Wissenschaftlers war deshalb ein Aufenthalt in den USA, wenn er über die aktuellsten wissenschaftlichen Standards in seiner Disziplin unterrichtet sein wollte, von grundlegender Bedeutung.¹⁴⁸ In diesem Zusammenhang erhielt auch die Teilnahme an wissenschaftlichen Fachkongressen in Übersee einen im Vergleich zur Vorkriegszeit immer größeren Stellenwert. So betonte Ende 1956 der damalige Direktor des Bonner Instituts für Phytopathology, Hans Blunck, nach seiner Rückkehr von einer viermonatigen USA-Reise, auf der Blunck auch an einem internationalen Entomologenkongreß im kanadischen Montréal teilgenommen hatte, in seinem abschließenden Bericht an die Fulbright-Kommission:

„Das Fehlen der meisten unserer bedeutendsten und bekanntesten Forscher und Lehrer aus der angewandten Entomologie [...] wurde vielfach als unverständlich vermerkt. Ich selbst halte ihr Fernbleiben für einen schweren Fehler. Es sollte bereits bekannt sein, daß wir die Spitzenstellung, die wir in Deutschland bis in die Zeit der Naziregierung in der angewandten Entomologie mit den USA teilten, inzwischen verloren haben [...]. Die auf dem Montrealer Kongreß und fast noch mehr auf meinen anschließenden Reisen durch die USA und Canada gesammelten Erfahrungen besagen, daß wir von Nordamerika bereits noch weit stärker überflügelt sind, als mir bis dahin bekannt war. Das Gleiche gilt für andere Gebiete der angewandten Biologie, vor allem auch für die Viruskunde. Es ist ein grober Irrtum, anzunehmen, das Studium des wissenschaftlichen Schrifttums genüge um uns auf dem Laufenden zu halten.“¹⁴⁹

Was den Zustand der entomologischen Forschung in der Bundesrepublik anbetraf, sah es der Bonner Professor als einen geradezu unglaublichen Zustand an, daß das einzige in dieser Richtung arbeitende deutsche Institut in Darmstadt im Vergleich zu den amerikanischen Großlaboratorien nicht einmal über ein eigenes Gewächshaus zur Anzucht der notwendigen Versuchspflanzen verfügte. Statt dessen mußten die benötigten Pflanzen während der Wintermonate hinter einem schlichten Kellerfenster herangezogen werden.¹⁵⁰ „Schlimmer noch ist“, so Blunck weiter, „daß der dortige Leiter sich jahrelang vergeblich um die Genehmigung einer Reise in die USA zwecks Besichtigung der einschlägigen Institute und damit um Schaffung einer unerläßlichen Voraussetzung der Fruchtbarkeit seiner Arbeit bemühen mußte.“¹⁵¹ Noch drastischer konnte aus Sicht eines deutschen Ordinarius der wissenschaftliche Vorsprung der USA und die damit verbundene Notwendigkeit von Forschungs- und Informationsreisen dorthin kaum betont werden.

Vergleichbare Äußerungen hinsichtlich der wissenschaftlichen Führungsrolle der USA finden sich in zahlreichen Berichten, speziell aus der Feder jüngerer Nachwuchswissenschaftler. Während sich, wie von Blunck kritisiert, führende deutsche Gelehrte der zumeist älteren Generation bewußt oder unbewußt nicht aktiv am wissenschaftlichen Diskurs mit den USA beteiligten, galt dies bei der ersten Nach-

¹⁴⁸ Vgl. Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner, S. 106 und S. 124f.

¹⁴⁹ FAB, FY 56, Reports (Ordner 846), Bericht über eine Studienreise nach Nordamerika von Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Blunck (o. Datum).

¹⁵⁰ Ebd.

¹⁵¹ Ebd.

kriegsgeneration bereits als notwendiger Bestandteil der eigenen Fortbildung. „Sinn meines Aufenthalts sollte sein“, wie beispielsweise der Mediziner Heribert Weigand nach seiner Rückkehr aus den USA im Jahre 1957 erläuterte, „mich mit denjenigen Methoden vertraut zu machen und Erfahrungen zu sammeln, die in Deutschland nur erst theoretisch bekannt sind, aber mangels Möglichkeit noch nicht [...] allgemein angewandt werden können.“¹⁵² Und nur ein Jahr später betonte Albrecht Dold, damals Assistent am Institut für Mathematik der Universität Heidelberg und anschließend – nach einer zweijährigen Tätigkeit als Assistant- und Associate-Professor an der Columbia University – seit 1963 ebendort auch Ordinarius:

„Mein Aufenthalt in Princeton und Chicago hat sich für meine mathematische Ausbildung als außerordentlich lohnend erwiesen. In vielen Vorlesungen und Seminaren und noch mehr in Diskussionen und Gesprächen konnte ich mich über die neuesten Entwicklungen in der Mathematik informieren. Das Institute for Advanced Study zusammen mit dem Mathematics Department der Universität machen Princeton gewissermaßen zum mathematischen Zentrum der Welt.“¹⁵³

Daß diese USA-Orientierung nicht nur für den Bereich der Naturwissenschaften oder Medizin galt, zeigt das Beispiel des 1998 verstorbenen Bielefelder Soziologen Niklas Luhmann, der als geistiger Vater der sogenannten Systemtheorie zu den führenden Sozialwissenschaftlern der Bundesrepublik zählte. Der Jurist Luhmann war nach Abschluß seines Studiums zunächst als Assistent am Oberverwaltungsgericht Lüneburg und dann im niedersächsischen Kultusministerium tätig gewesen, bevor er mit Anfang dreißig ein Stipendium für ein Studium der Verwaltungswissenschaften in Harvard erhielt. Die dort gesammelten wissenschaftlichen Erfahrungen und vor allem der Kontakt mit dem amerikanischen Soziologen Talcott Parsons prägten Luhmanns spätere akademische Karriere als Soziologe.¹⁵⁴ In einem Brief an den DAAD schrieb Luhmann im Juli 1961:

„Nach Abschluß meines Studiums an der Harvard Universität, Graduate School of Public Administration (GSPA), möchte ich Ihnen über meine Erfahrungen berichten. Ich bin mit einigen Vorkenntnissen und ziemlich ausgearbeiteten Interessen auf Spezialgebieten, insb. im Bereich der Organisationstheorie, der theoretischen Soziologie und der Sozialpsychologie an die Harvard Universität gegangen. [...]. Ein volles Programm für den Master-Titel hätte mir die Verfolgung meiner eigenen Anliegen nahezu unmöglich gemacht. [...]. Ich habe deshalb in jedem Semester nur das Mindestmaß an Kursen und Seminaren formell belegt, darunter jeweils einen Reading Course mit Prof. [Carl Joachim] Friedrich bzw. Prof. [Talcott] Parsons ohne Examensverpflichtung. So hatte ich genügend Zeit für mein Vorhaben, konnte ich wesentlich die neueste Literatur in meinen Interessensgebieten durcharbeiten und meine Gedanken zur Soziologie der Verwaltungsorganisation weiter entwickeln in einer Weise, die in Deutschland aus Zeit- und Literaturgründen nie möglich gewesen wäre. Wo ich Fragen hatte, ergaben sich genug Diskussionsmöglichkeiten mit Professoren außerhalb des formellen Lehrplans. Insbesondere entwickelte sich im letzten Semester ein fruchtbares Verhältnis zum Soziologen Prof. Parsons, das ich fortzuführen hoffe.“¹⁵⁵

Ein Jahr nach Luhmanns Bericht an den DAAD begründete auch Carl-Christian von Weizsäcker, damals wissenschaftlicher Assistent bei der DFG und später Or-

¹⁵² Zitiert nach The Funnel, Vol. 3, No. 2 (November 1957), S. 34.

¹⁵³ FAB, Reports 1960–1961 (Ordner 988), Bericht über meinen Aufenthalt in den Vereinigten Staaten von Albrecht Dold (10. 5. 1958).

¹⁵⁴ Vgl. Detlef Horster: Niklas Luhmann, München 1997, S. 29–35.

¹⁵⁵ FAB, Reports 1960–1961 (Ordner 988), Schreiben Niklas Luhmanns an den Deutschen Akademischen Austauschdienst vom 19. 7. 1961.

dinarius für Volkswirtschaftslehre in Köln, seinen an die Fulbright-Kommission gestellten Antrag auf Gewährung eines Reisekostenstipendiums für die USA mit dem dortigen Standard empirischer Forschungsmethoden. Konkret ging es Weizsäcker um die Untersuchung des Einflusses bildungspolitischer Maßnahmen auf das ökonomische Wachstum von Industrieländern. Die unmittelbare Beschäftigung mit dem in den USA diesbezüglich entwickelten methodischen Instrumentarium schien aus Weizsäckers Sicht für die erfolgreiche wissenschaftliche Behandlung dieses Themas unabdingbar:

„So far as I can see in the United States one has developed the most efficient methods for empirical research in the field of economics of education. So for my objectives it is necessary to spend one year or more in the United States for working together with specialists in the economics of education and growth.“¹⁵⁶

Aber nicht nur den deutschen bzw. internationalen Gastwissenschaftlern wurde die amerikanische Spitzenposition in Forschung und Lehre nach 1945 immer bewußter. Gelegentlich ließen amerikanische Wissenschaftler diese Überlegenheit auch ihre Gäste deutlich spüren, wie 1956 ein namentlich nicht genannter deutscher Visiting Scholar in „The Funnel“ zu berichten wußte:

„Andererseits stießen wir jedoch in der Universität auf eine recht abstoßende Überheblichkeit. Äußerungen von Professoren, wie ‚America nowadays is the cultural Mecca of the world‘ oder ‚The American educational system nowadays is the best in the world‘ wurden [...] in unserer Gruppe mit begreiflichem Befremden aufgenommen.“¹⁵⁷

Allerdings bildeten derartige Überheblichkeiten eher die Ausnahme. Vielmehr läßt sich feststellen, daß gerade unter den westdeutschen Gastwissenschaftlern darüber reflektiert wurde, welche Ursachen für die wissenschaftliche Führungsrolle der USA ausschlaggebend seien. Ein unter dieser Fragestellung besonders aufschlußreiches Dokument stellt der Erfahrungsbericht des damaligen Göttinger Privatdozenten und seit 1960 ebendort lehrenden Ordinarius für Theoretische Physik Gerhart Lüders vom März 1958 dar. Wegen seines wissenschaftsgeschichtlichen Reflektionsniveaus veranschaulicht dieser Bericht auf eindrucksvolle Weise das Dilemma, in dem sich die deutsche Wissenschaft nach 1945 befand. Zudem verweisen Lüders' Ausführungen zu den universitären und wissenschaftsorganisatorischen Struktur-

¹⁵⁶ FAB, Research Lecturer Ri-Z, 1962–1963 (Ordner 585), United States Educational Commission in the Federal Republik of Germany. Application for a Fulbright Travel Grant to Lecture or to Advanced Research in the United States. Name of applicant: Carl Christian von Weizsäcker (22.4.1962). Über die ausgezeichneten Arbeitsbedingungen während seines Aufenthalts an der Columbia University 1956 schrieb auch der damalige Assistent am Münchner Amerika-Institut und spätere Professor für Anglo-Amerikanische Geschichte an der Universität zu Köln Erich Angermann: „Columbia University was selected partly for the distinction of its scholars teaching American history, partly because of the facilities available in both its library and in the Public Library [...]. I was extended all facilities and privileges of research I wanted, so that the arrangement seems to me perfectly satisfactory. Both all officials and private persons to whom I talked were utterly kind and helpful“ (FAB, FY 56, Reports [Ordner 846], Conference Board of Associated Research Councils. Report Requested of Visiting Fulbright Scholars. Name: Erich Angermann [17.1.1957]).

¹⁵⁷ The Funnel, June 1956, S. 22.

unterschieden zwischen beiden Ländern bereits auf den kurze Zeit später in der Bundesrepublik einsetzenden Hochschulreformdiskurs:

„Das folgende Problem hat mich vor meiner Amerikareise, während meines Aufenthalts und hinterher besonders beschäftigt: Was sind die Gründe für die gegenwärtige Überlegenheit der amerikanischen Physik gegenüber der deutschen (und, mit verschiedenem Gewicht der europäischen)? Die Schwerpunktverschiebung, die stattgefunden hat, drückt sich beispielsweise darin aus, daß in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren die vielleicht bedeutendste physikalische Zeitschrift in der Welt die deutsche *Zeitschrift für Physik* war, während es heute eindeutig das amerikanische *Physical Review* ist. Man kann die bedeutende Rolle, die die amerikanische Physik heute spielt, sicher nicht einfach mit den größeren finanziellen Mitteln erklären; auch die Emigration vieler der besten deutschen Physiker, insbesondere theoretischer Physiker, in den dreißiger Jahren liefert nur eine teilweise Erklärung. Vor ein paar Jahren hatte ich Gelegenheit, mit dem in Italien gebürtigen und später in Chicago lebenden Physiker Prof. Fermi über dieses Problem zu sprechen; er sagte ‚When I was young the big force was in Germany; now it is in the United States‘. Es ist mir nicht gelungen, die Frage nach den Gründen für die Überlegenheit der amerikanischen Physik wirklich zu beantworten; ich möchte jedoch ein paar Beobachtungen zu ihr festhalten. Es scheint mir, daß die amerikanische Organisation von Forschung und Lehre für die Entwicklung der Physik, wenigstens in ihrem gegenwärtigen Stadium günstiger ist. Statt einer Zersplitterung in kleine selbstständige Institute und damit der weitgehenden Isolierung wissenschaftlich schöpferischer Persönlichkeiten findet man Physics Departments ohne scharf abgrenzende innere Struktur. Gleichzeitig hat man vielfach wesentlich mehr Stellen für jüngere und ältere Physiker [...]. Das Stellensystem scheint weniger starr zu sein; hinzu kommen die (nicht verpflanzbaren) freieren Umgangsformen, die den Dienstrang weniger entscheidend machen als menschliche und wissenschaftliche Qualitäten.“¹⁵⁸

Die an amerikanischen Hochschulen übliche Departmentstruktur war für Lüders somit *eine* Hauptursache für den wissenschaftlichen Erfolg der USA. Wie noch darzulegen sein wird, ließen nicht zuletzt solche Berichte in der Bundesrepublik die Forderung immer lauter werden, die traditionellen Institutsstrukturen durch Departments nach amerikanischem Vorbild zu ersetzen.¹⁵⁹ Dabei handelte es sich um ein Postulat, das – wir erinnern uns – bereits während der Besatzungszeit von amerikanischen Bildungsreformern wie Karsen, Cottrell und Paty aufgestellt und von Remigranten wie Bergstraesser, Fraenkel oder Voegelin bei der Gründung amerika- bzw. politikwissenschaftlicher Institute an deutschen Universitäten teilweise auch umgesetzt worden war.¹⁶⁰ Wie das Beispiel Lüders' zeigt, erhielt dieser Reformansatz durch die aus den USA zurückkehrenden Gastwissenschaftler seit Mitte der 1950er Jahre neuen Auftrieb, ja eine vollkommen andere Dimension. Der entscheidende Vorteil des Departmentsystems war das diesem innewohnende Prinzip der „Kollegialität“ („Team Work“). Das Gefühl, als vollwertiges Mitglied eines Departments behandelt zu werden und nicht – wie an deutschen Universitäten damals noch weitverbreitet – als bloßer Handlanger eines allmächtigen Institutsleiters zu fungieren, stieß aus nachvollziehbaren Gründen gerade bei jungen Nachwuchswissenschaftlern auf fruchtbare Resonanz. Auch dieser Aspekt sollte im Rahmen der um 1960 einsetzenden Hochschulreformdebatte im Verlangen nach Abschaffung der Habilitation und der Einführung des sogenannten Assis-

¹⁵⁸ FAB, FY 56, Reports (Ordner 846), Erfahrungsbericht von Gerhart Lüders an die Fulbright-Kommission (März 1958), S.2.

¹⁵⁹ Vgl. Kapitel VII.2.

¹⁶⁰ Vgl. Kapitel II.6., IV.2. und IV.3.

tenzprofessors nach dem Vorbild des amerikanischen Assistant Professor münden – doch hierzu später mehr.¹⁶¹

Für eine adäquate qualitative Bewertung des akademischen Austauschs mit den Vereinigten Staaten ist schließlich die Frage von zentraler Bedeutung, welchen Einfluß der Aufenthalt in Übersee auf die weitere wissenschaftliche Tätigkeit der deutschen Gastwissenschaftler dem eigenen Bekunden nach hatte.¹⁶² Auch in dieser Hinsicht vermitteln die Erfahrungsberichte im Berliner Fulbright-Archiv einen repräsentativen Eindruck. Insgesamt betrachtet überwogen klar die positiven Einschätzungen. Beispielsweise betonte der Mainzer Ordinarius für Anglistik und Amerikanistik Hans Galinsky im Oktober 1955, daß es das dezidierte Ziel seines knapp fünfmonatigen Aufenthalts an den Universitäten von Michigan und Minnesota gewesen sei, sich mit Blick auf den bevorstehenden Ausbau der Amerikanischen Abteilung in Mainz über die in den USA angebotenen American-Studies-Programme zu informieren:

„My project was a very practical one, arising as it did from my teaching and research needs at Mainz university. It meant studying the operation of American Studies Programs, especially their function and significance in American university education. I wanted to have before me some model by which to go in my attempts to expand my own language and literature courses at the University of Mainz into an American Studies Program. [...]. As to the professional benefit derived, I would venture to say that I am now seeing much more clearly the way to be pursued by myself toward my next objective at home, the expanding of my present core curriculum (American language, literature, geography) into a full-fledged American Studies Program.“¹⁶³

Galinskys Ausführungen zeigen, daß die in den Staaten gesammelten Erfahrungen eine wichtige Bereicherung für seine weitere Lehr- und Forschungstätigkeit an der Universität Mainz darstellten. Andere, wie z. B. der Göttinger Mathematikprofessor Wilhelm Klingenberg, prognostizierten bereits vor ihrer Abreise den besonderen Wert eines Amerikaaufenthalts für ihre weitere wissenschaftliche Arbeit. Über die an seine Gastprofessur in Berkeley geknüpften Erwartungen schrieb Klingenberg in seinem an die Fulbright-Kommission gerichteten Antrag auf Gewährung eines Reisekostenstipendiums:

„My stay at Berkeley will give me the possibility to collaborate with some of the leading mathematicians of the world [...] on differential geometry and topology which is the field where I have been doing my research work during recent years. [...]. Working on this problem will enable me to bring back to Göttingen the intimate knowledge of the new methods and results which have been developed during the last few years in the field of geometry and topology as well as the experiences of having taught Mathematics at one of the leading Universities of the U.S.“¹⁶⁴

¹⁶¹ Vgl. Kapitel V.3. und VI.

¹⁶² Zur grundlegenden Bedeutung des Erfahrungsaspekts vgl. Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner, S. 124–126.

¹⁶³ FAB, FY 54, Reports A–H (Ordner 778), Conference Board of Associated Research Councils. Report Requested of Visiting Fulbright Scholars. Name: Johannes Galinsky (20.10.1955).

¹⁶⁴ FAB, Research Lecturer K–Re, 1962–1963 (Ordner 583), United States Educational Commission in the Federal Republic of Germany. Application for a Fulbright Travel Grant to Lecture or to Advanced Research in the United States. Name of applicant: Wilhelm Klingenberg (17.11.1961).

In ähnlicher Weise hob 1973 auch Erik W. Grafarend, damals Professor am Institut für Theoretische Geodäsie der Universität Bonn, nach Beendigung seiner Gastprofessur an der Ohio State University hervor, daß sein USA-Aufenthalt nicht nur in methodischer, sondern sogar in didaktischer Hinsicht Spuren hinterlassen habe:

„During my time with The Ohio State University I got a deep insight in the modern developments of geodesy in the USA, especially in the measurement technique of gravity gradients for geodetic purposes. [...] From my stay in the USA my style of lecturing will be influenced based upon the experiences I had with The Ohio State University. Of course, my lectures in Bonn will benefit from the new geodesy I learned in the USA.“¹⁶⁵

Wie läßt sich die Bedeutung der akademischen USA-Erfahrung bzw. des Austauscherelebnisses in den 1950er und 1960er Jahren adäquat einordnen? Im Vordergrund standen zunächst eher alltägliche Erfahrungen mit dem „American Way of Life“, die gerade auf die Gruppe der Studenten einen äußerst prägenden Einfluß ausübten. Hinzu traten akademische Eindrücke, die aus dem unmittelbaren Kontakt mit dem amerikanischen Universitäts- und Wissenschaftssystem resultierten. Gerade in diesem Zusammenhang war sich die Mehrheit der Studenten und Professoren darüber einig, daß das soziale wie wissenschaftliche Klima an amerikanischen Hochschulen dem an deutschen Universitäten prinzipiell vorzuziehen sei. Zur Begründung wurde neben den ausgezeichneten Arbeits- bzw. Forschungsbedingungen in erster Linie auf die vorbildliche Studienbetreuung und das damit einhergehende bessere quantitative Verhältnis von Lehrenden und Lernenden verwiesen. Auch das für den damaligen deutschen Besucher ungewohnte Leben auf einem Hochschulcampus stieß zumeist auf ein durchweg positives Echo. Folgt man den Schilderungen, dann fanden viele Studenten auf den parkartigen Campusarealen eine Arbeitsatmosphäre vor, die zu überdurchschnittlichen Leistungen animierte.¹⁶⁶ Die wohl größte Umstellung aus studentischer Perspektive verlangte der weitgehend verschulte, wenn auch äußerst praxisbezogene Studienbetrieb an amerikanischen Hochschulen, der mit seinen täglichen Hausaufgaben und regelmäßigen Prüfungen nur wenig Freiraum für individuelle Schwerpunktsetzungen bot. Dennoch wurde die damit einhergehende Arbeitsbelastung nicht selten als Chance betrachtet, sich eine disziplinierte und effiziente Arbeitsweise anzueignen.¹⁶⁷

Auf Seiten der Professoren und Nachwuchswissenschaftler lagen dem Entschluß, für einen gewissen Zeitraum in die USA zu gehen, in den meisten Fällen genau kalkulierte wissenschaftliche Motive zugrunde. Die beinahe alle Disziplinen betreffende Spitzenstellung der amerikanischen Wissenschaft ließ es notwendig erscheinen, sich in den Vereinigten Staaten über neueste methodische Innovationen sowie Themen- und Fragestellungen zu informieren. Gleichzeitig bot die als

¹⁶⁵ FAB, Visiting Scholars, 1971/72 (Ordner 243), Report of Visiting Scholar Erik W. Grafarend (4.4.1973). Exemplarisch auch FAB, Research Lecturer A-C, 1962-1963 (Ordner 581), Schreiben Ernst von Caemmerers an Ulrich Littmann vom 20.8.1963.

¹⁶⁶ Vgl. auch Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner, S.125: „Zu den kritischen Anmerkungen insbesondere der Studenten gehörte bereits die inzwischen übliche Erfahrung, daß man noch nie so viel für das Studium gearbeitet habe – eine Anmerkung, die ebenso häufig auch als positive Erfahrung gilt.“

¹⁶⁷ Ebd.

exzellent empfundene materielle Ausstattung amerikanischer Hochschulen und die dort vorherrschende kollegiale Arbeitsatmosphäre den deutschen Gastwissenschaftlern die Möglichkeit, eigene Forschungsprojekte auf einem in dieser Form in der Bundesrepublik damals kaum vorstellbaren Niveau zu verfolgen. Als besonders positiv und nachahmenswert wurden die von Teamgeist und Gleichberechtigung geprägten Arbeitsbedingungen an den amerikanischen Hochschul-Departments eingeschätzt. Speziell für jüngere Nachwuchswissenschaftler war es eine angenehme Erfahrung, als scheinbar gleichberechtigte Mitglieder des Kollegiums behandelt zu werden und nicht den an deutschen Instituten üblichen hierarchischen Strukturen bzw. Abhängigkeiten ausgesetzt zu sein.

Die Konsequenz aus diesen Erfahrungen war schließlich die in den Berichten immer wiederkehrende Forderung nach einer zumindest teilweisen Angleichung der Verhältnisse an den deutschen Hochschulen an amerikanische Standards. „Im Zentrum [des USA-Aufenthalts, S. P.] standen [...]“, wie es Littmann formuliert hat, „die akademischen Erfahrungen, der wissenschaftliche Nutzen, die Möglichkeiten und Grenzen der Übertragung von Strukturen und Leistungsnachweisen in das deutsche Bildungswesen.“¹⁶⁸ Tatsächlich wurden die Schilderungen der aus den USA zurückkehrenden Studenten und Wissenschaftler von den in der Bundesrepublik für Hochschul- und Wissenschaftsbelange zuständigen Stellen, d. h. vor allem der Fulbright-Kommission, dem DAAD, der DFG, der AvHSt, der MPG sowie den jeweiligen Kultusministerien, aufmerksam verfolgt und die damit einhergehenden Änderungsvorschläge in zentralen Punkten zu eigen gemacht.¹⁶⁹ Die Teilnehmer des akademischen Austauschs waren somit als Katalysatoren und Multiplikatoren maßgeblich an dem nach 1945 einsetzenden Methoden- und Strukturtransfer von den USA in die Bundesrepublik Deutschland beteiligt. Ihr Beitrag an den Bemühungen um eine „Amerikanisierung“ der Universität und Wissenschaft kann daher nicht hoch genug eingestuft werden. Hunderte von Studenten, Dozenten und Professoren fungierten nach ihrer Rückkehr nicht nur als Kronzeugen für diejenigen Bildungspolitiker, die eine grundlegende Reform des deutschen Universitäts- und Wissenschaftssystems nach amerikanischem Muster anstrebten, sondern auch als Impulsgeber in ihrer unmittelbaren Umgebung.¹⁷⁰ In diesem Kontext ist freilich auch zu berücksichtigen, daß ein nicht unerheblicher Teil der ehemaligen USA-Stipendiaten später selbst in universitäre oder hochschulpolitisch relevante Schlüsselpositionen aufstieg und dort die in Übersee gesammelten Erfahrungen praktische Bedeutung gewannen. Stellvertretend sei hier auf das Beispiel des im Jahr 2000 verstorbenen Regensburger Ordinarius für Englische Philologie und ehemaligen DGfA- und EAAS-Vorsitzenden Hans Bungert verwiesen, der erstmals 1954/55 als Fulbright-Stipendiat die Vereinigten Staaten besucht hatte. Von 1981 bis 1989 war Bungert zudem Präsident der Universität Regensburg. In einem 1984 für die Zeitschrift „The Funnel“ verfaßten Artikel be-

¹⁶⁸ Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner, S. 125.

¹⁶⁹ Vgl. ebd., S. 154; Füssl: Zwischen Eliteförderung und Erziehungsreform, S. 631–633.

¹⁷⁰ Vgl. hierzu auch Littmann: Der Austausch von Akademikern, S. 65: „Bemerkenswert ist freilich die Tatsache, daß oft genug die hervorragenden Wissenschaftler auch über ihr Fach hinaus als wesentliche Multiplikatoren in der Wissenschaftsverwaltung und -planung Einfluß haben.“

tonte Bungert rückblickend den nachhaltigen Einfluß der in den USA gesammelten Erfahrungen auf seinen weiteren akademischen Werdegang und die spätere Tätigkeit als Hochschulpräsident:

„Was man, was ich während des Fulbright-Jahres nicht wußte, war, daß hier die Weichen für die eigene berufliche Laufbahn gestellt wurden. Gewiß, ich beendete nach meiner Rückkehr an meine deutsche Universität meine Dissertation über einen englischen Satiriker, für die ich in Yales Bibliothek das Material gefunden hatte. Aber schon die Diplomarbeit, mit der ich das volkswirtschaftliche Studium abschloß, galt einem amerikanischen Gegenstand, der amerikanischen Außenwirtschaftspolitik. Nach Beginn der Assistentenzeit war die erste Aufsatzpublikation J. D. Salinger gewidmet, den in Europa noch kaum jemand kannte, den in Yale aber jeder Student gelesen hatte. Von Anfang an stand auch fest, daß sich die Habilitationsschrift mit einem Thema aus der amerikanischen Literatur befassen würde. So ergab sich für mich wie für so manche meiner deutschen Kollegen der Weg in die Amerikanistik und in die Amerikastudien aus dem Fulbright-Jahr. Das Land, das man als Stipendiat erlebt hatte, wurde zum Gegenstand der Forschung und Lehre. Zwar folgten zahlreiche weitere Aufenthalte in den USA, doch keiner dieser Aufenthalte brachte so viele und so vielfältige Impulse wie der erste. Als die Bildungsreform begann und als man Aufgaben in der universitären Selbstverwaltung übernahm, konnte man seine eigenen Erfahrungen aus einem anderen Bildungssystem einbringen – nicht indem man dieses nachahmen wollte, sondern indem man von dem eigenen System besser abstrahieren konnte.“¹⁷¹

Weitaus dezidierter als Bungert verwies 2002 auch der Astrophysiker und ehemalige Direktor der MPG und der AvHSt Reimar Lüst anläßlich des fünfzigjährigen Bestehens des Fulbright-Abkommens auf die fundamentale Bedeutung seiner frühen akademischen USA-Erfahrungen:

„During my stays in Chicago and Princeton [1955, S. P.] I was impressed and influenced by the American way of doing science. [...] My Fulbright year has been the most decisive in my scientific career due to the many contacts that I was able to establish in so short a time. In addition to making contacts, however, I was also able to compare the German and American university systems, and have made a point to introduce aspects of the American system to our German system with the intention of improving it.“¹⁷²

Tatsächlich hat Lüst vor wenigen Jahren als „Spiritus Rector“ („Die Zeit“) und Chairman of the Board of Governors der im Jahre 2001 nach dem Vorbild amerikanischer Campus-Universitäten eröffneten International University Bremen (IUB) (heute Jacobs University) – der zweiten privaten deutschen Universitätsgründung nach Witten-Herdecke 1980¹⁷³ – sein Engagement für eine „Amerikanisierung“ des deutschen Hochschulwesens eindrucksvoll unter Beweis gestellt.¹⁷⁴

¹⁷¹ Bungert: Rückblick, S. 6.

¹⁷² Reimar Lüst: My Personal History with the United States, in: Fulbright-Kommission: Fulbright at Fifty, S. 20. Zur Vorbildfunktion der USA für Lüst vgl. ders.: Laßt uns von Amerika lernen, in: Die Zeit vom 30. 5. 1996.

¹⁷³ Vgl. Konrad Schily: Die Universität Witten/Herdecke – noch immer (?) ein Sonderfall in der deutschen Universitätslandschaft, in: Breinig/Gebhardt/Ostendorf: Das deutsche und das amerikanische Hochschulsystem, S. 67–86.

¹⁷⁴ Vgl. Michael Schwelien: Good Morning, Bremen!, in: Die Zeit vom 30. 10. 2003. Zur Gründungsgeschichte der IUB vgl. u. a. John B. Boles: The History of International University Bremen: From Idea to Reality, 1997–2001, in: Raymond O. J. Wells Jr. (Hg.): The Founding of International University Bremen: Perspectives for the Twenty-first Century, Bremen 2003, S. 112–158; Max Kaase: Die International University Bremen (IUB) – ein deutsches Hochschulexperiment, in: Kimmich/Thumfart: Universität ohne Zukunft?, S. 183–202. Zu Lüsts Rolle als Wissenschaftsorganisator vgl. auch Reimar

3. „Brain Drain“: Das Problem der Abwanderung deutscher Wissenschaftler in die USA

Ein bedeutender Nebeneffekt des akademischen Austauschs mit den Vereinigten Staaten war (und ist bis heute) die Abwanderung – der sogenannte Brain Drain – deutscher Wissenschaftler in die USA. Die überwiegend positiven Erfahrungen mit dem amerikanischen Universitäts- und Wissenschaftssystem und das dadurch vermittelte Bild der Vereinigten Staaten als wissenschaftliches „Mekka“ hatte dazu geführt, daß vor allem junge Nachwuchswissenschaftler, die mit den Karriere- bzw. Forschungsmöglichkeiten in der Bundesrepublik unzufrieden waren, ihr Glück jenseits des Atlantiks suchten. Was aber ist mit dem Begriff des Brain Drain konkret gemeint? Eine brauchbare Definition gab schon 1968 der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Walter Adams im Vorwort einer unter dem Titel *The Brain Drain* veröffentlichten Aufsatzsammlung:

„What is the brain drain? The term itself is loaded, pejorative, suggestive of loss of a vital resource, without compensation. This interpretation is supported by illustrations that seem to show that human capital, as strategic resource, is flowing out of economies where it can make the greatest contribution to human welfare, and into economies already well-supplied with trained, capable, scientific and administrative personal.“¹⁷⁵

Das unangefochtene Epizentrum dieser geistigen Migrationswelle während des hier untersuchten Zeitraums waren die USA. Nirgendwo sonst schienen im Bereich von universitärer Bildung und Forschung derart ausgezeichnete Rahmenbedingungen vorhanden zu sein. In einem 1967 in der „Deutschen Universitäts-Zeitung“ veröffentlichten Artikel hieß es hierzu:

„Die Qualität und zahlenmäßige Überlegenheit der amerikanischen Wissenschaftler, die Vorzüglichkeit – und in einigen Fällen die Einmaligkeit – vieler Forschungsinstitute der USA, und der durch ihren großen Reichtum ermöglichte finanzielle Anreiz – all dies wirkt dahin, daß Amerika auch weiterhin eine starke Anziehungskraft auf die Talente Europas ausüben wird.“¹⁷⁶

Selbstverständlich handelte es sich im Fall des Brain Drain nicht allein um ein europäisches, sondern um ein globales Phänomen. Allein zwischen 1949 und 1961

Lüst/Paul Nolte: Der Wissenschaftsmacher. Reimar Lüst im Gespräch mit Paul Nolte, München 2008.

¹⁷⁵ Walter Adams (Hg.): *The Brain Drain*, New York 1968, S.1.

¹⁷⁶ Austausch von Wissenschaftlern innerhalb Europas, in: DUZ 9 (1967), S.26. Diese Abwanderung wurde selbstverständlich auch als Gefahr für den Wissenschaftsstandort (West-)Europa angesehen: „Europäische Wissenschaftler wandern weiterhin in starkem Maße in die Vereinigten Staaten ab. Wie aus einer Ende August dieses Jahres veröffentlichten Antwort der Europäischen Kommission auf eine Anfrage im Europa-Parlament hervorgeht, verlieren die meisten EWG-Länder jährlich zehn bis 20 Prozent ihrer frisch ausgebildeten Ingenieure. Besonders stark ist der ‚Aderlaß‘ in den Niederlanden, in der Bundesrepublik und in Großbritannien. Aus Frankreich wandern dagegen weniger Wissenschaftler ab. [...] Diese Einwanderungsbewegung europäischer Wissenschaftler in die Vereinigten Staaten hat nicht nur für die betroffenen Länder, sondern für den alten Kontinent insgesamt folgenden Effekt: Verlust geistiger Substanz, Verlust kreativer Kräfte und Verlust wertvoller Mitglieder der wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Führungsschicht“ (ebd., S.25).

wanderten weltweit rund 43 000 Wissenschaftler und hochqualifizierte Ingenieure in die Vereinigten Staaten ab.¹⁷⁷ Die Mehrzahl stammte aus Asien, gefolgt von Afrika, Südamerika und schließlich (West-)Europa, wo die Bundesrepublik nach Großbritannien durchschnittlich an zweiter Stelle der Herkunftsländer lag.¹⁷⁸

Exakte Zahlen über den quantitativen Gesamtumfang der nach 1945 aus Deutschland ausgewanderten Wissenschaftler liegen nicht vor. In einer im Auftrag der Kultusministerkonferenz (KMK) 1954 erstellten Erhebung über den Auslandsaufenthalt deutscher Wissenschaftler und Assistenten konnten für den Zeitraum von 1945 bis 1953 insgesamt 32 Universitätsangehörige (davon 17 Ordinarien, 14 Nichtordinarien und ein Gastprofessor) und 15 Mitglieder Technischer Hochschulen (davon zehn Ordinarien, drei Nichtordinarien und zwei Assistenten) ermittelt werden, die – wie es in dem Bericht hieß – „Deutschland ganz verloren gingen“.¹⁷⁹ In dieser Statistik nicht erfaßt waren die Universitäten Berlin (FU), Heidelberg und Tübingen, die zahlenmäßig nicht unerhebliche Gruppe der unmittelbar nach Kriegsende von den Besatzungsmächten zwangsverpflichteten Wissenschaftler und all diejenigen Personen, die unmittelbar nach Erlangung ihres Diploms bzw. nach Abschluß der Promotion den Weg ins Ausland nahmen. Die Dunkelziffer darf somit weitaus höher veranschlagt werden.

Dennoch sind die Ergebnisse des KMK-Berichts hinsichtlich der wissenschaftlichen Attraktivität der USA höchst aufschlußreich. So verließen sechs der angeführten 32 Universitätsangehörigen Deutschland noch vor der Währungsreform 1948, allein fünf davon (allesamt Nichtordinarien) gingen in die USA. Von den restlichen 26 Wissenschaftlern wanderte in der Folgezeit genau die Hälfte (acht Ordinarien und fünf Nichtordinarien) in die Vereinigten Staaten aus, gefolgt von der Schweiz mit drei planmäßigen Professoren.¹⁸⁰ Im Fall der fünfzehn Angehörigen Technischer Universitäten waren insgesamt dreizehn nach Amerika emigriert, davon bemerkenswerterweise allein neun bereits vor der Währungsreform. Zusammengekommen hatten sich damit 74% der in dem damaligen KMK-Bericht erfaßten Wissenschaftler für die Vereinigten Staaten als künftigen Wirkungsort entschieden.¹⁸¹

Einen weiteren, wenn auch gleichfalls lückenhaften Anhaltspunkt hinsichtlich des quantitativen Ausmaßes des frühen Brain Drain in die USA bietet ein 1962 unter dem Titel *Scientific Manpower from Abroad* veröffentlichter Bericht der amerikanischen National Science Foundation.¹⁸² In diesem gibt für den Zeitraum

¹⁷⁷ Vgl. Adams: *The Brain Drain*, S. 1.

¹⁷⁸ Vgl. die Angaben für das Jahr 1962 bei Brinley Thomas: *Modern Migration*, in: Adams: *The Brain Drain*, S. 29–49, hier S. 38 Tabelle III.

¹⁷⁹ BayHStA, MK 68844, Bericht über den Aufenthaltsort deutscher Hochschullehrer und Assistenten vom 22. 2. 1954.

¹⁸⁰ Ebd.

¹⁸¹ Ebd.

¹⁸² National Science Foundation: *Scientific Manpower from Abroad*, NSF 62–63, Washington D.C. 1962. Vgl. in diesem Zusammenhang auch BayHStA, MK 68769, Abschrift eines Schreibens der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Washington, an das Auswärtige Amt, Bonn, vom 25. 10. 1962. Betreff: Bericht über die in den Vereinigten Staaten lebenden Wissenschaftler und Ingenieure: „Unter insgesamt 4087 Wissenschaftlern und Ingenieuren, die in den Jahren 1953–1958 unter dem sogenannten ‚First Prefe-

vom 1. Juli 1956 bis zum 30. Juni 1961 eine Tabelle über die Herkunftsländer derjenigen Natur- und Ingenieurwissenschaftler Auskunft, die weder aus den Vereinigten Staaten selbst stammten noch ihre Ausbildung dort erhalten hatten. Von den insgesamt 24 342 in diesem Jahrfünft eingewanderten Wissenschaftlern kamen 2 125 und damit knapp 9% aus Deutschland. Hierbei handelte es sich überwiegend um Ingenieurwissenschaftler (1 506), gefolgt von Chemikern (351), Physikern (170), Mathematikern (30) und sonstigen Naturwissenschaftlern (68).¹⁸³

Folgt man damaligen Schätzungen, so ist davon auszugehen, daß rund 6 000 Naturwissenschaftler und Ingenieure zwischen 1949 und 1966 Deutschland in Richtung USA verließen.¹⁸⁴ Berücksichtigt man in diesem Zusammenhang noch die sicherlich niedrigere, jedoch nicht näher bekannte Abwanderungsquote in den übrigen wissenschaftlichen Disziplinen, d.h. vor allem in den Geistes-, Sozial-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, wird nachvollziehbar, weshalb das Phänomen des Brain Drain in der Bundesrepublik mit zunehmender Sorge beobachtet wurde: Die besten Köpfe schienen dem Land den Rücken zu kehren.¹⁸⁵

Tatsächlich stand man in Westdeutschland nach 1945 vor einem doppelten Dilemma. Wie oben bereits dargelegt, hatten der deutschen Wissenschaft bereits die Vertreibungsmaßnahmen der Nationalsozialisten einen schweren Schlag versetzt. Hinzu kamen die materiellen und personellen Verluste infolge des Krieges, ja der Wegfall ganzer Universitätsstandorte durch die Gebietsabtretungen im Osten (z.B. Breslau, Danzig, Königsberg) und die Teilung Deutschlands in zwei Staaten (z.B. Berlin, Dresden, Leipzig, Greifswald, Halle, Jena, Rostock). Kein europäischer Wissenschaftsstandort hatte nach Kriegsende mit derart gravierenden Problemen zu kämpfen wie die 1949 gegründete Bundesrepublik.¹⁸⁶ Die mit Beginn der fünfziger Jahre einsetzende Abwanderungsbewegung in die USA wog daher um so schwerer. „Besonders bedenklich stimmt dabei [...] die Tatsache“, wie es Klaus Haefner aus der Perspektive des Jahres 1967 formulierte, „daß bevorzugt überdurchschnittliche Kräfte das Land verlassen. Sie sind es, die wissenschaftlich interessante Angebote von guten ausländischen Teams erhalten oder aufgrund ihrer Zeugnisse Stipendien bekommen, um ins Ausland zu gehen.“¹⁸⁷

rence Quota System‘ in die Vereinigten Staaten einwanderten, stehen die deutschen mit 556 Personen an der Spitze. [...]. Unter den 631 Mitgliedern der National Academy of Science wurden 109 Wissenschaftler im Ausland geboren und ausgebildet, 42 wurden im Ausland geboren und genossen ihre Ausbildung in den Vereinigten Staaten. In diesen beiden Gruppen nimmt Deutschland mit 25 Personen den ersten Platz ein.“

¹⁸³ Die Angaben erfolgen hier nach BayHStA, MK 68680 (o. Nr.), Beilage zur Erklärung der Kultusministerkonferenz zur Abwanderung deutscher Wissenschaftler ins Ausland vom 5./6.3.1963 (Statistische Unterlagen), sowie nach Claus Müller-Daehn: Die Abwanderung deutscher Wissenschaftler ins Ausland, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 12/6 (1964), S.233.

¹⁸⁴ Vgl. hierzu die Schätzung von Klaus Haefner: Wie können wir deutsche Wissenschaftler aus dem Ausland zurückgewinnen?, in: Freiburger Universitätsblätter 18 (1967), S.61.

¹⁸⁵ Vgl. hierzu Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner, S.151–154.

¹⁸⁶ Ash: Wissenschaft und Wissenschaftsaustausch, S.637.

¹⁸⁷ Haefner: Wie können wir deutsche Wissenschaftler aus dem Ausland zurückgewinnen?, S.61.

Schon in den ersten Nachkriegsjahren war ein merkwürdiges Doppelspiel der amerikanischen Besatzungsmacht zu beobachten gewesen, das unter der deutschen Hochschullehrerschaft einen gewissen Unmut hervorgerufen hatte. Dabei ging es um die gezielte Abwerbung insbesondere solcher Wissenschaftler, die kurz zuvor im Zuge der alliierten Entnazifizierungsmaßnahmen aus ihren Ämtern entlassen worden waren. Ein im Februar 1947 in der „Göttinger Universitäts-Zeitung“ unter dem Titel *Einladung in die USA* erschienener Artikel formulierte deshalb den wohl nicht gänzlich abwegigen Verdacht, daß die von amerikanischer Seite angeordneten Entnazifizierungswellen auch dafür genutzt worden seien, bis dato vermeintlich unbescholtene Wissenschaftler gezielt aus Deutschland abzuführen:

„An vielen Hochschulen der angelsächsischen Zonen wurden unmittelbar nach Kriegsende, ohne äußeren Anstoß, die sehr wohl bekannten Aktivisten des Nationalsozialismus ausgeschieden. Es war eine ehrliche Aktion, auf die wir schon lange gewartet hatten. [...] Unter diesem Aspekt wird man uns verzeihen, wenn wir heute das, was unter der Devise ‚Entnazifizierung‘ in letzter Zeit alles an manchen deutschen Hochschulen inszeniert wurde, nur mit offener Entrüstung betrachten können. Nach der oben erwähnten Spontan-Entnazifizierung, die zweifellos die Richtigen traf, blieben viele Hochschullehrer im Amt oder wurden mit Einsetzen der ‚amtlichen‘ Entnazifizierung vorübergehend ihrer Stelle enthoben. Meist handelte es sich um formale ‚Zugehörigkeit‘ zu Verbänden. Sie alle hofften, ihre Tätigkeit fortsetzen und ihre Institute langsam wieder arbeitsfähig machen zu können für Forschung und Lehre. Ein neue Welle solcher ‚amtlichen‘ Entlassungen erfolgte plötzlich zuerst in München (33 Professoren und 60 Assistenten), dann an anderen Orten und nunmehr in Erlangen (76 Professoren und 60 Assistenten und Hilfskräfte). Sie hat sehr ernste Debatten über Sinn und Unsinn der Entnazifizierung und lebhafte Erinnerungen an die Gepflogenheiten des Dritten Reiches ausgelöst. Zu den Professoren, die von den genannten Maßnahmen betroffen worden sind, zählen Männer, über deren völlige Ablehnung des Nationalsozialismus für uns nie ein Zweifel möglich war. In diese neue Unruhe und Verbitterung, die durch die Bedrohung der Arbeit namhafter Forscher und der Existenz ihrer Familien ausgelöst wurde, kommen die [...] Einladungen offizieller Stellen in die USA. Wie sehr wir es gerade jenen nach unserer Überzeugung zu Unrecht betroffenen Kollegen wünschen, daß sie ihre Arbeit in einer besseren, der Wissenschaft günstigeren Atmosphäre fortführen mögen, so sehr bedauern wir es, daß sie hier verdammt und ihrer Stellung enthoben – dort ihrer Fähigkeit wegen gesucht werden.“¹⁸⁸

Auch in den 1950er Jahren gingen die amerikanischen Abwerbungsversuche weiter. Sogenannte Special Project Teams, deren genaue Zuordnung und rechtliche Stellung weitgehend im unklaren blieb, beobachteten die Entwicklung an deutschen Universitäten und Forschungsinstituten, kontaktierten dort gezielt junge Nachwuchswissenschaftler und unterbreiteten diesen verlockende Angebote bezüglich der Arbeits- und Lebensbedingungen in den USA. Gleichzeitig wurden auch akademische Amerika-Reisende, die gerade als Stipendiaten die Vereinigten Staaten besuchten, mehr oder weniger diskret darauf aufmerksam gemacht, daß durchaus die Möglichkeit zum unbürokratischen Erhalt eines Einwanderungsvismums bestünde.¹⁸⁹ Gemäß den damaligen amerikanischen Forschungsschwerpunkten wurden solche Angebote vor allem, wie die Auswandererstatistiken belegen, an Natur- und Ingenieurwissenschaftler herangetragen. Nach offiziellen deutschen

¹⁸⁸ BayHStA, MK 68572, Göttinger Universitäts-Zeitung, Nr. 6, 21.2.1947. Vgl. hierzu auch Gimbel: Science, Technology, and Reparations, S. 175–193; Stokes: Technologie, S. 504–506; Ash: Wissenschaft und Wissenschaftsaustausch, S. 634–637.

¹⁸⁹ Vgl. Müller-Daehn: Die Abwanderung deutscher Wissenschaftler, S. 234f.

Protesten gegen diese gezielte Form der Abwerbung wurden Rückkehrverpflichtungsklauseln in die jeweiligen Stipendien- bzw. Austauschprogramme mit aufgenommen, die den Stipendiaten eine erneute Einreise in die USA erst wieder zwei Jahre nach ihrer Rückkehr in die Bundesrepublik erlauben sollten. Erwartungsgemäß stießen die deutschen Bedenken gegen die Abwerbungsversuche bei den Amerikanern eher auf Unverständnis, da diese ihr Vorgehen als Teil eines weltweiten wissenschaftlichen Wettbewerbs um die besten Köpfe ansahen.¹⁹⁰ Gerade US-Firmen und Konzerne setzten daher ihre Talentjagd an deutschen und amerikanischen Hochschulen unvermindert fort.¹⁹¹

Seitens der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) zeigte man sich über die möglichen Auswirkungen dieses ungleichen Wettbewerbs auf die Entwicklung von Forschung und Lehre in der Bundesrepublik in höchstem Maße besorgt, ohne dabei – wohl aus Gründen der Zurückhaltung gegenüber HICOG – auf die Rolle der USA direkt einzugehen. Auf ihrer Tübinger Tagung vom 3. Januar 1951 forderten die Rektoren die Bereitstellung neuer Diätendozenturen sowie planmäßiger Assistentenstellen, um künftig junge Nachwuchswissenschaftler vermehrt für den Beruf des Hochschullehrers gewinnen und damit deren Wechsel in die Wirtschaft bzw. deren Abwanderung ins Ausland eindämmen zu können. „Denn die geeigneten Kräfte“, wie es hierzu in der WRK-Entschließung hieß,

„sind heute und in Zukunft für die Hochschularbeit nur zu gewinnen, wenn sie für die Zeit der Vorbereitung auf das Amt des Hochschullehrers und für die ersten Jahre der akademischen Wirksamkeit eine ausreichende finanzielle Hilfe und für die Dauer dieser Zeit auch eine rechtliche Anerkennung ihrer Berufsarbeit erwarten können. [...] Solange aber für viele Anwärter eine solche Regelung nicht besteht, wird der Abzug aus der Hochschularbeit unvermeidlich sein. In den naturwissenschaftlichen, wirtschaftswissenschaftlichen und technischen Berufen ist aus leicht begreiflichen Gründen diese Abwanderung zum Schaden von Forschung und Lehre bereits offensichtlich.“¹⁹²

In seiner Funktion als Standesvertretung der westdeutschen Hochschullehrerschaft widmete sich auch der 1950 gegründete Hochschulverband der Abwanderungsproblematik, die – wie schon von den Rektoren – vornehmlich unter dem Gesichtspunkt des Nachwuchsmangels gesehen wurde. Auf ihrem dritten Verbandstag (28.6.1953) beklagten die in Stuttgart versammelten Hochschullehrer den Umstand, daß „sich in vielen Fächern die besten jüngeren Kräfte kaum bereit finden, den Hochschullehrerberuf zu wählen [...]“, und es in bestimmten Disziplinen mittlerweile beinahe unmöglich geworden sei, „Lehrstühle überhaupt noch zu besetzen“.¹⁹³

¹⁹⁰ Ebd.

¹⁹¹ Vgl. US-Firmen werben ausländische Wissenschaftler an. Bundesrepublik um Eindämmung der Abwanderung bemüht, in: DUZ 4 (1963), S. 32: „Immer mehr amerikanische Gesellschaften versuchen, Wissenschaftler und Ingenieure aus Übersee für sich zu gewinnen. Bedingt durch den Spezialistenmangel in den Vereinigten Staaten inserieren sie nicht nur in ausländischen Zeitungen, sondern schicken auch Beauftragte aus, die in Europa auf Talentjagd gehen. Ausländer, die an den amerikanischen Colleges und Universitäten studieren, werden heftig umworben. Viele Firmen finden dabei ein williges Ohr für ihre verlockenden Angebote, denn sie können meist weit bessere Gehälter zahlen als die Unternehmen der Heimatländer.“

¹⁹² Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, S. 47.

¹⁹³ Ebd., S. 105f.

Um dieser Entwicklung künftig Einhalt gebieten zu können, müsse die wirtschaftliche Absicherung des wissenschaftlichen Nachwuchses bis zur Erlangung einer Professur gewährleistet und dessen Arbeitsbedingungen deutlich verbessert werden. Der Hochschulverband wünschte, daß „Assistenten und Privatdozenten hinreichend Gelegenheit haben, selbständig zu forschen“.¹⁹⁴ Damit hatte der Hochschulverband ganz offensichtlich Punkte aufgegriffen, die als zentrale Defizite des deutschen Systems auch in den Erfahrungsberichten der US-Stipendiaten immer wieder kritisiert worden waren.¹⁹⁵

Obleich die vergleichsweise frühen Warnungen der WRK (1951) und des Hochschulverbands (1953) in den Kultusministerien der Bundesländer aufmerksam registriert wurden¹⁹⁶, avancierte die Problematik der Abwanderung deutscher Wissenschaftler ins Ausland erst mit Beginn der Hochschulreformperiode um 1960 zu einem wirklichen Top-Thema. Ein wesentlicher Grund für diese verzögerte Reaktion darf in dem Umstand gesehen werden, daß das quantitative Ausmaß der Abwanderung – wie die oben angeführten Zahlen belegen – erst in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre deutlich zugenommen hatte.¹⁹⁷ Schließlich kam es aufgrund einer gemeinsamen Initiative des Auswärtigen Amtes und der KMK am 21. September 1961 zur Gründung der „Vermittlungsstelle für deutsche Wissenschaftler im Ausland“.¹⁹⁸ Neben der koordinierten und damit kontrollierten Vermittlung deutscher Hochschullehrer an ausländische Hochschulen sowie deren finanzieller Unterstützung durch die Gewährung von Reisekostenzuschüssen und monatlichen Ausgleichszahlungen bestand eine der der Vermittlungsstelle zugeordneten Hauptaufgaben auch in der Rückgewinnung bereits abgewanderter deutscher Wissenschaftler.¹⁹⁹

Wie eng die Auseinandersetzung um das Phänomen des Brain Drain mit der Hochschulreformdiskussion in der Bundesrepublik verknüpft war, belegt exemplarisch ein im Jahre 1961 vorgelegtes Memorandum der Stadt und des Universitätsvereins Regensburg, in dem die Gründung einer vierten bayerischen Landesuniversität in der oberpfälzischen Bezirksmetropole gefordert wurde.²⁰⁰ Zu den Ursachen für die im Memorandum beschriebene Krise des deutschen Universitätssystems hieß es dort einleitend:

„Die deutsche Universität, früher führend und anerkannt in der Welt, hat in den vergangenen dreißig Jahren sehr schwere Rückschläge erlitten. Eine zwölfjährige Diktatur hat die

¹⁹⁴ Ebd.

¹⁹⁵ Vgl. Kapitel V.2.

¹⁹⁶ Als Beleg hierfür vgl. BayHStA, MK 68844, Bericht über den Aufenthaltsort deutscher Hochschullehrer und Assistenten (22.2.1954).

¹⁹⁷ Vgl. Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner, S. 151f.

¹⁹⁸ Zur Gründung und Tätigkeit der „Vermittlungsstelle für deutsche Wissenschaftler im Ausland“ vgl. BayHStA, MK 68845, Hanns-Albert Steger: Memorandum zur Frage der Berufung wissenschaftlicher Lehrpersonen ins Ausland und ihrer Sicherstellung bei der Rückkehr (26.11.1959); DAAD: Deutscher Akademischer Austauschdienst 1925–1975, S. 96f.

¹⁹⁹ Ebd., S. 97. Vgl. in diesem Zusammenhang auch den Artikel: Deutsche Wissenschaftler im Ausland. Die Vermittlungsstelle berichtet zum erstenmal über ihre Tätigkeit, in: DUZ 1 (1966), S. 31f.

²⁰⁰ BayHStA, MK 68586, Stadt Regensburg, Universitätsverein Regensburg (Hg.): 4. Landesuniversität in Regensburg, Regensburg 1961.

freie Forschung in Deutschland gehemmt. Der Kontakt zum Auslande wurde unterbrochen. Nach dem Ende des Krieges waren viele Einrichtungen zerstört, vielen Hochschullehrern wurde Forschungsverbot auferlegt und wiederum verlor die deutsche Wissenschaft durch Abwanderung, da im Ausland ungleich bessere Forschungs- und Arbeitsbedingungen zu finden waren, ein Zustand, der auch heute noch besteht. [...]. Die ausländische Wissenschaft ist also der deutschen heute weit überlegen, wenn es auch oft in Deutschland erarbeitete Grundlagen oder aus Deutschland kommende Gelehrte waren, die dort wichtige Entwicklungen einleiteten.“²⁰¹

Als Hauptgrund für den Abwanderungstrend identifizierte das Memorandum die Überfüllung der westdeutschen Universitäten, die zu kaum erträglichen Arbeitsbedingungen für Studenten und Hochschullehrer geführt habe. Deshalb sei eine Regensburger Neugründung zur Entzerrung der Lage unabdingbar.²⁰²

Diese Argumentation wurde mit Beginn der 1960er Jahre in zunehmendem Maße auch von der KMK übernommen. Durch den Ausbau der Hochschulkapazitäten (noch nicht zwingend durch Neugründungen), der automatisch eine Vermehrung der Stellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen nach sich ziehen würde, sollte auch dem Phänomen des Brain Drain der Boden entzogen werden. In ihrer Erklärung zur *Abwanderung deutscher Wissenschaftler ins Ausland* vom 6. März 1964 wies die Kultusministerkonferenz explizit auf diesen Zusammenhang hin:

„Die Kultusminister und -senatoren haben mit Aufmerksamkeit die Auseinandersetzung über die Abwanderung deutscher Wissenschaftler ins Ausland, die Schwierigkeiten ihrer Rückgewinnung und die Unterschiedlichkeit der Arbeitsbedingungen an den wissenschaftlichen Hochschulen der Bundesrepublik im Vergleich zu anderen Ländern, insbesondere den Vereinigten Staaten, verfolgt. Aufgrund sorgfältiger Untersuchungen der Gesamtverhältnisse und nach Überprüfung des vorliegenden Zahlenmaterials stellen die Kultusminister und -senatoren fest: Die Abwanderung deutscher Wissenschaftler ins Ausland hatte in den Notjahren nach Kriegsende einen bedrohlichen Umfang angenommen. Mit dem Wiederaufbau und Ausbau der deutschen Forschungsstätten ist jedoch die Zahl der auf Dauer in das Ausland abwandernden Wissenschaftler immer mehr gesunken. Wenn der von den Kultusministerien mit Nachdruck geforderte weitere Ausbau der Hochschulen und Institute besonders auf naturwissenschaftlichem, medizinischem und technischem Gebiet fortgeführt wird, so werden solche Maßnahmen dazu führen, daß die Abwanderung mehr und mehr in den normalen und begrüßenswerten Austausch von Forschern zwischen den wissenschaftlich führenden Ländern übergeht.“²⁰³

Diese Stellungnahme der KMK ist ein deutlicher Beleg für den im Rahmen der vorliegenden Studie postulierten Konnex von akademischem Austausch, Brain Drain und dem Bemühen um eine Hochschulreform in der Bundesrepublik Deutschland.²⁰⁴ Die Erfahrungsberichte von USA-Rückkehrern spielten eine

²⁰¹ Ebd., S. 9.

²⁰² Vgl. ebd.

²⁰³ BayHStA, MK 68680, Erklärung der Ständigen Konferenz der Kultusminister zur Abwanderung deutscher Wissenschaftler ins Ausland vom 5./6. 3. 1964.

²⁰⁴ Damit ist allerdings nicht gemeint, daß der akademische Austausch mit den USA automatisch einen Massenexodus von Wissenschaftlern zur Folge gehabt hätte. Gleichwohl waren die in den USA von deutschen Wissenschaftlern gesammelten Erfahrungen maßgeblich dafür verantwortlich, das Bild der USA als des weltweit führenden Wissenschaftsstandortes in Deutschland zu verfestigen. Vgl. hierzu den Artikel „Führt Wissenschaftler-Austausch zur Abwanderung?“, in: DUZ 3 (1966), S. 33f.

kaum zu überschätzende Rolle bei der Sensibilisierung der deutschen Öffentlichkeit für die Defizite des eigenen und die vermeintlichen bzw. tatsächlichen Vorteile des amerikanischen Universitäts- und Wissenschaftssystems. Sehr deutlich zeigte sich dieses Kausalverhältnis auf einer am 6. Oktober 1964 in Essen vom Stifterverband für die deutsche Wissenschaft zum Thema *Fluktuation deutscher Wissenschaftler* ausgerichteten Tagung, an der hochkarätige Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft teilnahmen.²⁰⁵ Sowohl das Eingangsreferat des damaligen DAAD-Präsidenten Emil Lehnartz als auch das Koreferat des DFG-Vertreters Claus Müller-Daehn widmeten sich dem Phänomen der akademischen Abwanderung aus der Bundesrepublik. Für beide Vortragenden darf aufgrund ihrer Tätigkeit bei den von ihnen vertretenen Wissenschaftsorganisationen die Kenntnis entsprechender Erfahrungsberichte vorausgesetzt werden. Folglich nahmen auch beide Referate exakt zu den Kritikpunkten Stellung, die in den oben exemplarisch vorgestellten Schilderungen der Fulbright-Stipendiaten immer wieder angeführt wurden.²⁰⁶ Beispielsweise wandte sich Lehnartz im Rahmen seiner Ausführungen gegen die Annahme, allein finanzielle Aspekte seien für die Abwanderungsbewegung ausschlaggebend und betonte statt dessen die vergleichsweise ausgezeichneten materiellen und auch sozialen Arbeitsbedingungen speziell an amerikanischen Hochschulen:

„Selbstverständlich spielt die materiell-wirtschaftliche Gesamtsituation in manchen Fällen – und hier besonders für bestimmte Stufen des Hochschullehrerberufs [...] – eine Rolle. Ich bin jedoch der Meinung, daß andere Aspekte entscheidendere Bedeutung für die Abwanderung in den ausländischen, im wesentlichen nordamerikanischen Hochschulbereich haben: die größere Freiheit auch für noch junge Forscher an den dortigen Universitäten, die damit verbundene größere Selbstständigkeit und Selbstverantwortlichkeit sowie das engere Zusammenarbeiten im Team (vor allem auch über die Fachgrenzen hinaus in Neuland vorstoßend).“²⁰⁷

Lehnartz' abschließender Appell an die Versammelten war unmißverständlich: „Die Universitätsatmosphäre, das Hochschulklima muß sich bei uns ändern, es muß sich bessern.“²⁰⁸

In ähnlicher Form verwies auch Müller-Daehn in seinem Referat auf die andersartigen wissenschaftlichen Organisationsstrukturen in den USA, die dem forschenden Individuum nicht nur größere Freiräume, sondern auch die Möglichkeit zum „Team Work“ böten. Demgegenüber würden die hierarchischen Strukturen an den westdeutschen Universitäten oftmals als hemmend empfunden:

„Man tritt in den USA den Dingen offenbar ganz anders gegenüber, und man hat dort früher als bei uns erkannt, daß in den vergangenen 20 Jahren nicht nur eine wissenschaftliche Entwicklung großen Ausmaßes stattgefunden hat, sondern daß darüber hinaus die Formen des wissenschaftlichen Lebens überhaupt sich verändert haben. [...]. Der qualifizierte Wissenschaftler wird anders eingeschätzt als vor 30 Jahren, er hat seinen Marktwert erkannt.

²⁰⁵ Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Hg.): *Fluktuation deutscher Wissenschaftler. Institutioneller Austausch – Privater Wechsel der Wirkungsstätte*. VIII. Gespräch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft (Essen, 6. 10. 1964), Essen 1965.

²⁰⁶ Vgl. Kapitel V.2.

²⁰⁷ Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft: *Fluktuation deutscher Wissenschaftler*, S. 5.

²⁰⁸ Ebd.

[...]. Und wer will es dem Forscher verdenken, daß er sich selbst auch dieses Wertes stärker bewußt geworden ist. Junge Wissenschaftler sehen bei aller Anerkennung und Wertschätzung großer Lehrerpersönlichkeiten ihr Lebensziel weniger darin, in der Geborgenheit patriarchisch regierter Institute und im Schatten großer Männer aufzuwachsen, als in verantwortlicher und selbstständiger Arbeit gemeinsam mit erfahrenen Kollegen ihre Fähigkeiten zu erproben und zu entfalten. Der junge Wissenschaftler weiß, daß er, wenn er qualifiziert ist, sicher an irgendeiner Stelle gebraucht und estimiert wird, selbst wenn dies nicht im eigenen Lande der Fall sein sollte. Und wer sollte ihm das übelnehmen?“²⁰⁹

Anschließend ging auch Müller-Daehn auf die eigentliche Grundsatzfrage ein, nämlich welche konkreten Motive einen jungen Wissenschaftler überhaupt dazu veranlassen würden, in die USA abzuwandern. Nach seiner Ansicht waren hierfür zwei Gründe ausschlaggebend: Erstens der höhere Lebensstandard und zweitens die im Vergleich zu Europa bzw. Deutschland weitaus günstigeren Forschungs- und Karrieremöglichkeiten. Dabei bezog sich der Vertreter der DFG ganz explizit auf entsprechende Aussagen in Erfahrungsberichten von Stipendiaten in den USA.²¹⁰ Nichtsdestotrotz hob Müller-Daehn auch hervor, daß bereits erste Schritte eingeleitet worden seien, um dem Abwanderungstrend entgegenzutreten. So habe sich zwischen 1960 und 1965 allein die Zahl der Lehrstühle von 3 101 auf 3 906 und damit um mehr als 800 erhöht sowie die Zahl der Assistenten- und Oberassistentenstellen von 9 449 auf 14 126, was einen Zuwachs von 4 677 Stellen bedeutete.²¹¹ Zudem sei an den heimischen Universitäten eine wachsende Reformbereitschaft festzustellen, die unmittelbar auf den Einfluß ehemaliger USA-Stipen-

²⁰⁹ Ebd.

²¹⁰ Vgl. hierzu ebd., S. 9f.: „Und hier wörtlich einige der Argumente, die mir auf meine Bitte junge Wissenschaftler schriftlich formuliert aus den Staaten und aus Deutschland zugeschickt haben; ich zitiere:

1. Neue Arbeitsgebiete werden in Deutschland häufig nur von sehr wenigen Wissenschaftlern und in sehr kleinem Umfang betrieben, so daß Kontakt und Meinungsaustausch schwierig sind. Die aktuellen Entwicklungen kommen heute größtenteils aus den USA.

2. Da in den einzelnen Instituten in den Staaten in der Regel mehr Wissenschaftler tätig sind als in Deutschland, haben die Leiter von Forschungsvorhaben mehr Zeit für ihre Arbeit und für ihre Mitarbeiter. Man kommt leichter und rascher voran, weil die Belastungen stärker verteilt sind.

3. Die Zusammenarbeit mit Nachbarinstitutionen und -disziplinen ist leichter, selbstverständlicher. Das Interesse aneinander, die gegenseitige Unterrichtung über laufende Arbeiten, das häufige Gespräch über eigene und gemeinsame Probleme gehören zum täglichen Leben. [...].

4. Man ist in den Staaten generell beweglicher. Man kann leichter von einem Forschungsinstitut zum anderen wechseln, man ist eher bereit, einen ‚Neuen aufzunehmen‘ und in den bestehenden Arbeitskreis einzubeziehen.

5. Nachwuchskräfte und jüngere Leute erhalten drüben leichter Verantwortung, sind gleichberechtigt in den ‚teams‘ und Instituten, haben Stimm- und Mitspracherecht bei Entscheidungen, die ihre Arbeiten betreffen.

6. Die Habilitation in Deutschland hängt zu sehr vom persönlichen Verhältnis zum Habilitationsvater ab oder vom ‚Ausgewähltsein‘ überhaupt.

7. Die Stellenpläne in Deutschland sind gerade für jüngere qualifizierte Leute unzureichend.

Dazu kommen andere Gründe und rein materielle Aspekte, die Höhe des Gehalts und die allgemeinen Lebenshaltungskosten betreffend.“

²¹¹ Ebd., S. 10f.

diaten zurückgeführt werden könne: „Sind nicht neue Erfahrungen dadurch nutzbar gemacht worden und neue Impulse in Institute oder Fakultäten von diesen jungen Menschen hineingetragen worden, die doch in zahlreichen Fällen einen großen Teil ihrer Ausbildung in den USA erhalten haben?“²¹² Ohne es direkt anzusprechen, spielte Müller-Daehn mit dieser rhetorischen Frage auf die hierzulande seit 1960 (mit dem erstmaligen Erscheinen der Empfehlungen des Wissenschaftsrates) verstärkt geführte Diskussion um die Einführung des Department-systems sowie des Assistenz-Professors nach amerikanischem Vorbild an, die die Erfahrungen der USA-Rückkehrer in den deutschen Universitäten hervorgerufen habe. Gleichzeitig wird hier evident, welche offenkundige Bedeutung seitens der DFG und ähnlicher Wissenschaftsorganisationen den Erfahrungsberichten mit Blick auf notwendige Reformen im Hochschulbereich beigemessen wurde. Trotzdem warnte Müller-Daehn zu Recht vor einer übertriebenen Mythologisierung der universitären und wissenschaftlichen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten:

„Ich befürchte fast, daß neben einem Mythos, der die USA als ein Wunderland für Wissenschaftler zu qualifizieren geneigt ist, so etwas wie ein zweiter Mythos entstanden ist, der die wissenschaftlichen Institutionen der Bundesrepublik zu einer Art Danteschen Infernos für Nachwuchskräfte zu machen droht. Und diese generalisierende Vereinfachung belastet die Diskussion des Problems und setzt falsche Akzente.“²¹³

Die Essener Tagung ist ein eindrucksvoller Beleg dafür, daß die Problematik des Brain Drain auch seitens der zuständigen Landesministerien immer ernster genommen wurde, ja dort sogar zu „amerikanisch“ eingefärbten Reforminitiativen führte. Beispielsweise berichtete der damalige Vorsitzende des Hochschulausschusses der KMK und Leiter der Hochschulabteilung im bayerischen Kultusministerium, Ministerialdirigent Johannes von Elmenau, von ersten Erfahrungen, die in Bayern mit dem an der TH München neu eingerichteten Physik-Department gesammelt wurden. Tatsächlich war mit der dortigen Einführung der Departmentstruktur – auf die später noch näher einzugehen sein wird – erstmalig der Versuch unternommen worden, der in den Erfahrungsberichten akademischer USA-Reisender immer wieder geäußerten Forderung nach der Angleichung deutscher Institutsstrukturen an amerikanische Verhältnisse nachzukommen. Vergleichbare Entwicklungen zeichneten sich Mitte der 1960er Jahre auch in anderen Bundesländern ab.²¹⁴ „Es ist ihnen bekannt“, so von Elmenau mit durchaus zufriedenem Unterton,

„daß in Bayern und auch in anderen Ländern wie in Baden-Württemberg [...] neue Organisationsformen eingeführt worden sind. Zumindest gilt das für das Gebiet der Physik; es handelt sich um die sogenannten ‚departments‘. Wo diese departments eingeführt worden sind – ich selbst kann nur für die Technischen Hochschule in München sprechen –, haben sie eine ungewöhnlich attraktive Kraft entwickelt. [...]. Während wir uns in anderen bayerischen Hochschulen außerordentlich schwer tun, die Lehrstühle für Physik zu besetzen,

²¹² Ebd., S. 11.

²¹³ Ebd., S. 11. An gleicher Stelle gab Müller-Daehn folgendes zu bedenken: „Ein Chief of Department kann schließlich genau so ein Tyrann sein wie mancher deutsche Institutsdirektor, und die Antrags- und Bewilligungsbedingungen der National Science Foundation sind kaum weniger kompliziert als die der Deutschen Forschungsgemeinschaft.“

²¹⁴ Siehe hierzu Kapitel VII.2.

scheint es möglich zu sein, hier eine Gruppe Genies zu sammeln. Hier ist die Möglichkeit ausgezeichneten team works gegeben, und dieses team work gilt es von Verwaltungsseite zu fördern.“²¹⁵

Neben einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs durch Strukturreformen auf Institutsebene wurde in Essen auch die Frage nach dem Sinn der Habilitation angeschnitten, in der einige Anwesende einen weiteren Grund für den Abwandlungstrend in die USA sahen. Beispielsweise war für den Bonner Geographen Carl Troll die in Deutschland gängige Praxis dafür verantwortlich, daß Nachwuchswissenschaftler in der Regel erst im Alter zwischen 35 und 42 Jahren habilitiert seien. Bis zur Erlangung einer Professur bzw. eines Lehrstuhls vergingen dann weitere kostbare Jahre, in denen ein vergleichbarer amerikanischer Jungakademiker längst als Assistant-Professor tätig sei. „Das ist“, wie Troll feststellte, „natürlich kein sehr starker Anreiz für die akademische Laufbahn. Aus dem Fachgebiet der Meteorologie – einem Mangelberuf – ist mir zum Beispiel bekannt, daß es tüchtigen, jungen Meteorologen, die promoviert haben, in den USA sofort möglich ist, Assistant Professor zu werden.“²¹⁶ Aus diesem Grunde sei es völlig nachvollziehbar, weshalb der wissenschaftliche Nachwuchs eine aussichtsreichere Karriere in den USA anstrebe. Zudem verhindere die Habilitation eine Rückkehr bereits ausgewanderter Wissenschaftler, da einem nichthabilitierten deutschen Assistant-, Associate- oder Full-Professor an einer amerikanischen Hochschule wegen dieser Barriere in der Regel keine adäquate Position in Deutschland angeboten werden könne. „Auf diesem Gebiet“, so Trolls Forderung, „finde ich, muß eine Angleichung erfolgen [...]. Die Verhältnisse sind nun einmal zu ungleich und auch zu ungerecht.“²¹⁷ Mit dieser Meinung stand der Bonner Geograph in Essen freilich nicht alleine. Auch der Göttinger Chemiker Wilhelm Jost betonte in einer Wortmeldung die guten Karrierechancen in Übersee: „Die Vorteile, die ein junger Wissenschaftler in den USA zwischen 25 und 40 Jahren hat, sind so groß, daß sie durch alle Aussichten auf eine Besserstellung bei uns im vorgerückten Alter nicht kompensiert werden können.“²¹⁸

Insgesamt betrachtet bestand zwischen den in Essen anwesenden Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft am Ende der Tagung weitgehende Einigkeit darüber, daß das Problem der Abwanderung einzig und allein durch eine wirklich umfassende Hochschulreform gelöst werden könne – ein weiterer Beleg für die konstatierte Wechselbeziehung zwischen gesammelten Erfahrungen bei US-Auf-

²¹⁵ Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft: Fluktuation deutscher Wissenschaftler, S.15. Zur Frage der Departmentstruktur vermerkte der gleichfalls in Essen anwesende Vertreter des Münchner Max-Planck-Instituts für Physik Reimar Lüst: „Was mir besonders aufgefallen und in den Ausführungen meiner Vorredner entscheidend zu sein scheint, ist, daß man Konzentrationspunkte in wissenschaftlicher Hinsicht schaffen muß. Nur so kann man hoffen, diejenigen Wissenschaftler, die nach drüben [in die USA, S. P.] gegangen sind, zurückzuholen. Ein Weg dazu ist sicher der, den man in München an der Technischen Hochschule mit der Schaffung eines großen Departments geht“ (ebd., S.33).

²¹⁶ Ebd., S.28.

²¹⁷ Ebd.

²¹⁸ Ebd., S.33. Vgl. diesbezüglich auch die Essener Wortmeldung des Vorsitzenden des Wissenschaftsrates Ludwig Raiser ebd., S.29.

enthalten und Hochschulreform. Tatsächlich bezogen sich fast alle Teilnehmer der Essener Zusammenkunft in ihren Referaten und Wortmeldungen auf die vermeintlich attraktiveren Arbeits- und auch Lebensbedingungen in den USA. Somit läßt sich der Eindruck nicht von der Hand weisen, daß in Essen unter dem Begriff Hochschulreform primär eine Teilamerikanisierung des deutschen Hochschulsystems verstanden wurde. Für diese Annahme spricht auch die Tatsache, daß sich der Tagungsleiter und damalige Vorsitzende des 1957 eingerichteten Wissenschaftsrates, der Tübinger Jurist Ludwig Raiser, genötigt sah, auf ein grundsätzliches Problem aufmerksam zu machen, das die Auseinandersetzung bezüglich der Übertragbarkeit amerikanischer Hochschulelemente in das deutsche Universitätssystem eigentlich bis in die heutige Zeit begleitet:

„Bei manchen Diskussionsbeiträgen, die wir gehört haben, klingt ein wenig der Wunsch an: Wir wollen von den Amerikanern die Vorteile haben und ihre Nachteile vermeiden; ebenso wollen wir unsere deutschen Vorteile behalten und unsere Nachteile loswerden. An sich ist das verständlich. Aber in manchen Punkten muß man sich nach dem englischen Sprichwort halten: You cannot eat the cake and have it. Alle Dinge haben zwei Seiten. [...]. Wir haben Staatsuniversitäten und kommen aus dieser historischen Tradition nicht heraus. Diese Universitätsform hat auch Vorteile: Denken Sie an die Vorzüge der Beamtenstellung wie Altersversicherung und Vorsorge im Krankheitsfall! Wir können nicht gleichzeitig Staatsuniversitäten sein und alle Beweglichkeit von Privatuniversitäten haben, sondern wir sind hier auf einen Weg festgelegt, von dem wir nicht abweichen können. Wir müssen uns nur überlegen, welche Möglichkeiten der Elastizität innerhalb dieser vorgegebenen Grundentscheidungen vorhanden sind.“²¹⁹

Ein Jahr nach der Essener Tagung beschäftigte sich auch der Münchner Physiker und Nobelpreisträger von 1961 Rudolf L. Mößbauer eingehend mit den Ursachen des Brain Drain und den daraus resultierenden Konsequenzen für den westdeutschen Wissenschaftsstandort. Mößbauers Ansichten zu diesem zentralen Thema verdienen deshalb besondere Aufmerksamkeit, da sich in seiner Person die gesamte Problematik der Ab- und Rückwanderung deutscher Wissenschaftler manifestierte. So hatte der vormalig am California Institute of Technology lehrende Nobelpreisträger die Annahme eines Rufes an die TH München im Jahre 1964 von der oben bereits kurz erwähnten Einführung des Departmentsystems abhängig gemacht.²²⁰ Wie kaum ein anderer westdeutscher Wissenschaftler dieser Jahre kannte Mößbauer aus eigener Anschauung sowohl die mannigfachen Motive für einen Wechsel in die USA als auch die entscheidenden Beweggründe für eine eventuelle Rückkehr in die Bundesrepublik. Aus diesem Grunde wurde der Meinung des jungen Münchner Physik-Ordinarius zu Fragen der Hochschulreform bundesweit besonderes Gewicht beigemessen. Die unter dem programmatischen Titel *Strukturprobleme der deutschen Universität* erfolgte Publikation eines von Mößbauer 1965 in Bremen gehaltenen Vortrags unterstreicht dies.²²¹ Dort hob der Münchner Physiker einleitend die immense Bedeutung der akademischen Aus-

²¹⁹ Ebd.

²²⁰ Vgl. hierzu Johannes von Elmenau: Im Geist der Zusammenarbeit. Das Physik-Department an der TH München und die Rückkehr Rudolf L. Mößbauers, in: DÜZ 5 (1964), S. 3f.

²²¹ Rudolf L. Mößbauer: *Strukturprobleme der deutschen Universität*, Bremen 1965.

landserfahrung hervor.²²² In dieser sah Mößbauer, trotz der unbestrittenen Problematik des Brain Drain, eine unabdingbare Bereicherung für den deutschen Wissenschaftsbetrieb, nicht zuletzt mit Blick auf notwendige Reformen in diesem Bereich: „Die Fülle der von deutschen Wissenschaftlern und Ingenieuren im Ausland gesammelten Erfahrungen ist bei ihrer Nutzbarmachung und Anpassung auf unsere einheimischen Verhältnisse von unschätzbaren Wert.“²²³ Ferner stand für Mößbauer außer Zweifel, daß eine bloße Stellenvermehrung auf Assistenten- und Professorenebene, wie beispielsweise von der WRK favorisiert, den Abwanderungstrend weder aufhalten noch eine Rückwanderungsbewegung in Gang setzen werde. Das Hauptaugenmerk müsse statt dessen, entsprechend dem Fazit der vom Stifterverband für die deutsche Wissenschaft im Vorjahr ausgerichteten Essener Tagung, auf grundlegenden atmosphärischen Veränderungen liegen, die nach Mößbauer allein durch Organisations- und Strukturreformen ähnlich dem Münchner Physik-Department herbeigeführt werden könnten:

„Jüngere und aktiv in der Forschung stehende Wissenschaftler, die sich bereits einer gewissen Reputation erfreuen, sind vielfach nicht bereit, ihre amerikanische Arbeitsstätte aufzugeben, an der sie im Mittelpunkt wissenschaftlicher Entwicklung stehen, die sich durch unbürokratische Handhabung von Problemen auszeichnet und an der ihnen in jeder nur möglichen Form die Wege für intensive und hauptsächliche Beschäftigung mit ihrer Wissenschaft geebnet werden. Man muß den ungeheuren Eindruck der außerordentlichen wissenschaftlichen Atmosphäre an den amerikanischen Spitzeninstitutionen wohl persönlich erlebt haben, um die Zurückhaltung unserer an solchen Hochschulen tätigen Kollegen gegenüber einer Rückkehr nach Deutschland voll zu verstehen. Das Beispiel des Münchner Physik-Departments hat für diesen Personenkreis bereits sehr konkret die Möglichkeit der Abhilfe aufgezeigt.“²²⁴

Neben der hiermit einhergehenden Forderung nach Einführung des Department-systems trat Mößbauer auch für eine entschiedene Enthierarchisierung des deutschen Universitäts- und Wissenschaftsbetriebs ein. Im Gegensatz zu den Arbeitsbedingungen an amerikanischen Hochschulen würden die bestehenden hierarchischen Strukturen in der Bundesrepublik dem wissenschaftlichen Nachwuchs kaum Eigenverantwortung in Fragen von Forschung und Lehre zugestehen. Aus diesem Grund sprach sich der Münchner Physiker für eine Abschaffung des Habilitationszwangs aus.²²⁵ Auch in diesem Punkt liefen die Reformvorschläge Mößbau-

²²² Vgl. Haefner: Wie können wir deutsche Wissenschaftler aus dem Ausland zurückgewinnen?, S. 61.

²²³ Mößbauer: Strukturprobleme der deutschen Universität, S. 19.

²²⁴ Ebd., S. 20.

²²⁵ Vgl. ebd., S. 20: „Die Emigration jüngerer noch nicht für eine Berufung auf Lehrstühle geeigneter Wissenschaftler stellt ein ganz besonders makaberes Problem dar, das unmittelbar mit dem bei uns bisher nicht gelösten Problem des akademischen Mittelbaus verknüpft ist. Die hierarchische Ordnung unseres Hochschulbetriebs, verbunden mit dem vielfach als Ventil benützten Habilitationszwang, führt zu einer derartig drastischen Beschränkung der Aufsteigungsmöglichkeiten und zu solchen Arbeitsverhältnissen, daß viele jüngere Wissenschaftler einem Aufenthalt in den Vereinigten Staaten den Vorzug geben, mit der an den dortigen Instituten für jüngere Kräfte bestehenden ungleich größeren Freiheit, dem vielfach besseren menschlichen Verhältnis, der stärkeren Verantwortungsübertragung und den besseren Aufsteigungsmöglichkeiten.“ Vgl. in diesem Kontext auch die ähnliche Einschätzung bei Haefner: Wie können wir deutsche Wissenschaftler aus dem Ausland zurückgewinnen?, S. 63.

ers somit deutlich auf eine „Amerikanisierung“ des deutschen Hochschulbetriebs hinaus.

Daß durch amerikanische Erfahrungen beeinflusste Reformvorschläge hierzulande nicht nur theoretisch diskutiert, sondern auch konkret in die Konzeption neuer wissenschaftlicher Hochschulen miteinfließen, zeigt beispielhaft die vom niedersächsischen Kultusministerium in Zusammenarbeit mit einer Expertenkommission 1963 verfaßte *Denkschrift für eine Medizinische Akademie (Hochschule) in Hannover*.²²⁶ Dieses Memorandum belegt nicht nur die offenkundige Auseinandersetzung mit den Ursachen des Brain Drain speziell in die USA. In ihm werden auch bereits erste praxisbezogene Reformvorstellungen formuliert, die wenig später in beinahe identischer Form auch von den Teilnehmern des Essener Gesprächskreises und Mößbauer vertreten wurden. Beispielsweise hieß es zum Thema wissenschaftlicher Nachwuchs:

„Die in der Diskussion über die Abwanderung deutscher Wissenschaftler ins Ausland erörterten Schwierigkeiten, die z. T. auf eine Übertreibung des hierarchischen Systems und z. T. auf eine nicht immer glückliche Organisation der Forschung zurückgeführt werden, sollen [...] weitgehend behoben werden. Sowohl der Unterricht in kleinen Gruppen wie auch die Einrichtung zentraler Labors für Forschungsaufgaben mit unterschiedlichen Spezialrichtungen machen es notwendig, neben den Ordinarien viele Nachwuchswissenschaftler vollverantwortlich in Lehre und Forschung mit einzusetzen. Die Schaffung zahlreicher Mittelbaustellen, deren Inhaber insbesondere im Forschungssektor weitgehende Selbstständigkeit durch die Ausstattung mit eigenem Etat und großzügige Auswahlmöglichkeiten hinsichtlich ihrer Forschungsarbeiten erhalten sollen, wird für die Begabten und nach Selbstständigkeit strebenden Nachwuchswissenschaftler einen Anreiz bilden, den sie heute an vielen bestehenden Einrichtungen nicht zu finden glauben.“²²⁷

Mit der durch die Übertragung größerer Selbständigkeit an den wissenschaftlichen Nachwuchs angestrebten Enthierarchisierung war eine Forderung dezidiert berücksichtigt worden, die von deutschen Wissenschaftlern nach ihrem Aufenthalt in den USA immer wieder erhoben worden war.²²⁸ Ausdrückliches Ziel des für Hannover ausgearbeiteten Hochschulkonzepts sollte demnach sein, den Abwanderungstrend in die USA durch eine strukturelle Angleichung der künftigen Medizinischen Hochschule an amerikanische Verhältnisse einzudämmen und dadurch gleichzeitig eine Rückwanderungsbewegung einzuleiten. Wie der Denkschrift weiter entnommen werden kann, hatten die für Hannover vorgesehenen Reformen schon vor ihrer praktischen Realisierung in Übersee erste positive Reaktionen hervorgerufen. Hierzu wurde vermerkt:

„Einige Besprechungen haben über allgemeine Erwägungen hinaus ein unmittelbares Interesse von z. T. in den USA tätigen deutschen Wissenschaftlern an einer Übernahme in die Medizinische Akademie Hannover ergeben. Die dargestellten Forschungsmöglichkeiten in Verbindung mit einer weitgehenden verfassungsmäßigen Gleichstellung des qualifizierten Hochschullehrernachwuchses dürfte daher sowohl zu einer Verminderung der Abwan-

²²⁶ Niedersächsisches Kultusministerium: Medizinische Akademie Hannover (1963), in: Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966, S. 564–569. Die Medizinische Akademie nahm am 27.6.1965 den Lehr- und Forschungsbetrieb auf.

²²⁷ Ebd., S. 567.

²²⁸ Siehe hierzu Kapitel V.2.

rung deutscher Wissenschaftler wie auch in gewissem Umfange zur Rückkehr bereits im Ausland Tätiger beitragen.“²²⁹

Die Denkschrift für eine Medizinische Akademie in Hannover ist demnach ein weiteres markantes Beispiel für den Einfluß des Brain Drain auf den Hochschulreformdiskurs in der Bundesrepublik und die damit seit Beginn der sechziger Jahre einhergehende Konzeption neuer Hochschulen. Unter dem Eindruck der Schilderungen deutscher Wissenschaftler und Studenten über ihre in den USA gesammelten Erfahrungen hatte sich hierzulande ein weitgehender Konsens dahingehend herausgebildet, daß allein mit Hilfe durchgreifender Reformen in Anlehnung an amerikanische Modelle der Wissenschaftsstandort Bundesrepublik Deutschland nachhaltig gestärkt werden könne. Ganz in diesem Sinne betonte beispielsweise auch Klaus Haefner in einem 1967 unter dem programmatischen Titel *Wie können wir deutsche Wissenschaftler aus dem Ausland zurückgewinnen?* für die „Freiburger Universitätsblätter“ erschienenen Beitrag:

„Wollen wir nicht weiterhin unsere Steuergelder für die Ausbildung später im Ausland arbeitender Wissenschaftler und Ingenieure aufwenden, so müssen von der Öffentlichkeit entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Die verantwortlichen Minister, die deutschen Universitäten und vor allem die deutsche Industrie müssen dafür sorgen, daß die Auswanderungsbewegung eingedämmt wird und gleichzeitig eine Rückwanderungsbewegung einsetzt. Als wichtigste Maßnahme ist auf lange Sicht eine Reform der deutschen Lehr- und Forschungsstätten erforderlich.“²³⁰

Tatsächlich blieben die im Verlauf der 1960er und 1970er Jahre diskutierten und umgesetzten Reformen im Hochschulbereich, d. h. in erster Linie die Vermehrung der Professoren- und Assistentenstellen, die Enthierarchisierung der Universitäten durch Stärkung des sogenannten Mittelbaus sowie die Umsetzung amerikanisch geprägter Organisationsprinzipien in Forschung und Lehre, nicht ohne Wirkung. Allein der Mitte der sechziger Jahre massiv einsetzende Ausbau des Hochschulwesens in der Bundesrepublik absorbierte einen Großteil des ansonsten abwanderungsgeneigten wissenschaftlichen Nachwuchses, ohne freilich den Brain Drain gänzlich stoppen zu können. Wegen dieser an sich positiven Entwicklung konnte Ulrich Littmann in einem am 3. November 1972 der Fulbright-Kommission vorgelegten Bericht über den akademischen Austausch zwischen den USA und der Bundesrepublik festhalten:

„Die Relevanz der Abwanderung für die kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen war bis in die zweite Hälfte der 60er Jahre Gegenstand und Thema heftiger Diskussionen. Die Abwerbung (brain drain) deutscher Wissenschaftler ist zur Zeit kein ernsthaftes Diskussionsthema.“²³¹

Ebenfalls 1972 verzeichnete auch die Vermittlungsstelle für deutsche Wissenschaftler im Ausland unter bereits abgewanderten Wissenschaftlern ein steigendes Interesse an einer Rückkehr in die Bundesrepublik. Die diesbezüglich angeführten

²²⁹ Niedersächsisches Kultusministerium: Medizinische Akademie Hannover (1963), S. 567.

²³⁰ Haefner: *Wie können wir deutsche Wissenschaftler aus dem Ausland zurückgewinnen?*, S. 62.

²³¹ HStAS, EA 3/906, Akten Nr. H-1030, Fulbright-Kommission: Akademischer Austausch zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik (3. 11. 1972), S. 26.

Zahlen belegen erneut die schier übermächtige Stellung der Vereinigten Staaten als Hauptzielort der westdeutschen Abwanderungsbewegung. So waren nach Angaben der Vermittlungsstelle allein im Jahre 1971 insgesamt 222 deutsche Wissenschaftler aus dem Ausland zurückgekehrt, allein 153 davon kamen aus den USA. Ein vergleichbares Bild ergibt sich bei einem Blick auf die ungefähr 700 zwischen 1961 bis 1971 registrierten Rückkehrer. Die mit Abstand größte Gruppe bildeten dabei Physiker mit 160 Personen (davon 130 aus den USA), gefolgt von 106 Chemikern (davon 96 aus den USA), 88 Geisteswissenschaftlern (davon 40 aus den USA) und schließlich den Ingenieuren mit 81 Rückkehrern (davon 51 aus den USA).²³²

Obgleich all diese Zahlen den zweifelsohne zutreffenden Eindruck erwecken, daß sich die damals eingeleiteten Reformen positiv auf die Abwanderungs- bzw. Rückwanderungsquote deutscher Wissenschaftler ausgewirkt haben, kann davon ausgegangen werden, daß gerade die bereits an amerikanische Verhältnisse gewöhnte Gruppe der Rückkehrer den „Amerikanisierungsdruck“ auf die westdeutschen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen nicht abmilderte, sondern ganz im Gegenteil noch weiter verstärkte. Die erfolgreiche Berufung des Physikers Mößbauer und dessen engagiertes Eintreten für noch weitergehende Reformen ist hierfür nur ein besonders prominentes Beispiel.²³³

²³² Vgl. Deutscher Akademischer Austauschdienst: Wachsendes Interesse an Rückkehr bei abgewanderten Wissenschaftlern, in: DUZ (1972), S. 337.

²³³ Vgl. hierzu die Einschätzungen von Füssl: Zwischen Eliteförderung und Erziehungsreform, S. 630 und S. 632, sowie Ash: Wissenschaft und Wissenschaftsaustausch, S. 637.